PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 14. September 1976, fertiggestellt.

16. September 1976 Jg. 4 Nr. 37 50 Pfg.

Ewiger Ruhm dem Vorsitzenden Mao Tsetung, Führer und Lehrer des chinesischen Volkes, Lehrer des internationalen Proletariats

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas
An den Ständigen Ausschuß des Volkskongresses der Volksrepublik China
An den Staatsrat der Volksrepublik China
An die Botschaft der Volksrepublik China in der BRD

Das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) drückt dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Arbeiterklasse und dem gesamten chinesischen Volk seine tiefe Trauer zum Tod des Genossen Mao Tsetung, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Vorsitzender der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Ehrenvorsitzender des Nationalen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes aus. Sein Tod ist für die chinesische Arbeiterklasse, das chinesische Volk und die Kommunistische Partei Chinas ebenso wie für die internationale Arbeiterklasse, alle Völker der Welt und alle Marxisten-Leninisten ein sehr großer und schmerzlicher Verlust.

1919 hat Lenin erklärt: „Nach der Periode des Erwachens des Ostens tritt in der derzeitigen Revolution eine Periode ein, in der alle Ostvölker an der Entscheidung der Geschicke der ganzen Welt teilnehmen, um nicht nur Objekt der Bereicherung zu sein. Die Völker des Ostens erwachen, um praktisch zu handeln, damit jedes Volk die Geschicke der ganzen Menschheit mitbestimme." Diese Voraussage ist eingetreten. Unter Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung und der Kommunistischen Partei Chinas haben die chinesische Arbeiterklasse und unter ihrer Führung die Volksmassen aller Nationalitäten Chinas China aus einem ehemals rückständigen, von Feudalismus, bürokratischem Kapital und Imperialismus beherrschten Land durch Revolution in ein blühendes sozialistisches Land verwandelt. Sie haben so einen großen Beitrag zur proletarischen Weltrevolution geleistet. Imperialismus und Revisionismus wurde ein mächtiger Schlag versetzt, der proletarischen Weltrevolution ein starkes Bollwerk geschaffen und die Arbeiterklasse aller Länder ermutigt, vorwärtszuschreiten im Kampf für die Beseitigung des Kapitalismus und den Sieg des Sozialismus.



Die sozialistische Volksrepublik China praktiziert konsequent den proletarischen Internationalismus und festigt beständig die Einheit mit den Proletariern aller Länder und den unterdrückten Völkern in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus, den neuen und alten Kolonialismus, insbesondere gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte.

„Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben", diese Weisung des Vorsitzenden Mao Tsetung hat die Kommunistische Partei Chinas befähigt, in allen Kämpfen zweier Linien stets neue Siege zu erringen, die revolutionäre Initiative und Schöpferkraft der Massen zu entfesseln.

Getreu der Losung „Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft" sind alle Angriffe der in- und ausländischen Klassenfeinde zerschlagen und das mächtige neue China aufgebaut worden.

Unter Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung hat die Kommunistische Partei Chinas den wütenden Angriff der sowjetischen Revisionistenclique auf den Marxismus-Leninismus zurückgeschlagen, den Marxismus-Leninismus verteidigt und weiterentwickelt. Alle revisionistischen Theorien vom „friedlichen Weg" oder vom „Erlöschen des Klassenkampfes", auf was anderes zielen sie ab als auf die Entwaffnung der Arbeiterklasse im Kampf für den Sieg der proletarischen Revolution, im Kampf für die Festigung der Diktatur des Proletariats?

In der sozialistischen Sowjetunion ist es der revisionistischen Renegatenclique vorübergehend gelungen, die Macht an sich zu reißen. „Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie", diese wichtige Lehre darf das internationale Proletariat nie vergessen, wenn es nicht schwere Rückschläge erleiden will auf dem Weg zur endgültigen Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Von Vorsitzendem Mao Tsetung persönlich eingeleitet und geführt wurde die Große Proletarische Kulturrevolution, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und den Sozialismus weiter aufzubauen. Durch die kühne Mobilisierung der Massen und die Verwirklichung der Losung „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern" ist die konterrevolutionäre Verschwörung der Bourgeoisie niedergeschlagen worden. Durch die Große Proletarische Kulturrevolution ist theoretisch und praktisch das wichtigste Problem der internationalen kommunistischen Bewegung der Gegenwart gelöst worden: Auch in der sozialistischen Gesellschaft gibt es den Kampf zweier Klassen, zweier Wege und zweier Linien und muß unbedingt die Revolution unter der Diktatur des Proletariats fortgesetzt werden.

Die schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus durch den Vorsitzenden Mao Tsetung hat das internationale Prole- Bewegung besser befähigt, zwischen Marxismus und Revisionismus zu unterscheiden und die Partei der Arbeiterklasse auf wahrhaft marxistisch-leninistischer Grundlage aufzubauen.

Vorsitzender Mao Tsetung hat aufgerufen: „Marxisten-Leninisten der ganzen Welt, revolutionäre Völker der ganzen Welt, schließt euch zusammen, um den Imperialismus, den modernen Revisionismus und die Reaktionäre aller Länder niederzuschlagen! Eine neue Welt ohne Imperialismus, ohne Kapitalismus und ohne Ausbeutungssystem wird bestimmt aufgebaut werden!" Dieser Aufruf wird gewiß erfüllt werden. Das internationale Proletariat und die unterdrückten Völker werden ihre tiefe Trauer über den Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung in revolutionäre Kraft verwandeln.

Vorsitzender Mao Tsetung hat durch seine Lehren und seine Arbeit unauslöschliche Beiträge für die proletarische Weltrevolution geleistet. Seine Lehren, sein Vorbild, seine Arbeit werden für immer im Herzen der Arbeiterklasse weiterleben.

Zentrales Komitee des
Kommunistischen Bundes
Westdeutschland
gez. Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des ZK des KBW

„Den Volksmassen wohnt eine unbegrenzte Schöpferkraft inne"

Donnerstagabend war ich auf dem Tiänanmen-Platz, diesem riesigen Platz im Zentrum von Peking, an dem die Große Halle des Volkes, das Revolutionsmuseum und das Tor des Himmlischen Friedens stehen. Oft hatte der Vorsitzende Mao Tsetung auf diesem Platz zu den Millionenmassen gesprochen. Viele Menschen hatten sich spontan an jenem Abend dort versammelt, sie gingen um das Denkmal der revolutionären Helden in der Mitte des Platzes. Über dem Tor des Himmlischen Friedens hängt ein großes Bild des Vorsitzenden, es wird von Scheinwerfern angestrahlt. In diesen Tagen stellen sich Reihen junger Menschen davor und verneigen sich.

Warum konnte der Vorsitzende Mao das chinesische Volk zu immer neuen Siegen führen? Weil er grenzenloses Vertrauen in die Massen hatte und alle seine Entscheidungen auf diesem Vertrauen fußten. Eines der letzten großen Beispiele dafür war die Niederschlagung der konterrevolutionären Aktion auf dem Tiänanmen-Platz im April unter seiner unmittelbaren Anleitung. Die konterrevolutionäre Provokation konnte deshalb so hervorragend und ohne viel Blutvergießen unterdrückt werden, weil nicht einfach sogleich Verbote ausgesprochen und Waffen eingesetzt wurden, sondern weil den Massen während mehrerer Tage die Möglichkeit gegeben war, die Entwicklung auf dem Platz und die zunehmenden Umtriebe der Konterrevolutionäre selbst zu verfolgen. So konnten die Massen die Feinde erkennen, sie wehrten sich gegen sie und isolierten sie. Erst dann kam der Einsatz der Arbeitermiliz gegen das alleingelassene Häuflein von Konterrevolutionären auf dem Platz.

Das Vertrauen des Vorsitzenden in die Massen kommt in eindringlicher Weise auch darin zum Ausdruck, daß ihnen in den letzten Jahren der Kern seiner Auffassungen in der Form kurzer Weisungen übermittelt wurde. Diese wurden in den Betrieben, in den Volkskommunen, Schulen, Institutionen usw. in ihrer ganzen Bedeutung diskutiert, in ihrer Bedeutung für China und für den persönlichen Arbeits- und Lebensbereich. Das verlangte von den Massen sehr viel eigene Initiative, Untersuchungsarbeit und theoretisches Studium, und dadurch gewannen sie schrittweise mit jedem Tag mehr Klarheit über die bevorstehenden Aufgaben.

Die Volksmassen haben Vertrauen in ihn, und wenn sie seine unmittelbare Führung spürten, gab es keine Schwierigkeit, die sie nicht hätten überwinden können. Die Millionenstadt Tangschan wurde am 28. Juli von einem großen Erdbeben betroffen. Ungeheuer jedoch wuchsen die Anstrengungen und der Mut der Massen zur Beseitigung der Auswirkungen der Katastrophe, als der Vorsitzende mit dem Zentralkomitee in einem Telegramm seine Anteilnahme und Solidarität ausdrückte. Die Trauer wandelte sich in Energie, und auch der Tod verlor seine Schrecken, denn die Massen wußten, daß unter der richtigen Führung des Vorsitzenden ihnen alle durch die Naturkatastrophe verursachten Schwierigkeiten nichts anhaben können und sie letzten Endes den Sieg davontragen werden. Dies hatten sie so oft erlebt, und es gab keinen Zweifel, daß er an ihrer Seite kämpfte; viele Male hatte er selber sein Leben riskiert, und ein großer Teil seiner Familie war in der Revolution von den Reaktionären umgebracht worden. „Wenn er etwas durchsetzen wollte", sagte mir ein Genosse, „dann kämpfte er solange, bis er am Ziel war, und er erreichte immer das Ziel. Das wußten wir."

Das chinesische Volk weiß, daß die Durchführung der bestehenden Aufgaben zur Weiterführung der Revolution und zum Aufbau des Sozialismus nun schwieriger wird: „Jeder einzelne weiß, daß er nun weit größere Verantwortung trägt. Früher wußten wir, daß der Vorsitzende da war und immer aufpaßte. Aber nun ist er nicht mehr da."

Während einer Reise, die ich vor kurzem durch mehrere Provinzen Chinas machte, wurden mir viele Beispiele berichtet, die zeigten, daß Arbeiter, Bauern und Soldaten frühzeitig den reaktionären Wind, der im vergangenen Jahr von bürgerlichen Machthabern in der Partei entfacht worden war, gespürt und als solchen erkannt hatten, und sie bekämpften ihn. Sie haben ein sehr hohes politisches Bewußtsein, sind sehr wachsam und haben gelernt, die Klassenfeinde zu erkennen und eisern zu unterdrücken. Das chinesische Volk hat in den vergangenen Jahrzehnten unter der Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung großartige und wertvolle Erfahrungen im Klassenkampf gemacht, und in seinen Lehren drückt sich der oberste Wille des chinesischen Proletariats aus. Die Maotsetungideen werden über seinen Tod hinaus immer eine Waffe sein im Klassenkampf, auf dem weiteren Vormarsch in der Festigung der Diktatur des Proletariats und zur Errichtung des Ziels des Kommunismus.

„Nichts ist schwierig in dieser Welt, ist da der Wille, die Höhen zu erklimmen." – (Uwe Kräuter, 11.9., Peking/Red.)

Die Kämpfe der Völker im Süden Afrikas erschüttern Imperialismus und Kolonialismus

Welle auf Welle stürmen die Volksmassen von Azania gegen das südafrikanische Kolonialregime der weißen Siedler an. Die brutale Gewalt, mit der diese Statthalter des Imperialismus sie aufzuhalten versuchen, steigert nur den Haß und die Wut der Volksmassen und ihren Mut.

So zitiert die „New York Times" einen Azanier, den sie interviewte:

„Eines haben diese Leute (gemeint sind die Siedler) nicht verstanden, daß diese Woge des Protestes trotz der Toten nicht einzuschüchtern ist, wie das nach dem Sharpeville-Massaker geschah, an was ich mich noch gut erinnere. Diese Jugendlichen haben ganz einfach keine Angst davor, ins Gefängnis zu gehen, wie ich sie hatte." (Zitiert nach: „Guardian, 15. September)

Auch das vom Polizei- und Justizminister Kruger für die Zeit vom 5. August bis 31. Oktober verhängte Versammlungsverbot hat nicht verhindern können, daß der Massenkampf sich auf immer größere Teile Azanias ausbreitet. Inzwischen haben die unterdrückten Massen den Kampf auch ins Allerheiligste des imperialistischen Finanzkapitals und der Siedler getragen, in die Handels- und Geschäftsviertel im Zentrum Kapstadts und in die Villenviertel der Kolonialisten. Überall war die Hauptlosung im Kampf: Weg mit der rassistischen Unterdrückung und dem Apartheid-System!

Diesmal haben die Farbigen (1) die Initiative übernommen. Die Kolonialisten wollten sie gegen die Schwarzen als Gehilfen bei der Unterdrückung benutzen.

„Aber der Mythos, daß die Farbigen Schulter an Schulter mit dem weißen Mann gegen die Afrikaner zusammenstehen, ist endgültig zerstört worden." (Der Spiegel Nr. 38/76)

Im Kampf wächst die Einheit der Massen

Schulter an Schulter kämpfen heute Schwarze und Farbige gegen ihre gemeinsamen Unterdrücker. Als die Schwarzen in Soweto im August erneut aufstanden, organisierten die Studenten der „Farbigen Universität" in Kapstadt einen Generalstreik, um die Arbeiter von Soweto zu unterstützen.

Am 31. August und 1. September führten sie dann mehrere Demonstrationen in den Townships, den Konzentrationslagern für die Farbigen, am Rande Kapstadts durch.

Als die Polizei beim Stadion von Athlone, einem Township, eine Gruppe Demonstranten angriff, warfen schwarze Bauarbeiter von einem hohen Gebäude Ziegelsteine gegen die verfolgenden Polizeifahrzeuge. Die Gebäude und Fahrzeuge der kolonialen Staatsmacht wurden angegriffen und in Brand gesetzt.

„Mitte letzter Woche fuhren im Kapstadter Vorort Fish Hoeck Farbige durch die Straßen und schleuderten Benzinbomben in die Fenster der feudalen weißen Villen." (Der Spiegel Nr. 38/1976)

Am 2. September marschierten dann etwa 3 000 jugendliche Farbige und schwarze Schüler von den Außenbezirken Kapstadts ins Handels- und Verwaltungsviertel, wo sich farbige Arbeiter aus den Büros und Läden anschlossen.

„In der Prachtstraße von Kapstadt, der Adderley Street, lieferten sich steinewerfende Demonstranten blutige Schlachten mit knüppelschwingenden und schießenden Sondereinheiten der südafrikanischen Polizei." „. . . sie (die Demonstranten) entfalteten Transparente und marschierten aufs Parlamentsgebäude zu." (The Daily Telegraph, 5. September)

Am 4. September wurde der Kampf in Mafeking im Nordwesten und Port Elizabeth im Südosten Südafrikas aufgenommen. Am 7. September demonstrierten Tausende erneut in die Stadtgebiete und Vororte Kapstadts. Sie drangen nach Parow, einem Wohngebiet der Kolonialisten, vor. Im Farbigenbezirk Ravensmead wurden Straßensperren errichtet und von diesen aus die angreifende Polizeitruppe mit Benzinbomben bekämpft.

Kapstadt ist zu einer belagerten Stadt geworden. Tag und Nacht patrouilliert die Polizei durch die Straßen.

Ende letzter Woche, wird berichtet, haben die Bewohner der riesigen Arbeiterschlafstadt Soweto am Rande Johannesburgs, wo eine Million Schwarze leben, zum Generalstreik aufgerufen.

Wachsende Unterdrückung

Während Vorster am 6. September noch von einer „rosigen Zukunft Südafrikas" (Stuttgarter Zeitung, 7. September) redet und daß er die Lage „fest im Griff habe", kündigt er beim Jahreskongreß der regierenden National Party in Bloemfontein noch verzweifeltere Unterdrückungsmaßnahmen und Verbrechen an. Die Polizei habe bisher mit „großem Verantwortungsbewußtsein und großer Zurückhaltung gehandelt". Jetzt würden von der Bereitschaftspolizei „schärfere Maßnahmen ergriffen werden". Der Polizeiminister Jimmy Kruger sah sich am 9. September gezwungen, alle kolonialistischen Räuber aufzufordern, selber ihre den Massen von Azania abgepreßte Beute zu verteidigen. Er rief „die Industriellen und Geschäftsleute" dazu auf, „selbst für den Schutz ihres Eigentums zu sorgen, da die Polizeikräfte nicht ausreichten". (Mannheimer Morgen, 11. September) Am 11. wird dann auch berichtet:

„Die meisten weißen Schulen im Kapstadter Raum waren geschlossen und wurden von Lehrern, Eltern und Schülern bewacht. Auch auf dem Gelände der Stammesuniversität des Burenvolkes in Stellenbosch patrouillierten bewaffnete Studenten." (Mannheimer Morgen, 11. September) „In Huguenot, einem Ort in der Nähe von Kapstadt, verbarrikadierten Ladenbesitzer bei einer Demonstration ihre Geschäfte. Sie eröffneten das Feuer mit Gewehren und Pistolen. Erst später stürmte die Polizei das Zentrum der Stadt und schoß auf die Schwarzen und Farbigen." (Frankfurter Rundschau, 11. September)

Am schlimmsten ist die Lage für den Imperialismus in Zimbabwe. „Da (in Rhodesien) verfällt die Sicherheitslage immer mehr", schreibt die „Financial Times", die Zeitung des englischen Finanzkapitals, am 8. September. Smith ist zur Regierungsumbildung gezwungen. Der bisherige Kriegsminister van der Byl wird abgelöst und durch Cowper ersetzt, der einen Kriegsrat koordinieren soll, dem drei Minister, die Kommandeure von Polizei und Militär, der „Sicherheitskräfte" und führende Regierungsmitglieder angehören. (The Daily Telegraph, 10./11. September)

Kissingers Entspannungsmanöver soll die Unterdrückung sichern

In Namibia hat die SWAPO den Verfassungsschwindel Vorsters abgelehnt und erklärt, daß die Unabhängigkeit Namibias nur im bewaffneten Kampf errungen werden wird.

Kissinger, der Sendbote des US-Imperialismus, ist nach Tansania, Sambia und Südafrika gereist, um eine „Eskalation der Gewalt (zu) verhindern" und „die Rechte der weißen Minderheiten (zu) garantieren". (Süddeutsche Zeitung, 10. September) Die Völker sollen den Befreiungskampf einstellen und auf betrügerische Verhandlungen mit ihren Ausbeutern und Unterdrückern eingehen. Sie sollen den Siedlern und Imperialisten ihr Eigentum an Land, Bodenschätzen, Farmen und Fabriken garantieren und damit die Ausbeutung der schwarzen Arbeiter und Bauern durch den Imperialismus.

Aber Kissinger mußte schon entläuscht feststellen, daß die Zeiten sich geändert haben. Von keinem afrikanischen Land ist er eingeladen worden.

„Zweifellos ist Afrika mißtrauisch geworden gegen die amerikanische Initiative. Man hält sie allgemein für den Versuch, einen Weg zu finden, um die Hegemonie des Westens im südlichen Afrika zu erhalten", muß die „Times" vom 8. September feststellen.

Direkt nach dem Treffen Kissingers mit Vorster haben sich die fünf Staatspräsidenten von Mozambique, Tansania, Botswana, Angola und Sambia mit Vertretern der Befreiungsorganisationen des Volkes von Zimbabwe in Daressalam getroffen und einhellig erklärt, daß der bewaffnete Befreiungskampf in Zimbabwe intensiviert wird. Auch der Präsident Sambias, der das erste Entspannungsmanöver noch unterstützte, hat sich dem angeschlossen. Das ist ein Sieg des selbständig geführten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU. In Daressalam unterbreitete die ZANU „allen Gruppen Zimbabwes eine Resolution, in der sie sich dem bewaffneten Kampf verpflichten und jede Verhandlungslösung ausschließen sollten", berichtet die amerikanische Zeitung „Herald Tribune" am 11./12. September. Nkomo, der Führer der ZAPU, der im Flugzeug des angolanischen Präsidenten aus Luanda anreist, „verweigerte die Unterschrift".

Als ihr Vertreter in Westeuropa, Rex Chiwara, in einem Gespräch erklärte, finden in Mozambique mit der ZAPU und dem ANC weitere Verhandlungen statt über ein gemeinsames Vorgehen im Krieg gegen das rhodesische Siedlerregime. Die ZANU wurde dabei durch ihren Generalsekretär Mugabe, die ZK-Mitglieder Tekere, Muzenda und Mandezwiza, den Oberkommandierenden Nhongo und drei weitere Kommandierende der Befreiungsarmee vertreten.

„Die Wiedereinsetzung der ZANU als getrennte Organisation mit ihrer eigenen Armee bedeutet, daß ein langdauernder Krieg die wahrscheinlichste Zukunftsaussicht in Rhodesien ist." „Die Volksarmee ist jetzt fast gänzlich unter Kontrolle der militärischen Führung der ZANU und hat schätzungsweise zwischen 4 000 und 5 000 ausgebildete oder halbausgebildete Guerilla mit grob 1 000 davon gegenwärtig in Rhodesien und die anderen in Lagern in Mozambique. (. . .) Die Präsidenten von Tansania, Mozambique, Sambia, Botswana und Angola, die sich hier mit den rhodesischen nationalistischen Fraktionen diese Woche getroffen haben, sagten, sie würden kollektiv diejenigen unterstützen, die wirklich Krieg führen, wobei sie offensichtlich die von der ZANU dominierte Zimbabwe-Volksarmee meinen." (Herald Tribune, 11./12. September)

Angesichts dieser Stärkung des revolutionären Kampfes der Völker bereiten die US-Imperialisten die direkte militärische Intervention vor.

„Die Intensivierung der Gewalt im südlichen Afrika könnte die nationalen Sicherheitsinteressen der USA gefährden." Deshalb ist „die Verhinderung eines Rassenkrieges . . . im Interesse des Weltfriedens", erklärte der amerikanische Präsident Ford am 8. September.

Die Zusammenarbeit mit den westeuropäischen imperialistischen Mächten ist abgesprochen. Bundeskanzler Schmidt hat bereits verstärkte Einmischung in Namibia zugesichert, wo 30 000 deutsche Kolonialisten die Stütze des Imperialismus bilden.

Um die eigenen Völker zu täuschen, berufen sie sich bei ihrer Einmischung auf die Einmischung der anderen Supermacht, der Sowjetunion. Nachdem es den Sozialimperialisten gelungen ist, sich in Angola festzusetzen, haben die beiden Supermächte eine neue Runde im Ringen um Hegemonie eingeläutet.

Die Völker im südlichen Afrika zeigen, daß sie von den Kolonialisten und Imperialisten nichts erwarten, daß sie nur selber sich befreien können. Auf der Konferenz in Daressalam hat R. Mugabe, der Generalsekretär der ZANU, erklärt: „Wir werden kämpfen, bis das Smith-Regime kapituliert." – (hl)

(1) Zwei Millionen Menschen mit Eltern verschiedener Hautfarbe werden in Südafrika von den Kolonialisten als „Farbige" eingestuft und in eigene Siedlungen gezwungen. Gegenüber den 16 Millionen Schwarzen werden ihnen einige Privilegien eingeräumt. So können sie sich z.B. in den Städten ohne besondere Einschränkung bewegen und Arbeit auch als Angestellte in den Geschäften und Büros der Kolonialisten suchen.

Wahlsendung des KBW:

Rundfunk- und Fernsehanstalten verweigern Ausstrahlung

Die Rundfunk- und Fernsehanstalten haben bisher alle Wahlsendungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) abgelehnt, „da dessen Inhalt in mehrfacher Hinsicht gegen Gesetze verstößt und im übrigen keine Wahlwerbung darstellt" (Ablehnungsbegründung des Westdeutschen Rundfunks). Abgelehnt haben bisher das ZDF, der Westdeutsche Rundfunk und der Südwestfunk mit gleichlautender Begründung. Gegen alle Ablehnungen wurden einstweilige Verfügungen beantragt. Die einstweilige Verfügung gegen das ZDF hat das Verwaltungsgericht ebenfalls abgelehnt.

Das ZDF verlangte die Streichung der Sätze „Die Parlamentswahlen sind ein Betrugsmanöver" und „Die Parlamente dienen der Unterdrückung". Der Südwestfunk verlangt in der Rundfunkrede von Helga Rosenbaum zusätzlich die Streichung des Satzes „Das ist so, weil die Kapitalistenklasse herrscht und es in ihrer Macht liegt, die Polizei und das Heer gegen streikende Arbeiter zu schicken". Diese Sätze sind nicht gestrichen worden und werden nicht gestrichen. Wie richtig diese Feststellungen sind, zeigt das Verlangen, diese Sätze zu streichen, selber.

Schon vorher hatten die Fernsehanstalten die Sendezeiten des KBW, zu denen sie durch entsprechende Gesetze verpflichtet sind, folgendermaßen aufgeteilt: Das ZDF hat den ersten Termin nach ein Wirtschaftsmagazin und vor eine Operette gelegt, wo ihn niemand fernsieht. Die ARD hat Sendezeit im Gemeinschaftsprogramm abgelehnt, und bei den zugeteilten Sendeterminen in den Regionalprogrammen um 18 Uhr besteht eine Einschaltquote von durchschnittlich 10 Prozent.

Im folgenden drucken wir den Text des abgelehnten Fernsehfilms des KBW ab.

Text des Films des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) für die Wahlsendungen im Fernsehen

„Wir wenden uns an die Arbeiter, an die Angestellten, an alle Besitzlosen und die kleinen Bauern.

In dieser Gesellschaft gibt es auf der einen Seite die Arbeiterklasse, die ihre Arbeitskraft verkaufen muß und ausgebeutet wird, und auf der anderen Seite die Kapitalistenklasse, die die Produktionsmittel besitzt und von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft lebt.

Alle Parteien stehen entweder auf der einen Seite oder auf der anderen Seite. CDU, SPD und FDP stehen auf der Seite der Kapitalistenklasse. Sie sind Parteien der Bourgeoisie. Sie sagen, die Profite müßten gesteigert werden, damit die Gesellschaft aus der Krise herauskomme. Die Löhne müßten gesenkt werden, damit die kapitalistische Wirtschaft funktioniert.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) steht auf der Seite der Arbeiterklasse und baut die Kommunistische Partei, die Partei der Arbeiterklasse, auf. Wir sagen, die kapitalistische Ausbeutergesellschaft bringt mit Naturnotwendigkeit Krisen und Kriege hervor. Sie muß durch die proletarische Revolution umgewälzt werden. Die produzierende und ausgebeutete Klasse soll herrschen, damit die Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt wird.

In allen Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes stehen die bürgerlichen Politiker an der Spitze des Staats- und Polizeiapparates, um die Kämpfe der Arbeiter und der Massen niederzuschlagen. Das war so in allen Streiks der letzten Jahre, das war so im Streik der Drucker. Es ist bereits eine alltägliche Erfahrung der Volksmassen. Wir Kommunisten stehen in diesen Kämpfen an der Seite der Arbeiter und der Volksmassen. Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) dient dazu, diese Kämpfe zum Sieg zu führen. Dazu haben wir uns gegründet.

Die Parlamentswahlen sind ein Betrugsmanöver. Die Parlamente dienen der Unterdrückung. Helga Rosenbaum, Betriebsrätin und Mitglied des KBW, ist von Arbeitern und Angestellten in den Heidelberger Stadtrat gewählt worden. Letzte Woche hat der Stadtrat mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Stadtrat eingeleitet. Sie wurde durch Polizei aus dem Sitzungssaal geführt und sofort zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeipräsidium geschleppt. So reagieren die bürgerlichen Politiker, wenn ihre Geschäfte in den Parlamenten von Vertretern der Arbeiterklasse entlarvt werden.

Es gibt keinen Zweifel, daß die Herrschaft der Kapitalistenklasse nicht durch Parlamentswahlen, sondern durch die proletarische Revolution gestürzt werden wird. Dazu braucht die Arbeiterklasse ihre Kommunistische Partei. Deshalb fordern wir die Arbeiter und alle Revolutionäre auf, diese Partei aufzubauen. Diesem Ziel dient der Kommunistische Bund Westdeutschland. Diesem Ziel dient auch seine Beteiligung an den Wahlen."

DDR verschuldet und erpreßt

Die DDR steckt, wie das westdeutsche „Handelsblatt" zufrieden feststellt, in einer „Liquiditätsklemme". Auf der Leipziger Herbstmesse mußte die DDR auf Verlängerung der Kredite für Konsumgüterlieferungen und für Lieferungen der Chemieindustrie von 180 auf 360 Tage drängen.

Aufgrund der Erhöhung der Rohstoffpreise durch die Sowjetunion hat sich die Außenhandelsbilanz der DDR erheblich verschlechtert. Die DDR muß im größeren Umfang Industrieprodukte in die Sowjetunion liefern. Diese Güter fehlen, um die Warenlieferungen aus den westlichen imperialistischen Ländern durch Exporte der DDR auszugleichen.

Insgesamt liegt die Verschuldung der DDR gegenüber westlichen imperialistischen Ländern bei 12 Milliarden DM, davon 3,4 Milliarden DM gegenüber der BRD. Eine Milliarde DM jährlich muß die DDR dem westeuropäischen und amerikanischen Finanzkapital jährlich an Zinsen zahlen. Der Schuldner sucht beim Gläubiger um gut Wetter nach: Auf der Leipziger Messe bestellte Honecker persönlich eine Million Schuhe am Salamander-Stand. Und gegen Ende der Messe konnte der westdeutsche Staatssekretär Gaus mitteilen, daß er DDR einige Zugeständnisse abgehandelt habe, darunter Erleichterung von Erbschafts- und Vermögensübertragungen. (Daten Handelsblatt und Frankfurter Allgemeine vom 7.9.76)

Regierung betreibt Betrug mit den Renten

In den Haushaltsplänen der Arbeiterrentenversicherung ist ein Betrag von 19,8 Milliarden DM für 1977 als gesetzliche Ausgleichszahlung von der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte eingesetzt. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte hat dagegen in ihrem Haushaltsplan nur Zahlungen in Höhe von 14,5 Milliarden vorgesehen. Beide Versicherungen haben so auf dem Papier einen ausgeglichenen Haushalt. Tatsächlich besteht jedoch ein Defizit von 5,3 Milliarden, das durch einen Bilanzbetrug beseitigt wurde. Veranlaßt hat diesen Betrug der Bundesarbeitsminister Arendt beim Finanzausschuß des Verbandes der Rentenversicherungsträger. – Das Jahr 1977 beginnt drei Monate nach den Wahlen. Wer für das Defizit bei der Rentenversicherung dann aufkommen soll, haben Schmidt und Arendt der Bourgeoispresse zu verstehen gegeben. Beide „lassen den Zeitpunkt der Rentenanpassung offen", die jährlich vorgenommen wird (Handelsblatt, 7.9.). Die Renten werden also gekürzt durch späteren Ausgleich an die Inflationsverluste. Und sie werden weiter gekürzt, indem den Rentnern auch noch Krankenversicherungsbeiträge abgenommen werden. Schmidt im „Spiegel": „Auf längere Sicht erscheint mir eine dauerhafte Konsolidierung der Regelung des Krankenversicherungsschutzes der Rentner notwendig." Womit in gehöriger Verhüllung gesagt ist: Ohne Erhebung eines Beitrags zur Krankenversicherung von den Rentnern bleibt deren Krankenversicherung nicht „dauerhaft". (Nach Frankfurter Allgemeine, 11.9.76)

Sowjetische Drohung gegen Finnland

In der Sowjetunion ist ein Buch über die finnisch-sowjetischen Beziehungen herausgegeben worden. Darin geben die Autoren, hinter denen Beamte des Außenministeriums vermutet werden, dem „Freundschafts- und Beistandspakt" von 1948 zwischen Finnland und der Sowjetunion eine neue Bedeutung. Danach soll Finnland eine neutrale Haltung gegenüber der Politik der Sozialimperialisten nur so lange einnehmen dürfen, wie es um Interessen gehe, „die nicht die Bestrebungen berühren, die nordöstliche Grenze der Sowjetunion oder Finnlands selbst zu schützen". Wenn die Sowjetunion die nordöstliche Grenze der Sowjetunion oder die Grenzen Finnlands (!) für gefährdet hält, beansprucht sie das Recht, die finnische Regierung zu Konsultationen einzuberufen, um sie an ihre Beistandspflicht zu erinnern. Solche Konsultationen könnten nach Ansicht der Verfasser auch in Friedenszeiten notwendig werden, wenn die Sicherheit gefährdet sei. Wobei die sowjetischen Autoren einen Grund für „einen weiteren Sicherheitsbegriff, der die Lageentwicklung in Nordeuropa und in der Ostsee" betreffe. (Neue Zürcher Zeitung, 1. September)

Botschaft an die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten im ganzen Land

vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China Staatsrat der Volksrepublik China und der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

Peking, 9. September 1976 (Hsinhua)

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, der Staatsrat der Volksrepublik China und die Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas geben mit tiefster Trauer der ganzen Partei, der ganzen Armee und den Volksmassen aller Nationalitäten im ganzen Land bekannt: Genosse Mao Tsetung, der verehrte und geliebte große Führer unserer Partei, unserer Armee und der Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes, der große Lehrer des internationalen Proletariats und der unterdrückten Nationen und der unterdrückten Völker, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Vorsitzender der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und Ehrenvorsitzender des Nationalen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, ist am 9. September 1976 um null Uhr zehn in Peking infolge der Verschlimmerung seiner Krankheit und trotz aller Behandlung verschieden, obwohl ihm, seit er erkrankte, gewissenhafte ärztliche Fürsorge zuteil wurde.

Der Vorsitzende Mao Tsetung war der Gründer und weise Führer der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Volksbefreiungsarmee und der Volksrepublik China. Der Vorsitzende Mao Tsetung führte unsere Partei in einem langandauernden, scharfen und komplizierten Kampf gegen die rechte und die „linke" opportunistische Linie in der Partei zum Sieg über die opportunistische Linie, die Tschen Du-hsiu, Tjü Tjiu-bai, Li Lisan, Lo Tschang-lung, Wang Ming, Dschang Guo-tao, Gao Gang, Jao Schu-schi und Peng Dö-huai verfolgten, führte unsere Partei aufs neue während der Großen Proletarischen Kulturrevolution, als sie über die konterrevolutionäre revisionistische Linie Liu Schao-tschis, Lin Biaos und Deng Hsiao-pings triumphierte; damit befähigte er unsere Partei, sich zu entwickeln und im Klassenkampf und Kampf zweier Linien beständig zu wachsen. Geführt vom Vorsitzenden Mao ist die Kommunistische Partei Chinas durch einen windungsreichen Weg zu einer großen, ruhmreichen und korrekten marxistisch-leninistischen Partei geworden, die heute die Führung in der Volksrepublik China innehat.

Während der Etappe der neudemokratischen Revolution hat der Vorsitzende Mao Tsetung, in Übereinstimmung mit der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus und indem er sie mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution verband, schöpferisch die Generallinie und die allgemeine Politik der neudemokratischen Revolution festgelegt, die chinesische Volksbefreiungsarmee gegründet und gelehrt, daß die Ergreifung der politischen Macht durch Waffengewalt in China nur erreicht werden konnte, wenn der Weg des Aufbaus ländlicher Stützpunktgebiete beschritten wurde, indem die ländlichen Gebiete zur Einkreisung der Städte genutzt werden, und auf keinem anderen Weg. Er wies unserer Partei, unserer Armee und dem Volk des ganzen Landes den Weg des Volkskrieges, um die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus zu stürzen und den großen Sieg der neudemokratischen Revolution und der Gründung der Volksrepublik China zu erringen. Der Sieg der chinesischen Volksrevolution, angeführt vom Vorsitzenden Mao, veränderte die Lage im Osten und in der Welt und wies einen neuen Weg für die Befreiung der unterdrückten Nationen und der unterdrückten Völker.

In der Etappe der sozialistischen Revolution faßte Vorsitzender Mao die positiven sowie die negativen Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung umfassend zusammen, analysierte scharfsinnig die Beziehungen der Klassen in der sozialistischen Gesellschaft und zeigte, zum ersten Mal in der Geschichte des Marxismus, eindeutig auf, daß auch nachdem die sozialistische Umgestaltung des Eigentums an Produktionsmitteln im wesentlichen vollendet ist, immer noch Klassen und Klassenkampf existieren; er zog die wissenschaftliche Schlußfolgerung, daß die Bourgeoisie mitten in der Kommunistischen Partei ist, entwickelte die große Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und legte die grundlegende Linie der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus fest. Geleitet von der proletarischen revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao haben unsere Partei, unsere Armee und das Volk unseres Landes ihren triumphalen Vormarsch fortgesetzt und große Siege in der sozialistischen Revolution und im sozialistischen Aufbau errungen, insbesondere in der Großen Proletarischen Kulturrevolution, in der Kritik an Lin Biao und Konfuzius und in der Kritik an Deng Hsiao-ping und dem Zurückschlagen des rechtsabweichlerischen Versuchs, die gefällten richtigen Urteile zu revidieren. Am Sozialismus festzuhalten und die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China, einem Land von weiter Ausdehnung mit einer großen Bevölkerung, zu festigen, ist ein großer Beitrag von welthistorischer Bedeutung, den Vorsitzender Mao Tsetung für das gegenwärtige Zeitalter geleistet hat. Gleichzeitig hat dieser Beitrag der internationalen kommunistischen Bewegung zu neuen Erfahrungen für die Bekämpfung und Verhinderung des Revisionismus, für die Festigung der Diktatur des Proletariats, die Verhinderung der kapitalistischen Restauration und für den Aufbau des Sozialismus verholfen.



In tiefer Trauer nimmt das chinesische Volk von seinem großen Führer und Lehrer, Vorsitzendem Mao, Abschied.

All die Siege des chinesischen Volkes wurden unter der Führung des Vorsitzenden Mao errungen. Sie alle sind große Siege der Maotsetungideen. Der Glanz der Maotsetungideen wird für immer den Weg des Vorwärtsschreitens des chinesischen Volkes erleuchten.

Vorsitzender Mao hat die revolutionäre Praxis der internationalen kommunistischen Bewegung zusammengefaßt, eine Reihe von wissenschaftlichen Thesen entwickelt, die Schatzkammer der marxistischen Theorie bereichert und die Richtung für den Kampf des chinesischen Volkes und der revolutionären Völker in der ganzen Welt gewiesen. Mit der großen Kühnheit und dem Weitblick eines proletarischen Revolutionärs initiierte er in der internationalen kommunistischen Bewegung den großen Kampf zur Kritik am modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique im Zentrum; er hat die kraftvolle Entwicklung der Sache der proletarischen Weltrevolution und die Sache der Völker aller Länder gegen Imperialismus und Hegemonismus gefördert und die Geschichte der Menschheit vorwärtsgetrieben.

Vorsitzender Mao Tsetung war der größte Marxist unseres Zeitalters. Im letzten halben Jahrhundert und darüberhinaus hat er, indem er fest vom Prinzip, die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution zu verbinden, ausging, den Marxismus-Leninismus in dem langandauernden Kampf gegen die Klassenfeinde im In- und Ausland, innerhalb und außerhalb der Partei als Erbe übernommen, verteidigt und weiterentwickelt und ein großartiges Kapitel in der Geschichte der proletarischen revolutionären Bewegung geschrieben. Während seines gesamten Lebens widmete er all seine Energie der Befreiung des chinesischen Volkes, der Befreiung der unterdrückten Nationen und der Völker der ganzen Welt und der Sache des Kommunismus. Mit der großen Entschlossenheit des proletarischen Revolutionärs führte er einen zähen Kampf gegen seine Krankheit, leitete während dieser Krankheit weiter die Arbeit der ganzen Partei, der ganzen Armee und des ganzen Landes und kämpfte bis zum letzten Atemzug. Die großartigen Beiträge, die er für das chinesische Volk, das internationale Proletariat, die revolutionären Völker der ganzen Welt geleistet hat, sind unvergänglich. Das chinesische Volk und die revolutionären Völker der ganzen Welt lieben ihn aus der Tiefe ihres Herzens und hegen grenzenlose Bewunderung und Achtung für ihn.

Das Hinscheiden des Vorsitzenden Mao Tsetung ist ein unermeßlicher Verlust für unsere Partei, unsere Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes, für das internationale Proletariat, die revolutionären Völker aller Länder und die internationale kommunistische Bewegung. Sein Hinscheiden wird in den Herzen des Volkes unseres Landes und der revolutionären Völker aller Länder grenzenlose Trauer auslösen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas ruft die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten im ganzen Land auf, ihre Trauer entschlossen in Stärke zu verwandeln.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, fortführen und am Klassenkampf als Hauptkettenglied, an der grundlegenden Linie der Partei und an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, fortführen und die zentralisierte Führerschaft der Partei stärken, entschieden die Einheit und Geschlossenheit der Partei aufrechterhalten und uns eng um das Zentralkomitee der Partei scharen. Wir müssen den ideologischen und organisatorischen Aufbau der Partei im Kampf zwischen den beiden Linien stärken und entschlossen das Prinzip der Dreierverbindung von Älteren, Mittelaltrigen und Jüngeren, in Übereinstimmung mit den fünf Bedingungen für die Heranbildung von Fortsetzern der Sache der proletarischen Revolution durchführen.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, fortführen und die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten unter der Führung der Arbeiterklasse und auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern festigen, die Kritik an Deng Hsiao-ping vertiefen, den Kampf um die Zurückschlagung des rechtsabweichlerischen Versuchs der Revision der gefällten richtigen Urteile weiterführen, die Siege der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln, mit Begeisterung die neuen sozialistischen Dinge unterstützen, das bürgerliche Recht einschränken und die Diktatur des Proletariats in unserem Land weiter festigen. Wir müssen die drei großen revolutionären Bewegungen, den Klassenkampf, den Produktionskampf und das wissenschaftliche Experimentieren weiterentfalten, unser Land selbständig mit der Initiative in den Händen, mit Selbstvertrauen, hartem Kampf, Fleiß und Sparsamkeit aufbauen, unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärts strebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, fortführen und entschlossen seine Linie für den Armeeaufbau durchführen, den Aufbau der Armee, den Aufbau der Miliz und die Vorbereitung auf den Kriegsfall stärken, unsere Wachsamkeit erhöhen und immer bereit sein, jeglichen Feind, der es wagt, einzudringen, zu vernichten. Wir sind fest entschlossen, Taiwan zu befreien.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, fortführen und die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao für die Außenpolitik entschlossen weiterführen. Wir müssen am proletarischen Internationalismus festhalten, die Einheit zwischen unserer Partei und den wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen auf der ganzen Welt stärken, die Einheit zwischen dem Volk unseres Landes und den Völkern aller anderen Länder stärken, besonders mit jenen der Dritten Welt, uns mit allen Kräften in der Welt zusammenschließen, die zusammengeschlossen werden können, um den Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und den modernen Revisionismus bis zu Ende zu führen. Wir wollen niemals nach Hegemonie streben und niemals eine Supermacht sein.

Wir müssen die Sache, die uns Vorsitzender Mao hinterlassen hat, weiterführen und gewissenhaft den Marxismus, den Leninismus, die Maotsetungideen studieren, uns dem Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und der Werke des Vorsitzenden Mao widmen, für den vollständigen Sturz der Bourgeoisie und aller anderen Ausbeuterklassen kämpfen, für die Ersetzung der Diktatur der Bourgeoisie durch die Diktatur des Proletariatss und für den Triumph des Sozialismus über den Kapitalismus; wir müssen darum ringen, unser Land zu einem mächtigen sozialistischen Staat aufzubauen, wir müssen noch größere Beiträge für die Menschheit leisten und das Endziel des Kommunismus verwirklichen.

Es lebe der immer siegreiche Marxismus-Leninismus!

Es leben die immer siegreichen Maotsetungideen!

Es lebe die große, ruhmreiche und korrekte Kommunistische Partei Chinas!

Ewiger Ruhm unserem großen Führer und Lehrer, Vorsitzendem Mao Tsetung!



Dem Gedenken des Vorsitzenden Mao Tsetung war die Kundgebung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland in Mannheim am Dienstag, dem 14. August, mit 600 Teilnehmern aus dem Raum Mannheim/Heidelberg gewidmet. „Es lebe der immer siegreiche Marxismus-Leninismus! Es leben die immer siegreichen Maotsetung-Ideen!" – dazu sprach der Sekretär des Zentralen Komitees des KBW, Hans-Gerhart Schmierer. In vierzig Städten der BRD und in Westberlin haben Ortsgruppen und Bezirksorganisationen des KBW Veranstaltungen zum Gedenken des Vorsitzenden Mao Tsetung, dem großen Lehrer der internationalen Arbeiterklasse, durchgeführt.

Kämpfe gegen das kapitalistische Ausbildungswesen

Das neue Schuljahr beginnt mit einer Welle von Aktionen gegen die staatliche Schulpolitik und die Versuche der Kapitalistenklasse, die Arbeitskraft schon während der Ausbildungszeit zu dequalifizieren, die Ausbildungszeit einzuschränken und das Recht auf Ausbildung ganz beiseite zu schaffen, um die Arbeiterjugend noch früher und uneingeschränkt in die Ausbeutung pressen zu können.

Einschränkung der betrieblichen Ausbildung durch Stufenausbildung, Einschränkung der Berufsschulausbildung durch 4/8- und 5/7-Regelungen sowie Einführung des Blockunterrichts, Einführung des Berufsgrundschuljahres für arbeitslose Jugendliche, nach dem sie von der Berufsschulpflicht „befreit" sind, all diesen Maßnahmen ist gemeinsam, die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft zu vermehren, um sie früher und ohne Einschränkungen unter die Despotie der Ausbeuterklasse zu zwingen.

Die Triebkraft der Bewegung der Arbeiterjugend ist der Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, die der Zweck aller Maßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates ist. Unter den Forderungen: Weg mit der Stufenausbildung! Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen, Ausbildung der arbeitslosen Jugendlichen in Facharbeiterklassen ihrer Wahl und Arbeitslosengeld für arbeitslose Jugendliche! schließt die Arbeiterjugend ihre Kräfte zusammen, um Schranken gegen die Zerstörung ihrer Fähigkeiten und das Elend der Arbeitslosigkeit zu errichten. Karl Marx hat im „Kapital" dargestellt, wie die Dequalifizierung der Arbeitskraft und die Herabwürdigung des Arbeiters zu einem Anhängsel der Maschine wie ein Naturgesetz in der kapitalistischen Produktionsweise gegen die Arbeiterklasse wirkt. Aber zugleich „macht die große Industrie durch ihre Katastrophen selbst es zur Frage von Leben oder Tod, ... möglichste Vielseitigkeit der Arbeiter als allgemeines gesellschaftliches Produktionsgesetz anzuerkennen und seiner normalen Verwirklichung die Verhältnisse anzupassen. Sie macht es zu einer Frage von Leben oder Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wechselnde Exploitationsbedürfnis (Ausbeutungsbedürfnis) des Kapitals in Reserve gehaltenen, disponiblen Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die absolute Disponibilität (Befähigung) des Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse." (Marx/Engels-Werke, Band 23, Seite 512)

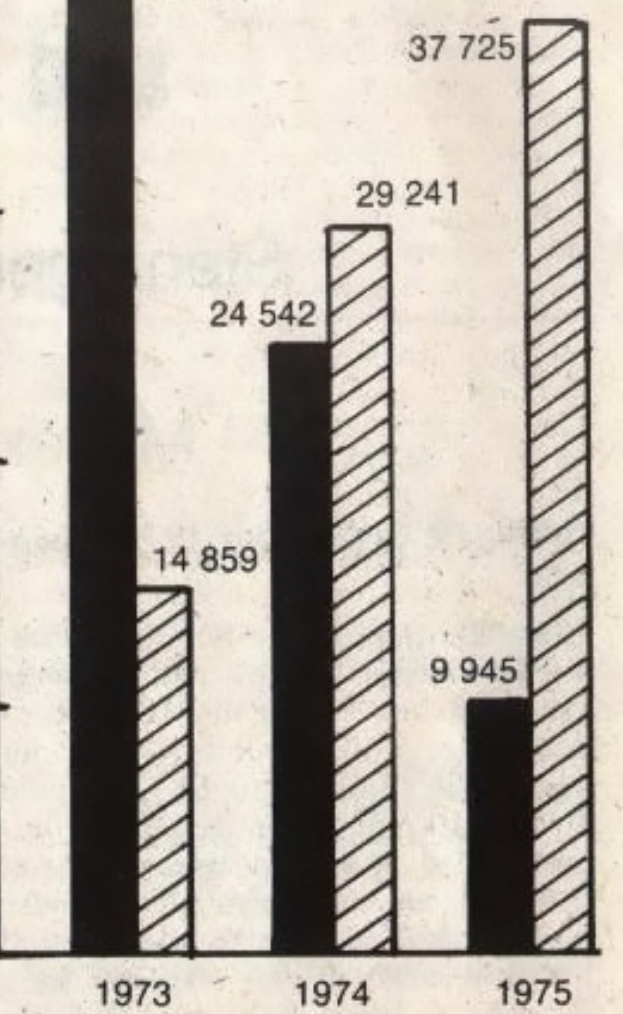
Gelöst werden kann diese Frage nur durch die proletarische Revolution, die das Privateigentum aufhebt und der Unterordnung der gesellschaftlichen Arbeit unter die kapitalistischen Aneigner der Arbeitsprodukte ein Ende setzt. Die Arbeiterklasse ist Trägerin der modernen industriellen Produktionsweise. Sie kämpft für eine Ausbildung, die der Fesselung des einzelnen Arbeiters an eine bloße Detailfunktion entgegenwirkt. Die Einheitsschule mit polytechnischer Ausbildung ist ein Schritt hin zu diesem Ziel. Im Kampf dafür stößt die Arbeiterklasse und mit ihr das Volk unvermeidlich mit den idealistischen, auf Unterdrückung abzielenden Erziehungszielen, mit der staatlichen Schulgewalt und mit der ganzen bürgerlichen Staatsmacht schroff zusammen. Erst „die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse (wird) auch dem technologischen Unterricht, theoretisch und praktisch, seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern."

Planmäßige Kürzung der Ausbildung

In einigen Ausbildungsberufen haben die Kapitalisten die Ausbildungszeiten schon generell durch die Einführung der Stufenausbildung gesenkt. Als vorbildlich gilt den Kapitalisten die Ausbildung in Elektrotechnik. Für die Ausbildung zum Metallwerker hat der Industrie- und Handelstag eine Ausbildungsordnung vorgelegt, die die Ausbildung generell auf 24 Monate einschränkt. Zur Dequalifizierung und Entwertung der Ware Arbeitskraft schon in der Ausbildung stellen die Kapitalisten fest:

„Sinkt die Zahl der insgesamt bestehenden Ausbildungsverhältnisse, bedeutet das noch keine Verringerung des Ausbildungsplatzangebots. Der Rückgang der Gesamtzahl ergibt sich vielmehr aus der Tatsache, daß der ‚Durchlauf' der Jugendlichen durch das System der betrieblichen Berufsausbildung zu einem erheblichen und steigenden Anteil die bisherigen Durchschnittslaufdauer von drei Jahren unterschreitet. Gründe dafür sind z.B. Verkürzungen der Ausbildungszeit aufgrund von § 29 Berufsbildungsgesetz, vorzeitige Zulassung zur Abschlußprüfung und die Zunahme der Berufe mit zweijähriger Ausbildungszeit. Hier spielt die erste Stufe der Ausbildungsordnung Elektrotechnik eine besondere Rolle." (Nach: Berufsbildung 1975/76, Broschüre des Deutschen Industrie- und Handelstages)

Das nebenstehende Schaubild zeigt, wie durch die Einführung der Stufenausbildung in der Ausbildung in Elektrotechnik die Zahl der Ausbildungsverhältnisse mit dreijähriger Ausbildung auf ein Viertel zurückgegangen ist, während die ein- bis eineinhalbjährige Ausbildung sich mehr als verdoppelt hat.



„Nutzen Sie diese Chance ..."

Frankfurt. Ich bin Elektroinstallateurlehrling im vierten Lehrjahr, mache in einem halben Jahr meine Prüfung. 60 % der Lehrlinge sind im Elektrohandwerk letztes Jahr durch die Prüfung gefallen. Die Meister und Berufsschullehrer, die angesichts dieser Situation von zunehmender Faulheit und Dummheit der Jugendlichen zu berichten wußten, stießen mit dieser Weisheit nur auf Unverständnis und Gelächter bei den Lehrlingen. Damals haben wir schon klargestellt, daß es für die Kapitalisten ein gutes Geschäft ist, weil sie die Lehrlinge noch ein halbes Jahr länger für ihre Profitmacherei vernutzen können.

Damals haben wir schon klargestellt, daß es bei den hochgeschraubten Prüfungsanforderungen der Kapitalistenverbände nicht verwunderlich ist, wenn viele Lehrlinge die Prüfung nicht schaffen: vom ersten Tag der Lehrzeit an wird man in die Produktion gesteckt, die Ausbildung ist eine rein zufällige Angelegenheit.

Die Elektroinnung hat nun einen Plan ausgeheckt, ohne Abstriche an der profitablen Vernutzung der Lehrlinge machen zu müssen. Sie hat überbetriebliche Ausbildungskurse eingerichtet, in denen der Stoff, den man in dreieinhalb Jahren zu lernen hat, den Lehrlingen in vier Wochen eingepaukt wird.

Als Krönung dieses Systems hat sie sich nun noch einen Vorbereitungskurs ausgedacht, „mit diesem Lehrgang bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich gründlich auf die Gesellenprüfung vorzubereiten". Das ist löblich. Doch man muß diese Einladung genauer studieren. Verhielt es sich bei der vierwöchigen überbetrieblichen Ausbildung so, daß sie während der Ausbildungszeit stattfand und von den einzelnen Kapitalisten bezahlt werden mußte, so ist das jetzt anders. *„Der Vorbereitungskurs ... findet jeweils an Samstagen von 8 bis 14.30 Uhr statt"*, also außerhalb der 40-stündigen Ausbildungszeit, weil wir da ja für den Profit ranschaffen müssen. Die Grundlage dafür, daß man so praktisch unbezahlte Überstunden schafft, ist im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz gelegt. Aber die Kapitalisten bringens noch dreister. *Die Kursgebühr für diesen Vorbereitungslehrgang beträgt 90 DM* und ist, sofern der Kapitalist dies nicht tut, von den Lehrlingen selbst zu bezahlen, und welcher Kapitalist zahlt schon gern was freiwillig.

Das ist ein starkes Stück: erst müssen sie verschleiern, daß sie dreieinhalb Jahre lang den Lehrlingen keine Ausbildung zukommen lassen und jetzt sollen wir ihnen dieses schmutzige Geschäft noch bezahlen. Die Weichen für die Auslese sind gestellt: Für die Lehrlinge, die von ihren 350 DM Lehrlingslohn keine 90 DM abzwacken können, oder die gar Samstags noch schwarz arbeiten oder jobben müssen, weil das Geld sonst nicht zum Leben langt, ist der Gesellenbrief in weite Ferne gerückt. – (m., KJB, Frankfurt)

viele Lehrlinge die Prüfung nicht schaffen: vom ersten Tag der Lehrzeit an wird man in die Produktion gesteckt, die Ausbildung ist eine rein zufällige Angelegenheit.
das jetzt anders. „Der Vorbereitungskurs ... findet jeweils an Samstagen von 8 bis 14.30 Uhr statt", also außerhalb der 40-stündigen Ausbildungszeit, weil wir da ja für den Profit ran-
oder die gar Samstags noch schwarz arbeiten oder jobben müssen, weil das Geld sonst nicht zum Leben langt, ist der Gesellenbrief in weite Ferne gerückt. – (m., KJB, Frankfurt)

Weg mit der „5/7-Regelung"!
Weg mit dem Blockunterricht!
Hamburg. In der letzten Woche haben weitere Schüler sich in Resolutio- einem Tag mit fünf Schulstunden bestreikt und stattdessen eine Bespre-

Weg mit der „5/7-Regelung"! Weg mit dem Blockunterricht!

Hamburg. In der letzten Woche haben weitere Schüler sich in Resolutionen für den Kampf gegen die 5/7-Regelung erklärt und Aktionen durchgeführt. Die Vollversammlung der Fachschule Sozialpädagogik II hat sich gegen die 5/7-Regelung, das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Berufsbildungsgesetz, das Schulgesetz und für zwei arbeitsfreie Berufsschultage in der Woche ausgesprochen. An der Hauswirtschaftsschule Bergedorf hat die Klasse H 2 unter den gleichen Forderungen zu der Demonstration aufgerufen. Zwei Blocksprecher der G 10 und G 16 haben auf der Demonstration eine Erklärung verteilt, in der sie den Kampf gegen die 5/7-Regelung begrüßen. Sie forderten auf, unbedingt die Forderung „Weg mit dem Blockunterricht!" zu erheben, weil durch ihn die Jugend verschärft der Ausbeutung preisgegeben wird

Es wurden in vielen Schulen Wandzeitungen ausgehängt, die sich gegen die Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft an einem weiteren Nachmittag ausgesprochen haben. Sowohl am Zugang zum Amt für Schule als auch an der Handelskammer und der Handwerkskammer wurden gut sichtbar die Forderungen „Weg mit der 5/7-Regelung! Schluß mit dem Blockunterricht! Für zwei arbeitsfreie Berufsschultage!" gemalt. Die kaufmännischen Auszubildenden der „Bergedorfer Zeitung" haben den Betrieb an einem Tag mit fünf Schulstunden bestreikt und stattdessen eine Besprechung mit dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann angekündigt. Es wurde ein Abkommen ausgehandelt, daß sie an beiden Berufsschultagen nicht arbeiten müssen, stattdessen aber das Berichtsheft sorgfältiger führen müssen. Die Lehrlinge wollen das machen und jetzt auch Tätigkeiten wie Zeitungsaustragen, Packen, Beilagen einlegen in das Berichtsheft mit aufnehmen. Die von der Schülerkammer am letzten Donnerstag durchgeführte Demonstration gegen die 5/7-Regelung brachte die Breite und Entschlossenheit der Bewegung an den Schulen überhaupt nicht zum Ausdruck. Nur etwa 250 bis 300 Schüler und Lehrlinge waren erschienen. Von den Reformisten und Revisionisten der Schülerkammer war die Demonstration als ein Manöver gegen die selbständige Bewegung an den Schulen gedacht. Die Kampflosungen der Arbeiterjugend waren verboten. Nicht verhindert werden konnte, daß etwa die Hälfte der Demonstration unter den Forderungen: Weg mit der 5/7-Regelung! Weg mit dem Blockunterricht! demonstrierte und sich in Sprechchören und Transparenten gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz, gegen den Hamburger Schulgesetzentwurf erklärt haben und lautstark gerufen wurde: Gegen Ausbeutung und Schulunterdrückung – Einheitsschule unter Volkskontrolle!

Stufenausbildung – eine Lohngruppe tiefer

Bremen. Bei der Vulkan-Werft werden gegenwärtig in einigen Bereichen mehr Lehrlinge eingestellt, was die normale Kapazität an Ausbildungsplätzen übersteigt. Während noch vor drei bis vier Jahren etwa 80 Lehrlinge jährlich eingestellt wurden, waren es im letzten Jahr etwa 180.

Während früher zwischen fünf und zehn Schiffbaulehrlinge ergattert werden konnten, wovon noch ein großer Teil ein Studium als Schiffbauingenieur zum Ziel hatte und deswegen sofort nach der Lehre den Vulkan verlassen hat, konnten im letzten Jahr 24 Jugendliche davon überzeugt werden, daß die körperlich schwere und gefährliche Arbeit des Schiffbauers das Richtige für sie sei. Gefährlich ist diese Arbeit, weil die Schiffskapitalisten bei der Steigerung der Ausbeutung für ihren Profit buchstäblich über Leichen gehen. Das weiß in Bremen jeder.

Obwohl am 1. September 1976 etwa ein Drittel Lehrlinge weniger eingestellt wurde als im letzten Jahr, hat sich die Zahl der Schiffbaulehrlinge nochmal um 30 erhöht. Da die Lehrwerkstatt die Anzahl der Lehrlinge nicht fassen konnte, ist eine Behelfswerkstatt eingerichtet worden. Der Ausbildungsleiter hat offen zugegeben, daß dieses Mehr an Quantität auf Kosten der Qualität der Ausbildung geht. Die Vulkan-Kapitalisten wollen den Mangel an Lehrstellen nutzen, um ihren Stamm an Facharbeitern in den Berufen zu erneuern, an denen zu Zeiten der Hochkonjunktur kein Jugendlicher ein Interesse hatte, weil die Arbeit schwer und gefährlich ist.

Die Stufenausbildung haben die Vulkan-Kapitalisten bereits zur Spaltung benutzt. Den jungen Arbeitern, die nach der ersten Stufe des Elektroanlageninstallateurs die Ausbildung beenden mußten, wird eine Lohngruppe unter dem Facharbeiterlohn bezahlt. Eine Ausbildung in der zweiten Stufe findet nicht statt.

Die Arbeiter ergreifen die Führung im Kampf gegen die bürgerlichen Schulverhältnisse

Westberlin. Gegen die bürgerlichen Schulverhältnisse haben sich seit den Sommerferien an mehreren Schulen heftige Kämpfe entwickelt. Unter den Arbeitern der großen Fabriken findet der Kampf an den Schulen Sympathie und Unterstützung. Zusehends ergreifen sie selbst die Führung in den Kämpfen.

In der Druckerei Mercator berichteten zwei Kollegen von der Wahl der Elternvertretung an einer Schule im Märkischen Viertel. Zusammen mit anderen Arbeitern hatten sie ein Programm aufgestellt. Sie fordern darin eine Schule, in der man fürs Arbeiten und fürs Leben lernen kann, und keine Drill- und Aufbewahranstalt. Die Elternvertretung soll für weniger Hausaufgaben eintreten und in die Unterrichtsinhalte eingreifen. In hartem Kampf gegen einige reaktionäre Eltern wurde das Programm durchgesetzt und die Elternvertretung auf dieser Grundlage gewählt.

Während des Druckerstreiks verboten die Schulräte, Druckarbeiter in die Schulen einzuladen, um über den Streik mit den Schülern zu diskutieren. An einigen Schulen sind sie trotzdem hingegangen. Von anderen Schulen sind Klassen in die Streiklokale gegangen, um für den Klassenkampf zu lernen. Ist es verwunderlich, daß die Arbeiter jetzt fordern, daß die Eltern in die Unterrichtsinhalte eingreifen müssen?

„Wir brauchen solche Lehrer. Deshalb: Weg mit dem Beamtenrecht!"

Im selben Betrieb wurden in der Setzerei Unterschriften gesammelt für die folgende Resolution:

„Gegen die Klassenzusammenlegungen und den Abzug von Lehrern, die Sparmaßnahmen an den Schulen und die Jugendarbeitslosigkeit streikten die Schüler der Stephan-Schule am 19. sowie am 23./24. August, unterstützt von ihren Eltern. Die Lehrerin Ullrich unterstützte diese Forderungen und sagte: ‚Ich fühle mich den Eltern mehr verpflichtet als der Schulbehörde.' Diese Lehrerin wurde daraufhin unter Polizeigewalt von der Schulaufsicht von ihrem Dienst suspendiert. Seitdem fordern die Schüler und Eltern: Rücknahme der Suspendierung!

Wir können uns noch gut erinnern, während des Streiks im Frühjahr kam diese Lehrerin mit ihrer Klasse zum Streiklokal, um Anschauungsunterricht zu machen, und die Klasse solidarisierte sich mit dem Streik. Damals war es die Polizei, die gegen unseren Streik vorging, wohl auch mit Hilfe des Beamtenrechts. Heute ist diese Lehrerin suspendiert worden. Als Beamter ist sie für diesen Staat nicht mehr tauglich, weil sie sich auf die Seite der Schüler und Eltern gestellt hat. Solche Gesetze und Methoden braucht dieser Staat, um z.B. gegenüber unserem Kampf um mehr Lohn, um gegen die Forderungen nach einer Schule im Interesse der Arbeitenden Herr zu bleiben.

Wir brauchen solche Lehrer. Deshalb: Weg mit dem Beamtenrecht! Euer Kampf für die Forderungen ist gerecht. Wir erklären uns solidarisch."

Sozialdemokraten und Revisionisten traten gegen die Unterschriftensammlung auf: Allzu schroff wäre der Gegensatz zum bürgerlichen Staat dargestellt. Statt der Beseitigung des Beamtenrechts sollten lieber „Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte" gefordert werden. Ihr Klasseninteresse stellt die Arbeiter in schroffen Gegensatz zum bürgerlichen Staat. Wie an der Stephan-Schule, wo der revisionistische Schulsprecher von den Schülern abgewählt wurde und mit Hilfe der Schulleitung wieder eingesetzt wurde, konnten sich die Klassenversöhnler auch unter den Mercator-Arbeitern nicht durchsetzen. 26 Arbeiter, die Mehrheit der Abteilungen Maschinensatz, Mettage und Anzeigensetzerei, unterschrieben. Als nächstes wollen sie eine Delegation zur Stephan-Schule schicken, um ihre Erklärung zu überbringen.

„Gemeinsam sind wir stark"

In der Maschinenfabrik Fritz Werner gab es im ganzen Betrieb große Empörung, als aus der „BZ" bekannt wurde, daß die Polizei die Lehrerin Ullrich aus dem Unterricht geschleppt hatte. Ende der letzten Woche wurde eine Unterschriftensammlung für folgende Erklärung im Betrieb begonnen:

„Aus der Presse haben wir von dem Polizeieinsatz an der Heinrich-von-Stephan-Schule gegen Schüler und die Lehrerin Uta Ullrich erfahren sowie von der Suspendierung und von dem Hausverbot gegen die Lehrerin Uta Ullrich. Ebenso wurden an drei anderen Schulen (Schöneberg, Neukölln, Kreuzberg) drei Lehrer suspendiert und mit Hausverbot belegt. Die Suspendierung der Lehrerin Uta Ullrich erfolgte, weil sie den Streik der Schüler an der Stephan-Schule unterstützte. In einem offenen Brief erklärte sie, daß sie sich den Eltern und Schülern mehr verpflichtet fühlt als dem Staat. Wir solidarisieren uns mit den Schülern der Stephan-Schule und unterstützen alle Lehrer, die in Konflikt mit der Schulverwaltung kommen, wenn sie sich auf die Seite der Eltern und Schüler stellen. Wir fordern dabei die sofortige Zurücknahme der Suspendierungen!"

Bis Montag unterschrieben 12 Arbeiter aus verschiedenen Abteilungen und mehrheitlich die Abteilung Betriebselektrik bei Fritz Werner.

Die Kapitalisten und der staatliche Dienstherr versuchen durch Unterdrückungsmaßnahmen in den Betrieben zu verhindern, daß sich die Arbeiter zur führenden Kraft im Kampf gegen die bürgerlichen Schulverhältnisse entwickeln. An der Technischen Universität sammelte eine Elternvertreterin von der Stephan-Schule, die als Köchin arbeitet, in ihrer Abteilung Unterschriften. Daraufhin versetzte sie der Dienstherr in eine andere, kleinere Abteilung. Sofort wurde die Unterschriftensammlung in der neuen Abteilung fortgesetzt.

Die Arbeiter der großen Industrie erkennen ihre Aufgabe, das Volk im Kampf um die Demokratie zu führen. Sie gehen daran, die gewaltige Kraft der produzierenden Klasse gegen den bürgerlichen Staat zu wenden. Ihr Klasseninteresse verbindet die Kämpfe der proletarischen Schüler und Eltern. Auf der Veranstaltung des KBW am 12. September sangen Schüler der Stephan-Schule ihr Kampflied:

„Solidarität zwischen den Schülern, Solidarität zwischen den Eltern, gemeinsam sind wir stark!" – (u., Westberlin)

Thyssen-Henschel Kassel

Verschärfung der Ausbeutung bei Thyssen-Henschel Kassel

Von allen Seiten her entwickeln die Thyssen-Henschel-Kapitalisten den Angriff auf die Belegschaft. Bei Thyssen-Henschel Kassel werden unter anderem Getriebe und Achsen, Loks, Panzer und Kernkraftwerksteile produziert. Die Kapitalisten bauten die Belegschaft, deren Zahl am 30.9.1975 5462 betrug, in den letzten Monaten weiter ab. Zugleich wurde die Ausbeutung gesteigert. Der Umsatz zum Beispiel wurde im ersten Quartal 1976 gegenüber dem vierten Quartal 1975 um 50 Prozent gesteigert. Um die Steigerung der Ausbeutung zu erreichen, gehen die Kapitalisten mit zahlreichen Mitteln vor.

Wo zum Beispiel die Ausweitung des Prämienlohns zum Zweck der weiteren Spaltung und Antreiberei nicht möglich ist, werden Stellenprüfungskommissionen eingesetzt, um so den Arbeitstag der Arbeiter zu verdichten.

Gegen diese Maßnahmen führen die Arbeiter den Kampf. Wird die Vorgabezeit gekürzt, gibt es Proteste, wird die Prämie gekürzt, gehen die Arbeiter vor die Halle wie im Mai die Lokbauarbeiter. In diesen Kämpfen stärken die Arbeiter ihre Einheit, die die entscheidende Waffe ist, den anstehenden Lohnkampf erfolgreich zu führen.

Ausdehnung des Prämienlohns

Auf der letzten Betriebsversammlung (24. August 1976) bei Thyssen-Henschel wurde von seiten des Betriebsrates verkündet, daß er bemüht sei, noch möglichst viele von den Arbeitern, die jetzt noch in Zeitlohn arbeiten, in den Prämienlohn zu „überführen“, um auch diesen dadurch eine Erhöhung des Stundenlohnes von 20 bis 30 Pfennig zu ermöglichen. Wir meinen, daß diese Ankündigung nicht gerade ein Grund zur Freude für die betroffenen Arbeiter ist. Denn die Arbeiter, die schon längere Zeit im Prämienlohn arbeiten, haben schon ihre Erfahrungen mit dieser „Verbesserung“ gemacht.

So z.B. in der Schmiede in Rothenditmold, wo die Prämien an die Ausfallzeiten an der Achsstraße gebunden war, und als die Ausfallzeiten geringer wurden, also die Prämien stiegen, die Kapitalisten und ihre Handlanger darangingen, die Bindung der Prämie an die Ausfallzeiten der ganzen Schmiede einzuführen, was zum Absinken der Prämie der betroffenen Arbeiter führte.

Nicht anders im Lokbau, Halle M 45, wo 1975 in der Urlaubszeit die Prämie um 20 bis 25 Pfennige sank und nach der Urlaubszeit auch die Vorurlaubshöhe nicht mehr erreichte. Als dieses Jahr im Mai bei den gleichen Arbeitern die Prämie II wieder einmal bis zu 30 Pfennig absackte, taten sie dann das einzig Richtige und gingen vor die Halle. Seitdem steigt die Prämie II wieder und die Einbuße wurde auch nachbezahlt.

Der Prämienlohn bedeutet einerseits, daß man in der gleichen Zeit mehr schaffen muß als vorher, sonst bekommt man keine Leistung prämiiert, und zum anderen ein Aufspalten der Belegschaft, damit einer dem anderen sein Teufel wird, damit die Prämie stimmt.

Akkordvergabe gekürzt

Bei Thyssen-Henschel wurden im Getriebebau an der VW-Achsschenkel-Fertigungsstraße bei einigen Arbeitstakten die Vorgabezeiten um 1/10 (von 0,65 auf 0,55) gekürzt. Begründung: Einige Spannvorrichtungen seien statt früher mit Handbedienung jetzt hydraulisch betätigt, was eine Erleichterung schaffe. Daran sieht man: Jede technische Verbesserung, die eine Arbeitserleichterung darstellt, wenden die Kapitalisten zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiter.

In der „Mutax“-Abteilung (Schneckengetriebe) sind in der Schleiferei jetzt 2-Maschinenakkordzeiten eingeführt worden. Ein Arbeiter muß zur gleichen Zeit 2 Maschinen bedienen. Die Kapitalisten haben die Arbeitshetze gesteigert. Das Schleifen eines Werkstücks dauert etwa 15 Minuten, dabei wird Präzisionsarbeit bis auf tausendstel Millimeter genau und höchste Aufmerksamkeit verlangt. In der gleichen Zeit muß jetzt eine andere Maschine gefüttert werden.

Erst entlassen, dann für weniger Lohn eingestellt

Nachdem die Thyssen-Henschel-Kapitalisten ca. 50 Arbeiter während der letzten Monate im Getriebebau entlassen haben, gehen sie jetzt daran, wieder einige einzustellen. Die Kapitalisten stufen sie erstens niedriger ein, zweitens bekommen sie einen Teil des Lohns vom Arbeitsamt zurück. Für einen dringenden Auftrag haben sie einen türkischen Arbeiter, den sie entlassen hatten, wieder aus der Türkei zurückholen lassen. Als der Arbeiter in Kassel ankam, erklärten die Kapitalisten, die Arbeit, Fertigung von Drehmaschinenteilen, sei schon fertig. Sie könnten ihn doch nicht einstellen.

Stellenprüfungskommission

Seit ein paar Tagen schnüffelt eine Stellenprüfungskommission bei den Reparaturwerkern in der Schmiede rum, um zu überprüfen, ob nicht dieser oder jener noch „freigestellt“ werden kann. Diese Kommission hat die Aufgabe, den ganzen Reparatur- und Hilfsbetriebsbereich zu durchforsten. Bekanntlich ist es schwer möglich, Reparaturarbeiten per Akkord durchzuführen, deshalb versuchen es die Kapitalisten auf diesem Wege, die Arbeitshetze zu erhöhen.

14000 Arbeitsstunden

Vor kurzem wurde bei Thyssen-Henschel, Werk Mittelfeld, Halle M 43 Lokomotivbau, ein Vorarbeiter entlassen. Die Vorarbeiter machen die Berechnung der Arbeitszeit. Dieser Vorarbeiter hatte 14000 Arbeitsstunden im Vorgriff angerechnet, also sozusagen einen Auftrag schon durchgeführt, an dem noch kein Handschlag gemacht worden war. Ein anderer hatte 2000 Stunden im Vorgriff genommen, wurde aber nicht entlassen.

Als diese Sache im Betrieb bekannt wurde, gab es sofort Auseinandersetzungen über das Warum und Weshalb solchen Tuns. Einige meinten, weil die Arbeiter Halle M 43 zu viel rumstehen, andere meinten, weil er vom Entlohnungssystem bei Henschel aufgerieben wurde. Hätte er einen gemeldet, der mit der Zeit nicht klarkommt, hätte man ihm von oben Unfähigkeit vorgeworfen und vor allen Dingen wäre der Lohn der Arbeiter (auch in der Halle M 43 arbeiten sehr viele im Prämienlohn) gesunken.

Denjenigen Arbeitern, die im Mai an dem selbständigen Streik gegen die Kürzung der Prämie II teilgenommen hatten, fielen sofort die Worte des Henckeroth von der Geschäftsleitung ein. Er hatte damals gesagt: „Meine Herren, ich verstehe das nicht, daß es hier in M 45 immer Schwierigkeiten mit der Prämie gibt. In Halle M 43 klappt es doch ausgezeichnet.“

„Jetzt wissen wir, warum es in Halle M 43 mit der Prämie geklappt hat“, meinten verschiedene Kollegen. – (Zelle Henschel Kassel / Red.)



Monopolkapital
und die
„Europäische Integration“

Die Europäischen Gemeinschaften und der Kampf der Supermächte um Weltherrschaft
Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
Handelsverflechtung
Kapitalverflechtung
EG-Agrarpolitik und kapitalistischer Arbeitsmarkt
Ein imperialistisches Bündnis

Preis: 1,20 DM

Stahlwerke P & S: Lehrlinge diskutieren Tarifforderung

Eine einheitliche Forderung für alle!

Peine. Auf allen Teilversammlungen der letzten Jugendversammlungen bei P & S im August gab es Auseinandersetzungen über die Forderung, die man bei den Lohnverhandlungen aufstellen muß. Einig waren sich alle, daß man auch als Lehrling einen Lohn braucht, von dem man leben kann und nicht den Eltern auf der Tasche liegen muß.

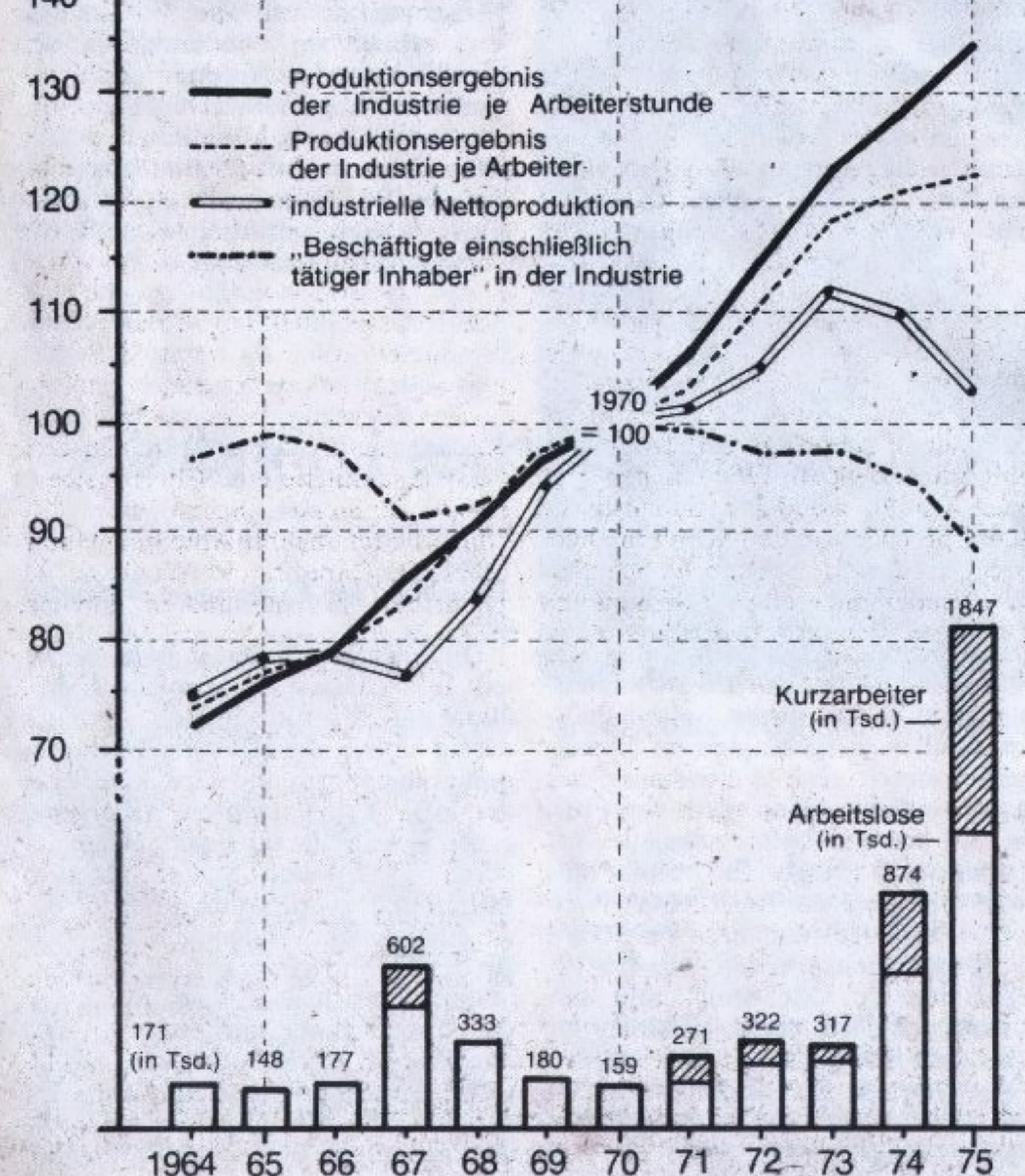
Als Schritt dahin kamen aus den Arbeitsgruppen, die auf den Jugendversammlungen bei P & S immer gebildet werden, Forderungen zwischen 100 und 350 DM mehr. Auseinandersetzungen gab es in unserer Gruppe darum, ob es richtig ist, für alle Lehrlinge einen einheitlichen Betrag zu fordern. Einige meinten, die Lehrlinge im ersten Lehrjahr sollen auch weniger bekommen. Das ist falsch. Schließlich braucht er genauso viel zum Leben, darauf konnten wir uns auch schnell einigen. Ein Jugendvertreter meinte, man könne aber nicht mit Forderungen von 150 bis 200 DM als Schritt zum Existenzlohn kommen. Das würden die älteren Kollegen nicht einsehen und das würde schon in der Tarifkommission nicht durchkommen, weil es zu hoch sei. In der letzten Tarifrunde wurden die Lehrlinge mit zirka 16 DM netto abgespeist. Die Arbeiter in den Betrieben mit höchstens 30 bis 40 DM netto.

Es ist klar, daß es auf den Lohn der ganzen Familie drückt, wenn die Lehrlinge so abgespeist werden. Das sollten die älteren Kollegen nicht einsehen? Daß ihr Sohn einen Lohn bekommt, von dem er leben kann?

Ein Lehrling vertrat die Ansicht, daß man eine gleiche Forderung für alle braucht, für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge, da die Lehrlinge allein nicht viel durchsetzen können. 150 bis 200 DM zu fordern, ist da schon richtig. Klar müßte man sich sein, daß man das nur im Kampf durchbekommen kann. Denn die Kapitalisten wollen den Lohn weiter drücken, die Arbeiterklasse weiter ins Elend drücken.

Die Arbeitshetze wird weiter gesteigert. Gerade sind zum Beispiel von den Schichten der Halbzeugstraße zehn Mann abgezogen. Deren Arbeit muß von den anderen Arbeitern mitgemacht werden.

Nicht vertrauen kann man auf die Sozialdemokraten in der Tarifkommission. Im letzten Jahr haben sie die Forderung der Lehrlinge von 100 DM mehr auf eine Forderung nach 50 DM heruntergebracht, um schließlich bei 25 DM brutto für die Lehrlinge abzuschließen. – (w., Red.)



Stagnation und Fäulnis des monopolistischen Kapitalismus / Die Produktion pro Arbeiterstunde steigt beschleunigt

Das nebenstehende Schaubild für die Jahre 1964 bis 1975 zeigt eindrucksvoll die Stagnation und Fäulnis des monopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Die Jagd nach Höchstprofiten, die diese Entwicklung bestimmt, führt nach kurzem und vorübergehendem Anstieg zu Krise, zu Stillstand und Stagnation der Produktion. Das Ergebnis der industriellen Produktion im Jahre 1975 liegt nur gering über dem Ergebnis des Jahres 1970. Die Zahl der Arbeiter, die diese Produktion geschaffen haben, ist in den Jahren 1965 und 1970 fast gleich und am höchsten. Seit 1970 sinkt diese Zahl und hat 1975 ihren tiefsten Stand innerhalb dieser 12 Jahre. Gleichzeitig wächst die Arbeitslosigkeit rasch an.

Die einzigen beiden Kurven, die in den 12 Jahren von 1964 bis 1975 ununterbrochen steigen, sind die der Produktion pro Arbeiterstunde und der Produktion pro Arbeiter. Die Produktion pro Arbeiterstunde steigt sogar beschleunigt: von 1964 bis 1970 um 27,8 Punkte, von 1970 auf 1975 um 34 Punkte. Dies ist der einzige „Fortschritt“, den die Kapitalisten vorzuweisen haben: er besteht in der Kunst der Schweißauspressung. Während die Kapitalisten die der verminderten Zahl von Arbeitern abgepreßte Arbeitsleistung pro Stunde ungeheuer und beschleunigt in die Höhe treiben, wächst die Produktion pro Arbeiter nicht in dem gleichen Maße. Seit 1970 bleibt das Wachstum der Produktion pro Arbeiter deutlich zurück: die Intensivierung der Arbeit ergänzen die Kapitalisten in zunehmenden Umfang durch die Einführung von Kurzarbeit und vergrößern damit zusätzlich zu dem Anwachsen der industriellen Reservearmee den Druck auf die Lage der Arbeiter, um den Lohn zu senken und die Arbeiter für Akkord und Überstunden verfügbar zu machen.

Anmerkung: Zahlen nach „Arbeits- und Sozialstatistik“, Heft August/September 1976, herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Die Werte der 4 Kurven sind angegeben als Indexwerte, das heißt als Maßzahlen in Prozent der Größe des Jahres 1970, dessen Wert als 100 Prozent gesetzt ist.

Mannheim. Sammlung zur Unterstützung der ZANU. Nachdem bereits in den letzten Monaten in der Belegschaft der Mannheimer Morgen Großdruckerei eine erhebliche Anzahl von Ausrüstungsgegenständen wie wetterfeste Kleidung, Stiefel, eine Kamera usw. gesammelt worden waren, erbrachte die Geldsammlung für die 4 Lastwagen bislang 130 DM. Die Sammlung geht weiter.

Düsseldorf. Demonstration gegen Kürzung des Akkordgrundlohns. Der laufende Tarifvertrag in der Hohlglasindustrie wurde zum 30.9. gekündigt. Als Empfehlung an die große Tarifkommission der IG Chemie hatten die Vertrauensleute der Gerresheimer Glashütte eine Forderung von 10 Prozent beschlossen. Die Vertrauensleute der Gerrix AG hatten zusätzlich aufgestellt: 150 DM mehr für alle Auszubildenden. Die große Tarifkommission hatte 8,5 Prozent beschlossen. Im Gerrix-Konzern arbeiteten am 31.5.76 8537 Arbeiter und Angestellte, mehrere tausend in Düsseldorf. Produziert wird Behälterglas und Bauglas.

Gleichzeitig mit dem Tarifvertrag haben die Gerresheimer Glaskapitalisten auch eine innerbetriebliche Vereinbarung über die Akkordlöhne gekündigt, und zwar eine 20-prozentige tarifliche Zulage für die 250 Akkordarbeiter. Nach dem Bekanntwerden dieser Zulagenstreichung wurde in allen drei Schichten fünf Minuten lang mit Hämmern auf die Werkbänke geklopft. Am letzten Samstag demonstrierten weit über 100 Arbeiter gegen die Kürzung des Akkordgrundlohnes durch Gerresheim. Diese Demonstration wurde nicht vom Betriebsrat und der IG Chemie unterstützt. Eine ursprünglich vorgesehene Mitgliederversammlung der IG Chemie nach der Demonstration wurde von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung abgesagt.

Kapitalexport gesteigert. Die westdeutschen Monopolbourgeois steigern ihren Kapitalexport von Jahr zu Jahr schneller. 2,924 Milliarden DM, die sie durch die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter erzielt haben, verwandten sie im ersten Halbjahr 1976 für Direktinvestitionen in fremden Ländern. Im gleichen Zeitraum von 1975 waren es 2,496 Milliarden DM gewesen. (Quelle: Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 8/76, 4/76)
Deutschen Bundesbank 8/76, 4/76)

1977 weniger Investitionen in der Stahlindustrie. Die Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie der EG werden 1977 gegenüber 1976 erheblich zurückgehen. Die EG-Kommission in Brüssel gab bekannt, daß die Eisen- und Stahlinvestitionen für 1977 mit 1,856 Milliarden Rechnungseinheiten angesetzt sind (1 Rechnungseinheit ist gleich 3,22 DM). 1976 würden voraussichtlich 3,110 Milliarden Rechnungseinheiten investiert werden. Besonders stark sollen die Investitionen im Bereich der Walzwerkfertigerzeugnisse zurückgehen – auf 0,733 Milliarden Rechnungseinheiten, 1976 gleich 1,207 Milliarden Rechnungseinheiten. In den Walzstahlwerken werden zum Beispiel Autobleche, Stahl für den Schiffbau und die Maschinenbauindustrie produziert. Als Grund für den Rückgang gibt die „Süddeutsche Zeitung“ (13.9.) „eine Schwerpunktverlagerung auf Ersatz und Modernisierung von Anlagen und Aufschub der Durchführung einiger Erweiterungsvorhaben“ an. „Dabei handelt es sich besonders um Erweiterungen belgischer, italienischer und französischer Küstenwalzwerke.“ Die Stahlproduktion stagniert. Die imperialistischen Monopole können sie nicht entfalten. Im August ging die Walzstahlproduktion in der BRD gegenüber Juli von 2,622 Millionen Tonnen auf 2,374 Millionen Tonnen zurück. Die Ausnutzung der Rohstahlkapazitäten lag 1975 in der Bundesrepublik bei 65 Prozent. (Die Welt, 11.9.) Das Monopol erwächst notwendig aus dem Kapitalismus. Es erzeugt, „wie jedes andere Monopol, unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und zur Fäulnis“ (Lenin).

Norderstedt. Weg mit der Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden von Metalock! Am Donnerstag, 9.9., hat die Geschäftsleitung der Firma Gränges Metalock den Betriebsratsvorsitzenden gekündigt und sofort beurlaubt. Die Firma gehört zum Grängeskonzern in Schweden, der insgesamt 32000 Arbeiter ausbeutet, in Norderstedt selbst arbeiten 120 Arbeiter, die Reparaturen durchführen im wesentlichen im Schiffsbau. Seit einem Jahr führt die Belegschaft den Kampf gegen die Angriffe der Geschäftsleitung. Eine geplante Lohnkürzung, das Streichen von Pausen wurde verhindert. In der letzten Woche hat die Geschäftsleitung bekanntgegeben, daß die Samstagschichtzulage von 50 auf 25 Prozent gekürzt wird. Der Betriebsrat hat seine Zustimmung verweigert. Daraufhin wurden für Samstag in der Dreherei im Maschinenbau die Überstunden verweigert. Die Geschäftsleitung entließ sofort den Betriebsratsvorsitzenden, weil er die Arbeiter gegen die Geschäftsleitung aufgewiegelt habe. Am Freitag hat die IG Metall Klage gegen die Kapitalisten erhoben. Die Arbeiter und der Betriebsrat haben beschlossen, daß der Betriebsratsvorsitzende weiter in den Betrieb kommt und vom Beginn bis zum Ende des Arbeitstages im Betrieb anwesend sein muß. Am Samstag gingen die Mitglieder der KBW-Ortsgruppe Norderstedt in die Stadt, informierten über die Kündigung, klebten Plakate und lasen den Plakattext vor: Der Angriff auf den gewählten Vertreter der Belegschaft muß zurückgeschlagen werden. Die Arbeiterklasse führt den Kampf für die vollständige Streik- und Koalitionsfreiheit.

1976: 2,5 Milliarden DM weniger Arbeitslosengeld. Etwa 2,5 Milliarden DM wird die Bundesanstalt für Arbeit gegenüber den Planungen im Herbst 1975 am Arbeitslosengeld im Jahr 1976 einsparen. In einer Pressekonferenz Anfang September teilte der Präsident der Bundesanstalt, Stingl, mit, bis Ende August hätten lediglich die Einnahmen der Versicherung die vorgesehene Höhe erreicht. Die Ausgaben seien um gut 10 Prozent darunter geblieben. Der Haushaltsplan für 1976 sieht Ausgaben von 19,4 Milliarden DM vor und Einnahmen aus Beitragszahlungen von 13,6 Milliarden DM. Aus Steuergeldern, die der Bund erhoben hat, sollten 5,5 Milliarden DM vom Defizit gedeckt werden. Die Bundesanstalt für Arbeit geht davon aus, daß sie nur 3 Milliarden DM in diesem Jahr an Bundeszuschüssen braucht. Die gesparten 2,5 Milliarden DM rühren nicht her aus einem Rückgang der Arbeitslosigkeit. Diese wird 1976 insgesamt höher liegen, als vorher kalkuliert: Die Millionengrenze wird im Jahresdurchschnitt wieder deutlich überschritten. Sie rühren auch nicht her aus verringerten Zahlungen in die Kasse der Kapitalisten: Im Gegenteil, deren Möglichkeit, aus der Arbeitslosenkasse zu schöpfen, ist mit den verschiedensten Maßnahmen zur „Arbeitsplatzbeschaffung" und „Berufsausbildung" gesteigert worden. Die 2,5 Milliarden DM werden eingespart an den Arbeitslosen, von denen Ende Juli 1976 überhaupt nur 61,9 Prozent Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe bekamen. Die Möglichkeit zur Senkung der Zahlungen des Arbeitslosengeldes bzw. der Arbeitslosenhilfe hatte die Bundesregierung mit dem Haushaltsstrukturgesetz geschaffen durch den Zwang, auch noch die schlechtestbezahlte Arbeit als zumutbar anzunehmen. (Handelsblatt, 6.9.76, Pressemitteilung der BfA)

Mannheim / IG Chemie-Gewerkschaftstag 19. bis 25. September. Der Vertrauensleutekörper der Chemischen Firma Weyl AG hat die Mannheimer Delegierten beim 10. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik vom 19. bis 25. September aufgefordert, dort den Antrag zu unterstützen, daß alle Gewerkschaftsgremien aufgefordert werden, „sich für die Forderung 35-Stunden-Woche und 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich einzusetzen und Aktivitäten zu deren Durchsetzung einzuleiten", da die „nervliche und körperliche Belastung durch Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit ständig zunimmt". Die Delegierten werden weiterhin aufgefordert, „das Vorgehen des Hauptvorstandes der IG Chemie in den Tarifrunden 1975 und 1976" zu „mißbilligen", da dadurch „die Kampfkraft ... geschwächt" wurde. Der Hauptvorstand der IG Chemie soll darauf verpflichtet werden, vor jeder Tarifrunde in jedem Betrieb Vertrauensleutesitzungen einzuberufen und in jeder Verwaltungsstelle vor jeder Tarifrunde und zur Billigung des Verhandlungsergebnisses eine Vertrauensleute-Vollversammlung durchzuführen. Außerdem sollen die Mannheimer Delegierten den Antrag auf Anerkennung aller arbeitslosen Jugendlichen als Arbeitslose und die Gewährung von Arbeitslosenhilfe und den Antrag 56 auf ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch unterstützen.

und die Gewährung von Arbeitslosenhilfe und den Antrag 56 auf ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch unterstützen.

Rüsselsheim. Sonderschichten Opel. Nachdem der Betriebsrat die Zustimmung zu weiteren Sonderschichten abgelehnt hatte, hat die Geschäftsleitung jetzt über die Einigungsstelle zwei Sonderschichten für den 18. und 25. September für das Werk Rüsselsheim durchgesetzt. Vom Vertrauensleutekörper mehrerer Abteilungen in Rüsselsheim waren in Beschlüssen weitere Sonderschichten abgelehnt worden. Der Betriebsrat war aufgefordert worden, keinen weiteren Sonderschichten zuzustimmen. Am Donnerstag dieser Woche ist im Werk Rüsselsheim Betriebsversammlung. Für das Werk Bochum hat die Einigungsstelle insgesamt vier Sonderschichten genehmigt.

Oldenburg. Gewerkschaft Holz und Kunststoff Manteltarifvertrag Nordwestdeutschland. Der Einigungsspruch für Nordwestdeutschland ist in der Urabstimmung angenommen worden. Dies hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff mitgeteilt. Zu Zahlenangaben über die Urabstimmung hat er sich ausgeschwiegen. Der neue Manteltarifvertrag erfüllt in keiner Weise die Forderung der Holzarbeiter. Er verweigert den Arbeitern für dieses Jahr mehr Urlaub, hält die Betriebszugehörigkeitsstaffel am Urlaub bis 1981 bei und ist mit seinen 5 Jahren Laufzeit beim Urlaub eine Fessel in der Organisierung des gewerkschaftlichen Kampfes um diese wichtige Frage. Damit haben die Kapitalisten praktisch durchsetzen können, was sie gleich zu Beginn der Verhandlungen im vorigen Jahr erklärten: Man müsse den Manteltarifvertrag mit Rücksicht auf die hiesige wirtschaftliche Lage um ein Jahr verlängern. Sie haben dem Schlichtungsspruch (bis auf die Kapitalisten des Holz-Aluminium- und kunststoffverarbeitenden Handwerks Niedersachsen/Bremen) zugestimmt. „In überzeugender Weise" sollen nach der Mitteilung des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Holz und Kunststoff die Kollegen sich für das Schlichtungsergebnis entschieden haben. Das Gegenteil war in den Hüppe-Betrieben in Oldenburg und im Zweigwerk in Ocholt in der Nähe von Oldenburg der Fall. 44 % im Hauptwerk Oldenburg, 52 % bei Hüppe Sanitärtechnik und über 50 % in der Betriebsstätte Ocholt haben das Schlichtungsergebnis abgelehnt. Das ist eine klare Absage an die sozialdemokratische Schlichtungspolitik.

Lohnbewegung in der Papierindustrie

Die Schichtarbeit ruiniert die Arbeitskraft – Der Tariflohn ist niedrig

In der papiererzeugenden Industrie der Bundesrepublik führt die IG Chemie Verhandlungen über den Lohntarifvertrag und über den Manteltarifvertrag. Die Manteltarifverhandlungen wurden von der IG Chemie für gescheitert erklärt. Die Kapitalisten waren nicht bereit, einen Manteltarifvertrag abzuschließen bevor nicht die Lohntarifverträge abgeschlossen sind.

In der papiererzeugenden und zellstofferzeugenden Industrie arbeiten 60000 Arbeiter und Angestellte.

Mit Rationalisierungen und Entlassungen haben die Kapitalisten in der letzten Zeit ihren Profit enorm steigern können. Das wollen sie fortsetzen.

Im ersten Halbjahr 1976 stieg der Umsatz der Papierindustrie gegenüber dem ersten Halbjahr 1975 um 20 %. Gleichzeitig sank die Beschäftigung um 5,3 %. Die geleisteten Arbeitsstunden lagen aber im Juni dieses Jahres um 8,8 % über dem Stand vom Juni letzten Jahres: der Zwang zu Überstunden und Sonderschichten wurde immer schärfer.

Gleichzeitig wurde mittels Akkordhetze und Abbau von Zulagen innerhalb eines Jahres der Lohn- und Gehaltskostenanteil am Gesamtumsatz von 18,6 % auf 17,3 % gesenkt. Die IG Chemie forderte in den verschiedenen Tarifgebieten zwischen 7,8 und 8,5 Prozent Lohnerhöhung und eine Laufzeit von 12 Monaten. Die Tarifkommission der IG Chemie, Papier, Keramik in Hessen hat folgende Forderung beschlossen: Erhöhung der Tariflöhne um 8,5 %, mindestens jedoch 100 DM im Monat bzw. 0,58 DM pro Stunde. Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 60 DM im 1. Lehrjahr, 55 DM im zweiten, 50 DM im dritten und 45 im vierten Lehrjahr. – Wie am Dienstag, 14.9.76, bekannt wurde, hat die IG Chemie in Nordrhein (Düren-Jülich-Euskirchen), wo spalterisch und völlig unzureichend 7,8 % gefordert worden waren, mit 6,2 % für Arbeiter und 5,9 % für Angestellte abgeschlossen.

Ein Arbeiter der Papierfabrik Euler in Bensheim berichtet in der folgenden Korrespondenz über die verschärfte Ausbeutung in seinem Betrieb.

„Es gibt hier drei Maschinen, die Papier produzieren. An diesen 40 Meter langen Maschinen arbeiten an den Papiermaschinen 1 und 2 zwei Maschinenführer, zwei Assistenten und ein Hilfsarbeiter. Früher gab es hier zwei Hilfsarbeiter. Jetzt muß einer die Arbeit allein machen. So müssen die anderen Arbeiter die Arbeit des fehlenden mitmachen. Besonders wenn das Papier reißt, müssen die Arbeiter von der dritten Maschine noch hinzuspringen, um zu helfen.

Da die Maschinen während eines solchen Papierrisses, um Kosten zu sparen, nicht abgestellt werden, besteht die Gefahr, daß sich das Papier in den Rollen verklemmt. So müssen die Arbeiter unter die Rollen der heißen Maschinen springen und das Papier wieder neu durchziehen.

Nach so einer Reparatur in den heißen Gasen mußte ein Arbeiter sich neulich dreimal übergeben, und er ist jetzt eine Woche krankgeschrieben. Überhaupt ist der Krankenstand sehr hoch, da auch in drei Schichten rund um die Uhr gearbeitet wird. Von 6 Uhr früh bis 22 Uhr, von 14 bis 22 Uhr und von 22 Uhr bis 6 Uhr früh. Die Arbeiter werden auch angehalten, möglichst mal 12 Stunden nacheinander zu arbeiten, wenn wieder jemand krank ist. Auch das Mittagessen muß man z.B. an den laufenden Maschinen einnehmen, da ja eventuell das Papier reissen könnte. – (Bezirksbeilage Darmstadt/Red.)

Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg

Mannheim. Die Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg (PWA) sind der größte deutsche Papierkonzern. 1970 ging darin die ehemalige Zellstoffabrik Waldhof in Mannheim auf. Der Konzern hatte 1975 10623 Beschäftigte, davon in Mannheim 2837.

In der vollkontinuierlichen Wechselschicht (vierer Schicht) müssen die Arbeiter folgende Schichten arbeiten: Tagschicht 7 bis 15 Uhr, Mittelschicht 15 bis 23 Uhr, Nachtschicht 23 bis 7 Uhr. Sonntags arbeiten die Tag- und die Nachtschicht je 12 Stunden (7 bis 19 Uhr, 19 bis 7 Uhr), die Mittelschicht hat frei.

Nur ein zusammenhängendes Wochenende im Monat ist frei. Jedoch steht das nur auf dem Papier. In der Praxis fallen sehr viele Überschichten an. Diese werden während der Freischichten geschuftet, wenn andere Schichten unterbelegt sind.

Offiziell gibt es während der 8 bzw. 12 Stunden keine Pausen.

Die Grundlöhne sind äußerst niedrig. Die Schichtzulagen sind 5 % Mittel, 25 % Nacht, 100 % Sonntag, 150 % Feiertag, 175 % „hohe" Feiertage (Pfingsten, Ostern, Weihnachten), Überstunden 25 %.

Dazu ein Beispiel eines ungelernten Arbeiters:

Tariflohn 7,49 DM, betriebliche Zulage 1 DM pro Stunde. Monatliche Arbeitszeit 220 Stunden. Bruttolohn 2500 DM, davon Lohnsteuerabzug 374 DM, abzüglich der Sozialversicherungsbeiträge des Arbeiters 360 DM ergibt 1766 DM. Und das bei 36 Stunden Sonntagsarbeit, 48 Stunden Nachtarbeit sowie 40 Überstunden!

Die Kapitalisten haben beständig die Ausbeutung verschärft. Auf dieser Grundlage betreiben sie ihre Expansionspolitik. Für 1975 wurden 10 % Dividende ausgegeben, eine Kapitalerhöhung um 35 Millionen DM auf 200 Millionen DM wurde vorgeschlagen. Die Werksleitung erklärte auf der letzten Betriebsversammlung in Mannheim, das Ziel sei die führende Position auf dem europäischen Markt. Allerdings könne man die Preise nicht mehr steigern, sondern müsse die Kosten senken. (p./Red.)

Opel Rüsselsheim

Widerstand gegen die Verschärfung der Akkordarbeit

Rüsselsheim. Die Opel-Kapitalisten führen umfassende Angriffe zur Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter durch. Neben der Verlängerung der durchschnittlichen Arbeitswoche durch Sonderschichten, neben Rationalisierungen und Verringerung der Belegschaft treiben sie die Akkordsätze in die Höhe. Dabei stützen sie sich auf die sinkenden Löhne, die viele Arbeiter zu Überstunden zwingen und die Belegschaften spalten. Bei der Kotflügelproduktion (Manta, Ascona) im Preßwerk K 40 haben sie jetzt den Akkordsatz pro Schicht um über 10 % gesteigert, nämlich von 1944 auf 2143 Teile. Gleichzeitig soll von der Straßenbesetzung ein Mann eingespart werden. Da die Straßenbesetzung gut eingearbeitet ist, hat sie gegenüber dem alten Akkordsatz gelegentlich eine zusätzliche Pause rausfahren können. Das haben die Kapitalisten ausgenutzt, um bei anzurechnenden Reparaturausfallzeiten weniger als die wirkliche Zeit aufzuschreiben. Sie haben eine betriebliche Vereinbarung, wonach Reparaturzeiten voll auf den Akkord angerechnet werden müssen, durchlöchert.

Ihr Ziel ist dabei gewesen, trotz Ausfallzeiten möglichst den vollen Akkord zu fahren und damit auf verstecktem Weg den Akkordsatz zu steigern. Oder sie haben mitten in der Schicht die Straßenbesetzung abgezogen und woanders eingesetzt, so daß 1. der Vorsprung verloren war und 2. in der gearbeiteten und aufgeschriebenen Zeit mehr Teile herauskamen als nach dem Akkordsatz gefordert.

Unter den Arbeitern hat es ständig Protest und Widerstand gegen diese Akkordschinderei gegeben. Mehrfach ist gegen Ende der Schicht das Band einfach abgestellt worden. Wenn die Arbeiter erfahren haben, daß sie mitten in der Schicht die Straße wechseln sollen und einen Vorsprung hatten, haben sie teilweise das Band sofort abgestellt und die herausgeholte Zeit verstreichen lassen. Die Kapitalisten haben jedes Mal sofort reagiert, um eine Front zu verhindern. Häufig haben sie einen Teil der Arbeiter tagelang in andere Abteilungen versetzt.

Als jetzt durchgesickert ist, daß der Akkordsatz erhöht wird, haben die Arbeiter sofort abgebremst. Bisher ist der neue Akkord noch keinmal gefahren worden, abgerechnet wird auch noch nach dem alten Satz. Es ist jedoch klar, daß die Kapitalisten alles daran setzen werden, den neuen Satz durchzudrücken. Dabei ist es möglich und notwendig, eine Einheit aller Arbeiter herzustellen, indem das Verbot der Akkordarbeit gefordert und in den Gewerkschaften verankert wird. – (Aus: Bezirksbeilage Wiesbaden zur KVZ)

Tarifvertragsgesetz: Mittel zur Zerschlagung von Lohnkämpfen

Tarifvertragsgesetz: Mittel zur Zerschlagung von Lohnkämpfen

In Schleswig-Holstein haben die Einzelhandelskapitalisten mit der Spaltergewerkschaft DAG einen Tarifvertrag abgeschlossen. Zwischen 3,5 % und 5,2 % Lohn- und Gehaltserhöhung sieht er vor. Die Gewerkschaft HBV hatte sich diesem Lohnraubabschluß nicht angeschlossen, sie forderte weiterhin 8 %. Jetzt wurde der Tarifvertrag mit der DAG für alle Arbeiter und Angestellten in allen Einzelhandelsbetrieben für allgemein gültig erklärt. Der Tarifvertrag mit der DAG wurde allen Arbeitern und Angestellten durch den bürgerlichen Staat aufgezwungen. Das geschieht so:

Der bürgerliche Staat hat ein Tarifvertragsgesetz. Dieses Gesetz legt fest, auf welcher Grundlage Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und den Kapitalisten zu schließen sind.

Der § 5 des Tarifvertragsgesetzes (TVG) lautet:
„§ 5 **Allgemeinverbindlichkeit.** (1) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann einen Tarifvertrag im Einvernehmen mit einem aus je drei Vertretern der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bestehenden Ausschuß auf Antrag einer Tarifvertragspartei für allgemein verbindlich erklären, wenn
1. die tarifgebundenen Arbeitgeber nicht weniger als 50 vom Hundert der unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallenden Arbeitnehmer beschäftigen und
2. die Allgemeinverbindlicherklärung im öffentlichen Interesse geboten erscheint.

Von den Voraussetzungen der Nummern 1 und 2 kann abgesehen werden, wenn die Allgemeinverbindlicherklärung zur Behebung eines sozialen Notstandes erforderlich erscheint."

Im § 21 des Tarifvertragsgesetzes wird der Begriff der Spitzenorganisation definiert:
„§ 12 **Spitzenorganisationen.** Spitzenorganisationen im Sinne dieses Gesetzes sind ... diejenigen Zusammenschlüsse von Gewerkschaften oder von Arbeitgebervereinigungen, die für die Vertretung der Arbeitnehmer- oder der Arbeitgeberinteressen im Arbeitsleben des Bundesgebietes wesentliche Bedeutung haben. Ihnen stehen gleich Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen, die keinem solchen Zusammenschluß angehören, wenn sie die Voraussetzungen des letzten Halbsatzes in Satz 1 erfüllen."

Durch den § 12 sind der DGB, die Kapitalistenverbände wie auch die DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft) und wie CMV (Christlicher Metallarbeiter Verband) erfaßt.

Durch dieses Gesetz haben die Kapitalisten und der bürgerliche Staat jedes beliebige Mittel in der Hand, die Arbeiter in Tarife zu pressen, die die miesesten Hungerlöhne festlegen, sie brauchen nur einen gelben Verband zu finden, der sich als Gewerkschaft bezeichnet. Der läßt sich immer finden, wie jetzt in Schleswig-Holstein bewiesen. Der Ausschuß entscheidet über die Allgemeinverbindlichkeit mit Mehrheit. Hat er entschieden, gilt die Friedenspflicht. Während der Friedenspflicht sind Arbeitskämpfe unter Verbot gestellt. Gewerkschaften, die trotzdem einen Streik organisieren und durchführen, werden mit Strafen und Schadensersatz von Millionen Mark verfolgt. Streiken die Arbeiter trotzdem, ist dieser Streik ein politischer Streik, weil er sich gegen die bestehenden Gesetze richtet, politische Streiks sind verboten und können somit mit der Polizei angegriffen werden.

Wenn es „ein sozialer Notstand" erfordert, können alle Formalitäten fallengelassen werden. Wann herrscht ein sozialer Notstand? Ein sozialer Notstand herrscht für die Bourgeoisie immer, wenn ihre Profitproduktion durch Streik in einen Notstand gerät. Es wird dann gesagt, die Volkswirtschaft sei gestört und das sei für alle schädlich, also herrscht ein sozialer Notstand.

Dieses Gesetz, erlassen im Jahre 1949 durch den von den westlichen imperialistischen Länder eingesetzten Wirtschaftsrat, will die Bourgeoisie jetzt erneut zur Niederhaltung der Lohnkämpfe der Arbeiter einsetzen. Außer der Allgemeinverbindlicherklärung im schleswig-holsteinischen Einzelhandel haben die Textilkapitalisten und die DAG ein solches Verfahren auch für die nordrhein-westfälische Textilindustrie beantragt.

Einzelhandel Schleswig-Holstein:

HBV-Fachgruppe verurteilt staatliches Lohndiktat

Kiel. Die Tarifauseinandersetzung im Einzelhandel wird seit April dieses Jahres geführt. Die Gewerkschaftsführung der HBV (Handel, Banken, Versicherungen) hat von Anbeginn versucht, jegliche Bewegung der Gewerkschaftsmitglieder gegen die Politik der Kapitalisten, den Lohn zu drücken, niederzuhalten. Sie haben eine Fachgruppensitzung im Einzelhandel seit der letzten im Januar systematisch verhindert.

Damit verhinderte die reformistische Gewerkschaftsführung, daß die Mitglieder einheitliche Beschlüsse fassen konnten, um darüber ihren Kampf gegen die Politik der Lohndrückerei der Kapitalisten zu organisieren. Eine Umfrage der HBV-Führung zum Angebot der Kapitalisten, das für die Masse der Arbeiter und Angestellten 3,5 bis 5,2 Prozent bedeutete, führte zu einer 90-prozentigen Ablehnung des Angebots. Die Spalterorganisation DAG hat inzwischen mit den Kapitalisten in dieser Höhe abgeschlossen.

Der Einzelhandelsverband hat daraufhin einen Antrag an den Sozialminister gestellt, daß dieser Lohnraubabschluß allen Beschäftigten im Einzelhandel durch eine Verordnung des Staates aufgezwungen wird. Am Freitag, 3.9., hat der Tarifausschuß des Sozialministers getagt. Er besteht aus zwei Vertretern des DGB, einem Vertreter der DAG und drei Vertretern der Kapitalistenverbände. Dieser Ausschuß hat mit Mehrheit dafür gestimmt, daß der Lohnraubabschluß für alle durch den Staat verordnet wird.

Die Gewerkschaft muß dieses staatliche Lohndiktat ablehnen und den Kampf dagegen organisieren. Auf der Sitzung der Fachgruppe Buchhandel wurde am Freitag, 10.9., folgender Beschluß:

„Beschluß der Fachgruppe Buchhandel

Die Fachgruppe Buchhandel verurteilt aufs schärfste das staatliche Lohndiktat für den Einzelhandel. Es läuft darauf hinaus, der HBV die Tarifautonomie zu nehmen und wird, wenn es in der HBV keinen breiten Widerstand gegen diese Maßnahme gibt, in den anderen Tarifrunden Schule machen. Insbesondere verurteilen wir die DAG, die einmal mehr versucht hat, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu untergraben und sich als völliges Instrument der Unternehmer bewiesen hat. Die Fachgruppe Buchhandel wird insbesondere im Hinblick auf die eigene Tarifrunde alle Kampfmaßnahmen, die die Fachgruppe Einzelhandel beschließen wird, unterstützen."

GEW Hessen stellt Antrag auf Urabstimmung und Streik

Die Sozialdemokraten wollen sich eine Hintertür offenhalten – die Mitglieder müssen diese Manöver vereiteln

Viermal tagte in diesem Jahr auf Druck der Mitglieder der Hauptausschuß der GEW Hessen zur Frage der Durchführung von Kampfmaßnahmen gegen den staatlichen Dienstherrn. Dreimal gelang es der sozialdemokratischen Staatsfraktion, eine Beschlußfassung über Urabstimmung und Streik zu sabotieren. Auf der Sitzung am 9.9. gelang es ihnen nicht mehr. Das Votum der Mitglieder: Kreismitgliederversammlungen von Groß-Gerau bis Marburg, von Wiesbaden bis Hanau forderten einstimmig Urabstimmung. Einzig im Bezirk Kassel konnte dies von den SPD-Funktionären in der GEW verhindert werden: sie beriefen erst gar keine Mitgliederversammlung ein. Auch die „repräsentative Umfrage" des Landesvorstandes ergab: Von 2445 Rückantworten sprachen sich 1782 für Streik aus. Das sind 72,9 Prozent. In einzelnen Bezirken wie Frankfurt waren es sogar 77,3 Prozent. Der GEW-Hauptausschuß beschloß: „Der Hauptausschuß der hessischen GEW beantragt beim Hauptvorstand gem. § 5 Abs. 2 der Satzung der GEW die Durchführung einer Urabstimmung mit dem Ziele, einen eintägigen Warnstreik in Hessen bzw. in einigen Bereichen des Hessenlandes durchzuführen. Als Zeitraum für die Urabstimmung wird die Woche zwischen dem 2. und 5. November festgelegt. Die Forderungen der Urabstimmung haben folgenden Wortlaut:

- Errichtung von ausreichend Planstellen für alle fertig ausgebildeten Lehrer, solange noch Unterricht wegen Lehrermangels ausfällt – Weg mit der Kurzarbeit für Lehrer und
- Rücknahme der Arbeitszeitverlängerung durch die Verordnung vom 15. Juli 1976."

Dies ist ein Erfolg der Lehrerbewegung in Hessen. Sofort haben die Sozialdemokraten in der GEW Fallstricke gelegt, um doch noch den Streik zu verhindern. Ludwig, Vorsitzender der GEW Hessen, hat die Streikbereitschaft der Lehrer direkt angegriffen und eine „wissenschaftliche" Untersuchung angekündigt mit dem Argument, „daß es leichter ist, den Hauptvorstand als 75 % der Mitglieder für den Streik zu gewinnen". Beauftragt wurde eine zweite Umfrage unter 1000 hessischen GEW-Mitgliedern, diesmal durchgeführt von „Profis" (Infratest München), die für rund 100000 DM „im Sinne" ihres Auftraggebers jedes Ergebnis vorlegen können.

Frister, GEW-Bundesvorsitzender, hat diesen Ball gleich aufgefangen und das Ergebnis dieser Umfrage zur Bedingung für eine Genehmigung der Urabstimmung durch den Bundesvorstand gemacht. Die „Frankfurter Rundschau" berichtet über die Bundesvorstandssitzung am 11.9.:

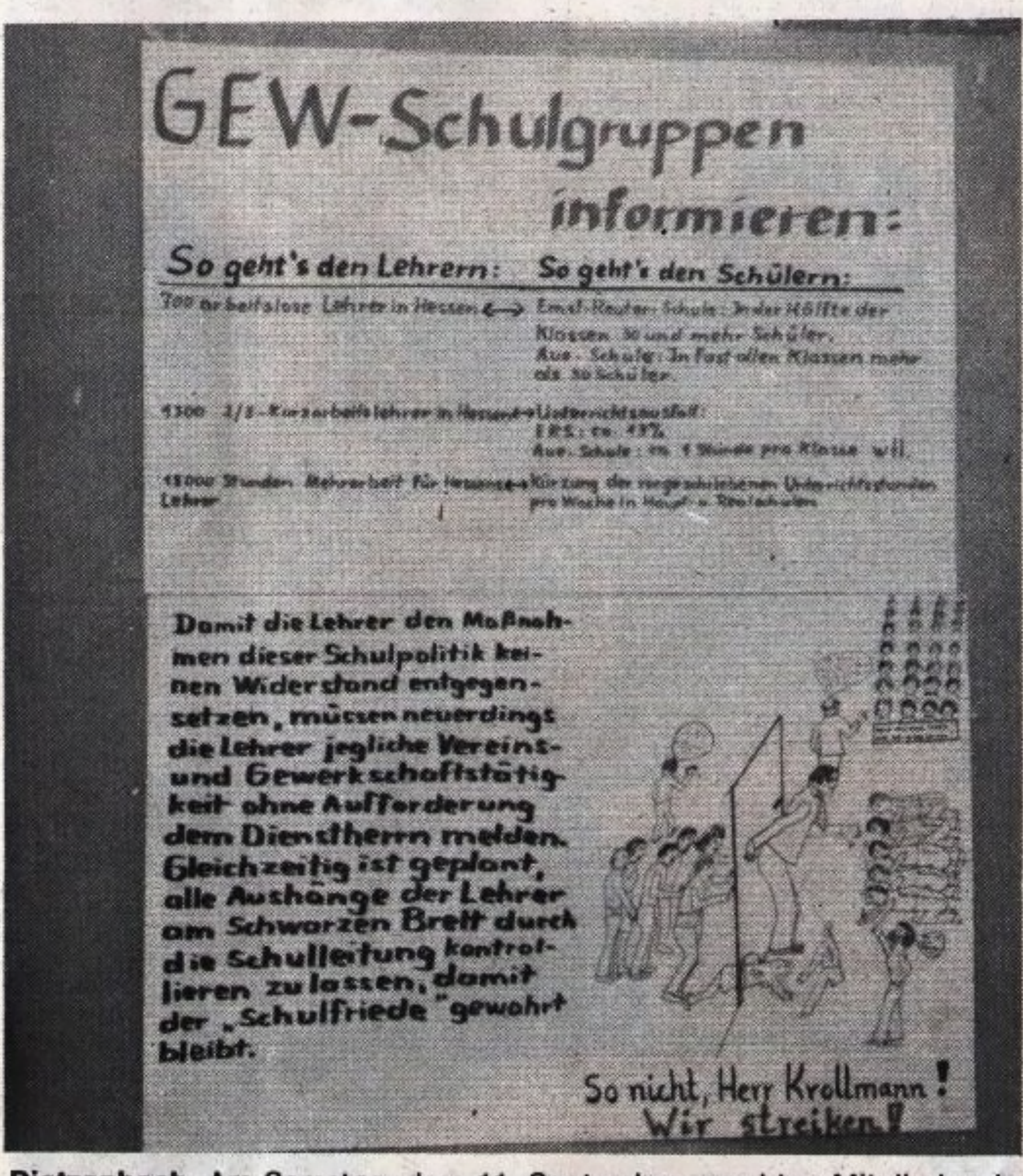
„Zu den Streikabsichten der hessischen GEW nahm der Hauptvorstand noch nicht Stellung, da zunächst die Ergebnisse einer Umfrage unter den hessischen Lehrern zur Ermittlung ihrer Kampfbereitschaft abgewartet werden sollen. Mit dieser Umfrage wurde ein unabhängiges Meinungsforschungsinstitut beauftragt." (Frankfurter Rundschau, 13.9.)

Die Mitglieder wollen aber kein „unabhängiges" Gremium über ihre Interessen entscheiden lassen. 500 Lehrer auf der Protestversammlung in Frankfurt forderten, daß die Ergebnisse der Meinungsforscher im Papierkorb landen und allein eine Urabstimmung unter allen Mitgliedern über Streik entscheidet.

Für den Fall, daß sie Urabstimmung und Streik nicht verhindern können, planen die Sozialdemokraten eine Schwächung der Kampfkraft. Urabstimmung und Streik sollen, wenn es nach Frister geht, als regionale Schwerpunktstreiks durchgeführt werden. Von vornherein soll gegen den staatlichen Dienstherrn nicht die gesamte Lehrerschaft Front machen, sondern eine Zersplitterung organisiert werden. Dies ist ein Anschlag auf den gemeinsamen Kampf und muß zurückgewiesen werden.

Wie die Pest scheuen diese Sozialdemokraten einen Streik der Lehrer gegen den Staat. Es wäre der erste Beamtenstreik in der BRD. Daß die Lehrer keine „Fürsorge" vom Dienstherrn erwarten können, sondern im gemeinsamen Kampf mit der Arbeiterbewegung im öffentlichen Dienst gegen Lohnraub, Rationalisierung und politische Entrechtung ihre Interessen wahrnehmen müssen, dies ist in den letzten Jahren schlagend bewiesen.

Dazu brauchen die Beamten das Streikrecht. In der Vorbereitung von Urabstimmung und Streik haben die hessischen Lehrer diese Forderung erhoben und in ihren Aktionen bereits das Streikrecht genommen. – (w.,)



Dietzenbach. Am Samstag, dem 11. September, machten Mitglieder der GEW-Schulgruppen der Ernst-Reuter-Schule und der Aue-Schule in Dietzenbach einen Info-Stand in der Stadt, an dem sie Flugblätter verteilten und über die Lage an den beiden Schulen, die wirtschaftlichen und politischen Angriffe des Staates gegenüber der Lehrerschaft und über die Notwendigkeit des Streiks diskutierten. Es zeigte sich, daß diese Informationen auf ein breites Interesse und Zustimmung stießen.

Frankfurt / Gegen Meldepflicht für gewerkschaftliche und politische Tätigkeiten. Gegen die neue Vorschrift des Hessischen Beamtengesetzes, nach der künftig alle Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst gezwungen sein sollen, „Art und Zeitaufwand einer von ihnen ausgeübten Nebentätigkeit anzuzeigen, unabhängig davon, ob sie einer Genehmigung bedarf oder nicht" (siehe KVZ Nr. 34 und Nr. 35), hat die Personalversammlung der Ernst-Reuter-Schule in Frankfurt protestiert und die sofortige Zurücknahme dieser Bestimmung geforder. Bis jetzt haben etwa 70 Kollegen der Schule eine Resolution unterschrieben, in der es heißt: „Wir werden, wie bisher, nur bezahlte Nebentätigkeiten angeben und weigern uns, weitere Nebentätigkeiten in Verbänden, Gewerkschaften, Parteien o.ä. zu melden."

Des weiteren hat die Gesamtkonferenz der Ernst-Reuter-Schule abgelehnt, über die Streichung der Entlastungsstunden zu beschließen. Die wegen der Ungesetzlichkeit dieses Beschlusses angesetzte zweite Konferenz hatte das gleiche Resultat. Dies wird jetzt der Schulaufsichtsbehörde mitgeteilt, und die Arbeitszeitverlängerung kann nur noch über eine direkte Dienstverpflichtung durchgesetzt werden. Dieser Beschluß hat der Spaltung der Kollegen entgegengewirkt und allen den Rükken gestärkt, die Konfrontation mit dem Staat aufzunehmen. – (b., Dietzenbach)

Groß-Gerau. Die Kreismitgliederversammlung der GEW Groß-Gerau hat mit einer Gegenstimme gegen die Veränderung des § 80 des Hessischen Beamtengesetzes protestiert und die Kollegen aufgefordert, durch gemeinsame Beschlüsse die Angabe von „Nebentätigkeiten" zu verweigern.

Referendare Nordrhein-Westfalen / Weg mit dem besonderen Dienstrecht. Die nordrhein-westfälische Landessprecherkonferenz der Referendare an berufsbildenden Schulen hat auf ihrer Sitzung vom 3. September beschlossen, den Kampf gegen die Überprüfung, Hinaussäuberung und Nichteinstellung von fortschrittlichen Lehrern aus dem Schuldienst einheitlich auszurichten. Eine Festlegung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" wurde entschieden abgelehnt. In der verabschiedeten Resolution werden die Forderungen erhoben:

Keine Ablehnung, Entlassung oder Disziplinierung von Bewerbern und Angehörigen des öffentlichen Dienstes aus politischen Gründen! Weg mit dem besonderen Dienstrecht! Sofortige Einstellung aller Anhörungsverfahren! Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung im öffentlichen Dienst! Schluß mit den Berufsverboten!

den Berufsverboten!

GEW Westberlin

Der Ausschluß des Landesverbandes Westberlin muß zurückgenommen werden!

Westberlin. Am Montag wurde auf einer Mitgliederversammlung im Wedding mit 80 Anwesenden unter Zustimmung der Vorsitzenden des Landesverbandes Eleonore Kujawa folgende Resolution mit etwa 50 Stimmen verabschiedet: „Die Mitgliederversammlung verlangt auf gewerkschaftlich-demokratischem Weg die Inanspruchnahme des Rechts auf Revision des Ausschlusses. Nicht der Hauptausschuß soll so eine weitgehende Entscheidung treffen, sondern eine nur zu diesem Tagesordnungspunkt einberufene außerordentliche Bundesvertreterversammlung."

Die Taktik ist jetzt offenbar. Kujawa will auf einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung die Bundessatzung erneut beschließen lassen, um damit ihre angeknackste Position wieder zu festigen. Hieß es zunächst, in der GEW gebe es keine Stütze für die Westberliner Position, wird es auf einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung heißen sollen, im DGB gibt es keine Stütze für die Position der GEW gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse.

Dies Manöver ist zu durchkreuzen. Frister sieht das auch auf sich zukommen. Er hat in einem Brief an verschiedene Betriebsgruppen, die eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung fordern, erklärt, daß er ganz und gar gegen die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung sei. Man kann es ihm lebhaft nachfühlen, denn im Interview mit dem Sender Freies Berlin am 14. September wiederholt er dies auf die Frage: „Beobachter meinen, eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung sei notwendig. Ist so etwas geplant?" Frister: „Nein. Unser Vorgehen beruht ja auf einem Beschluß der Bundesvertreterversammlung." Frage: „Kann der Ausschluß nicht zurückgenommen werden!" Frister: „Nein, das geht nicht, dann würde die GEW aus dem DGB ausgeschlossen." Man sieht, die Sozialdemokraten fahren große Kaliber. In interessanter Koalition mit Frister befinden sich Gruppe Rote Fahne und KB Nord, die gegenseitig fest über die Gegnerschaft zu einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung zusammengeschmolzen sind.

Auf einem gewerkschaftsoppositionellen Treffen eines sogenannten vor allem vom Sozialistischen Büro und Gruppe Rote Fahne begeisteten Koordinationsausschusses mit anfangs 250 bis 300 Teilnehmern zum Teil ungeklärter Herkunft wurde eine KB-Nordlerin aus Hamburg eingeflogen. Ergebnis der großspurig angesetzten Veranstaltung: 50 Stimmen für eine „Oppo"-Demonstration. Die Fraktion des KBW hatte vor der Abstimmung aufgefordert, die Veranstaltung zu verlassen.

Alle Opportunisten sind schlecht gelaunt bis ratlos. Das erneute Verwaltungsgerichtsurteil, daß auf sechs Monate der Landesverband nicht ausgeschlossen werden darf, regt nicht mehr groß auf. Man ahnt, daß es das nicht mehr bringen wird, wenn keine politischen Entscheidungen fallen.

Welche Entscheidung fallen soll, darüber werden Nebelkerzen geworfen. Landesvorstandsmitglied Ruhnke meint gleich: „Die Lage ist so kompliziert, daß man überhaupt keine politische Entscheidung treffen kann." Es ist der gleiche Ruhnke, der im „Stern" der letzten Woche zitiert wurde über den Polizeieinsatz an einer Westberliner Schule gegen die Lehrerin Ullrich, die trotz Hausverbots Unterricht erteilt hatte: „Jahre pädagogischer Arbeit sind unwiederbringlich dahin."

Die Masse der Lehrer braucht eine starke Gewerkschaft, um den Kampf gegen Verlängerung der Arbeitszeit und politische Unterdrückung führen zu können. Sie wird ihre Entscheidung auf den kommenden Mitgliederversammlungen und Fachgruppensitzungen der nächsten Tage treffen müssen. – (d., Westberlin)

Frankfurt. Pausenversammlung an der Helmholtz-Schule. In einer Personalversammlung am Montag letzter Woche kamen die Lehrer der Helmholtz-Schule zu dem Schluß: Protestresolutionen reichen nicht aus. Gegen die Angriffe des Dienstherrn auf die soziale Stellung der Lehrer und ihre politischen Rechte muß mit Aktionen vorgegangen werden. Vier Kollegen wandten sich in Beiträgen an die versammelten Schüler und Lehrer. In einer verlesenen „Erklärung der Lehrer der Helmholtz-Schule" heißt es: „Vor allem wenden wir uns gegen die Verlängerung der Arbeitszeit." „Unterrichtsausfall und Lehrermangel bleiben ... weiter bestehen, auch nach der Einstellung von Zweidrittellehrern. (...) Unter die Lehrer, die Arbeit haben, soll Uneinigkeit und Konkurrenz getragen werden." „In einer derartigen Situation müssen wir ungehindert über Gegenmaßnahmen beraten können. Einem neuen Erlaßentwurf zufolge soll uns jedoch künftig die schriftliche Äußerung am Arbeitsplatz und die Verteilung von Schriften der Gewerkschaft und des Berufsverbandes untersagt werden können, wenn dies von der vorgesetzten Behörde für rechtens gehalten wird." „Mit all dem können wir uns nicht abfinden. Unter schärfstem Protest gegen die Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen erheben wir die folgenden Forderungen: Keine Arbeitszeitverlängerung für Lehrer! Rücknahme der neuen Anrechnungsverordnung! Umwandlung der Zweidrittel-BAT-Verträge in volle Planstellen!" Die Versammlung dauerte 20 Minuten in die nächste Stunde hinein. Solche oder ähnliche Versammlungen sind ein gutes Mittel, um die Öffentlichkeit über die Lage an den Schulen zu informieren und einen Streik der Lehrer vorzubereiten.

Heidelberg. Infektionszulagenkürzung. Einen weiteren Angriff auf die Lage der Beschäftigten der Universitätskliniken plant die Klinikverwaltung, indem sie den Infektionsurlaub für Kollegen auf Infektionsstationen der Krehlklinik streichen will. Bisher erhielten diese sechs Tage mehr Urlaub im Jahr. Nach Bundesangestelltentarifvertrag muß eine Infektionszulage (entweder in Entgelt oder Urlaub) gezahlt werden, wenn die Kollegen mit über 80 Prozent infektiösem Material oder Patienten arbeiten müssen. Um diese Bestimmung zu unterlaufen, sollten die infektiösen Patienten auf das ganze Haus verteilt werden, um so die tariflichen Bestimmungen zu unterlaufen. Dies hätte zum einen erhöhte Infektionsgefahr für alle Beschäftigten der Klinik und für die nicht infektiösen Patienten und zum anderen einen direkten Angriff auf von den Beschäftigten erkämpfte tarifliche Bestimmungen bedeutet. Die Klinikleitung hat jetzt aufgrund der Empörung der Beschäftigten zusichern müssen, daß die Infektionszulage weiter gezahlt wird.

GEW-Beschlüsse: Für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung!

Rücknahme des Ausschlusses des GEW-Landesverbandes Westberlin! Außerordentliche Bundesvertreterversammlung! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Diese Forderungen werden von zahlreichen GEW-Gremien aufgestellt:

Wolfsburg. Personalrat des Staatlichen Studienseminars. An der Hauptschule 18 in Wolfsburg wurden 18 Unterschriften für diese Forderungen gesammelt.

Braunschweig. GEW-Gruppe am Staatlichen Studienseminar I und II. Die Fachgruppe Gymnasien GEW Braunschweig fordert Rücknahme des Ausschlusses, weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!

Groß-Gerau. GEW-Kreismitgliederversammlung.

Wolfshagen (bei Kassel). Arbeitskreis junger Lehrer und Erzieher. GEW-Schulgruppe der Wilhelm-Flichtner-Gesamtschule.

Osnabrück. GEW-Fachgruppe Gymnasien.

Hannover. GEW-Betriebsgruppe am Staatlichen Studienseminar Hannover III am 1. September.

Köln. GEW-Betriebsgruppe am Bezirksseminar Köln II für berufsbildende Schulen. Der Vorstand des Stadtverbandes Köln wird aufgefordert, zum schnellstmöglichen Termin eine außerordentliche Jahreshauptversammlung einzuberufen.

Bremen. GEW-Betriebsgruppe des Schulzentrums in den Sandwehen. Die Landesvertreterversammlung soll am 16. September diesen Beschluß unterstützen.

Frankfurt. GEW-Schulgruppe am Abendgymnasium Frankfurt: Rücknahme des Ausschlusseses Landesverbandes Westberlin. Die GEW-Schulgruppe fordert den Hauptvorstand auf, sofort die Einberufung einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung einzuleiten.

Hilden (bei Düsseldorf). Die GEW-Betriebsgruppe der Lehramtsanwärter am 14. September: außerordentliche Bundesvertreterversammlung, Wiederaufnahme des Landesverbandes Westberlin.

Hamburg. Kreisvertrauensleutesprecherkonferenz am 10.9.

Kiel. Die Vertrauensleute der Fachgruppe Hochschule der GEW Kiel: für eine außerordentliche Bundesdelegiertenversammlung, Rücknahme des Ausschlusses des GEW-Bezirksverbandes Westberlin. Der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher der GEW Kreis Kiel setzte sich ebenfalls dafür ein.

Der GEW-Vorsitzende Frister schreibt auf die Anträge, die eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung fordern

Gewerkschaft GEW im DGB-Hauptvorstand
Vorsitzender

8. September 1976

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Sie haben sich in zumeist gleichlautenden Schreiben an den Hauptvorstand der GEW mit der Forderung gewandt, wegen des Ausschlusses der GEW Berlin eine außerordentliche Vertreterversammlung der GEW einzuberufen. Anträge an den Hauptvorstand können nur von Mitgliedern des Hauptvorstandes gestellt werden. Ich habe deshalb Ihre Schreiben an den Vorsitzenden Ihres Landesverbandes weitergeleitet. Ich selbst habe nicht die Absicht, Ihren Antrag zu übernehmen. Das Vorgehen des Hauptvorstandes gegen die GEW Berlin beruht auf einem Beschluß der außerordentlichen Vertreterversammlung der GEW vom März 1975. Die Entscheidung einer außerordentlichen Vollversammlung liegt also bereits vor. Der Hauptvorstand würde den Beschluß des höchsten Organs der GEW mißachten, wenn er anstelle der Maßnahmen gegen die GEW Berlin eine erneute außerordentliche Vertreterversammlung einberufen würde.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Frister

Der Brief wurde an sieben Betriebsgruppen in Hamburg, an das Staatliche Studienseminar Hannover, an die Fachgruppe Gymnasien im Bezirksverband Frankfurt geschickt.

Landesregierung: Kein Lehrlingslohn mehr

Von der Verpflichtung zur Zahlung eines Lehrlingslohnes sollen die Kapitalisten „in bestimmten Ausnahmefällen" ganz entbunden werden. Das erklärte der baden-württembergische Wirtschaftsminister Eberle bei Ankündigung seines „Aktionsprogramms für den Schülerberg": Hauptpunkte seines Aktionsprogramms: „Kurzfristige Einführung neuer Ausbildungsberufe mit einer kürzeren Ausbildungszeit von zwei Jahren sowie die sofortige Überprüfung einer Reihe von ‚ausbildungshemmenden' Vorschriften. So vor allem die Vorschrift, daß ein Lohn gezahlt werden muß. Die jugendliche Arbeitskraft kostenlos und frei von allen Schranken zu bekommen: Der baden-württembergische Wirtschaftsminister hat einen Kapitalistentraum in Worte gefaßt. Es wird nicht mehr lange dauern, bis bürgerliche Politiker mit dem Vorschlag gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel aufwarten werden, daß die Eltern wieder ein Lehrgeld zahlen sollen. (Zitate nach: Handelsblatt vom 10. September)

Erst als dem Rektor die Decke auf den Kopf fiel, wurde die Schule geschlossen

Wiesbaden. Die Klarenthaler Gesamtschule wurde erst vor wenigen Jahren erbaut und gilt als Musterschule – bei den sozialdemokratischen Politikern. Bei der Klarenthaler Bevölkerung ist sie ein Muster für Unterrichtsausfall, Unterdrückung der Schüler durch Aktennotizen und Leistungsdruck und Unterdrückung der Lehrer durch angedrohte Disziplinarverfahren. Zum Schuljahresende war die Lehrerin Wagner unter Anwendung von KPD-Verbot und Beamtenrecht entlassen worden. Jetzt ist ein weiterer Beweis der Mustergültigkeit der Schule erbracht worden. Insgesamt drei Deckeneinstürze waren in den letzten vier Wochen zu verzeichnen. Das erste Mal konnte sich eine Klasse gerade noch retten. Der Vorfall sollte totgeschwiegen werden. „Unterricht ist nicht behindert", war die Auskunft der Schulleitung. Eine Woche später stürzte die nächste Decke. Drei Schüler mußten im Krankenhaus behandelt werden. „Die Schule wurde überprüft, jetzt ist alles sicher", hieß es nunmehr gegenüber den Protesten der Eltern. Letzte Woche nun ist eine weitere Deckenplatte heruntergekommen. Sie landete genau auf dem Schädel des Herrn Schulleiters Henschke, was nicht unbedingt große Trauer bei der Klarenthaler Bevölkerung auslöste. Erst als der Oberaufseher des bürgerlichen Staates an der Schule sich mit leichter Gehirnerschütterung wiederfand, wurde die Schule zur Überprüfung geschlossen. – (w., Stadtteilzelle Klarenthal)

Volksbegehren für Lernmittelfreiheit unzulässig

Ein Bericht der KBW-Sympathisantengruppe Biberach (Württemberg)

Der bewaffnete Befreiungskampf in Zimbabwe findet Unterstützung

Biberach. Seit Anfang August führten wir viele Einzelgespräche, in denen wir die Lage des Volkes von Zimbabwe und die Ziele der ZANU darlegten. Bei einigen Menschen stießen wir auf Skepsis und Resignation: In Biberach, das den höchsten Stimmenanteil für die CDU bei den Wahlen erbracht habe, sei eine Aktion für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe nicht möglich. Wir ließen uns aber nicht abhalten und arbeiteten mit Gesprächen, Flugblättern und Plakaten auf eine erste Versammlung hin. 30 Jugendliche kamen. In einem Referat wurde die Geschichte des Volkes von Zimbabwe und sein Kampf gegen das Siedlerregime unter der Führung der ZANU dargestellt.



Auf dem Marktplatz von Biberach: Über Verkaufsstände, Wurfspiele und Eselreiten für die Kinder wurden Spenden für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt.

In der Diskussion ging es hauptsächlich um die Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes und um die Frage, was denn die Kommunisten mit Zimbabwe zu tun hätten.

Wir stellten heraus, daß der Imperialismus der gemeinsame Feind der Völker der Dritten Welt und des internationalen Proletariats ist. Daß es Aufgabe der Kommunisten ist, die Befreiungsbewegungen durch direkte Hilfe und durch die Führung des Klassenkampfes im eigenen Land zu unterstützen. Am Ende der Diskussion erklärten 29 Jugendliche ihre Bereitschaft, eine LKW-Spendensammlung für die ZANU durchzuführen. Wir verkauften 10 Zimbabwe-Broschüren und 4 Kommunistische Volkszeitungen.

Vorbereitungsgruppen wurden zusammengestellt, um auf dem Marktplatz, dem Mittelpunkt der Stadt, einen Flohmarkt, einen Schmalzbrot- und Schnaps-Stand, einen Informationsstand, eine Wurfbude und Eselreiten einzurichten. Die Leitung der Spendenaktion übernahm ein Organisationsausschuß.

Überall wurde herumgefragt, wer bereit ist, die Spendenaktion zu unterstützen. So erhielten wir Geldspenden und Sachspenden für den Flohmarkt; ein großer Berg Kleider wurde von der Bevölkerung für Zimbabwe bereitgestellt. Die Unterstützung der Spendenaktion verlief sehr vielfältig: Ein Bauer stiftete einen großen Topf Schmalz, eine Friseuse richtete beim Flohmarkt einen Stand ein, wo man für einen Solidaritätspreis sich die Haare schneiden lassen konnte. Mädchen einer Frauengruppe buken Lebkuchen in Lastwagenform und Obstkuchen. Von einer Metzgerei erhielten wir billig Würste, und ein Grill wurde uns zur Verfügung gestellt.

Die Informationsgruppe führte anhand der Zimbabwe-Broschüre eine Schulung durch. Die anderen Gruppen kritisierten später richtig, daß nicht auch für sie eine Schulung eingerichtet worden war, damit sie den Meinungskampf in der Öffentlichkeit hätten besser führen können.

Am 4. September war die ZANU-Spendenaktion das bestimmende Element auf dem Marktplatz in Biberach. Zunächst richteten wir zu wenig das Augenmerk auf die politische Agitation. Das änderte sich aber, nachdem wir kleine Trupps einrichteten, die gezielt die KVZ und Zimbabwe-Broschüren verkauften und Diskussionsgruppen bildeten. Versäumt haben wir, kurze Ansprachen zu halten, um so gezielt in die Debatten einzugreifen. An den Ständen wurden mehr als 600 DM für die ZANU eingenommen, mehrere Zimbabwe- und Namibia-Broschüren, Programme und 41 KVZ verkauft.

Am Nachmittag fand ein Solidaritäts-Fußballturnier mit drei Mannschaften statt. Informationsstand, Würstchenbude und Wurfbude fanden großes Interesse: Es konnte auf Kissinger, Schmidt, Genscher und Smith geschossen werden. Als Preise gab es Streichholzschachteln mit ZANU-Aufklebern.

Am Abend führten wir in der Volkshochschule eine Saalveranstaltung durch. Wir hatten die Musikgruppe des KBW Ravensburg eingeladen, trugen ein Referat und einen Diavortrag vor und versteigerten einen großen Zwetschgenkuchen in Lastwagenform. Eine Percussion-Gruppe spielte afrikanische Musik als Solidaritätsbeitrag. Über 100 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil. Und am Ende der Veranstaltung konnten wir das Sammlungsergebnis verkünden: 1392,77 DM für die Lastwagen der ZANU.

In der Nachbesprechung zur Spendenaktion stellten wir fest, daß es uns gelungen war, trotz versteckten Widerstandes durch die Stadtbürokratie uns zusammenzuschließen zu einer notwendigen und richtigen Aktion. Daß sie noch Fehler aufgewiesen hatte in der politischen Ausrichtung, insofern die Schulung der Beteiligten hätte gründlicher und umfassender sein müssen. Daß der Kampf der Völker der Dritten Welt auch da Unterstützung findet, wo die bürgerlichen Parteien, hier die CDU, noch wesentlich die öffentliche Meinung bestimmen. Daß es notwendig ist, den Kampf aufzunehmen gegen die gemachte öffentliche Meinung, um den Kampf der Befreiungsbewegungen zu unterstützen und den Klassenkampf im eigenen Land zu führen; daß es notwendig ist, die Prinzipien des Marxismus-Leninismus gründlich zu studieren und das Programm der Kommunisten zu verbreiten. Daß dies erkannt worden ist, drückt sich darin aus, daß einige der Beteiligten an der Spendensammlung zu weiteren Aktionen drängen und zukünftig am Leserkreis teilnehmen wollen. – (s., KBW-Sympathisanten Biberach)

Auf dem Marktplatz von Biberach: Über Verkaufsstände, Wurfspiele und Eselreiten für die Kinder wurden Spenden für den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gesammelt.
Augenmerk auf die politische Agitation. Das änderte sich aber, nachdem wir kleine Trupps einrichteten, die ge-
künftig am Leserkreis teilnehmen wollen. – (s., KBW-Sympathisanten Biberach)
Volksbegehren für Lernmittelfreiheit unzulässig

Ein Volksbegehren für die Verankerung der Lenrmittelfreiheit in der bayrischen Landesverfassung hält die bayrische Landesregierung für unzulässig. Ein „Bürgerkomitee Lernmittelfreiheit" hat ein in der bayrischen Landesverfassung vorgesehenes Volksbegehren beantragt gegen die Streichung der Lernmittelfreiheit für Schüler, wie sie im Finanzplanungsgesetz des vergangenen Jahres festgelegt worden ist. Das bayrische Finanzplanungsgesetz ist eine der Ergänzungen des Haushaltsstrukturgesetzes auf Landesebene. Die Landesregierung hat das Volksbegehren zu dieser Frage für unzulässig erklärt unter Verweis auf Artikel 73 der bayrischen Verfassung, in der es heißt: „Über den Staatshaushalt findet ein Volksentscheid nicht statt." Die Finanzierung des Staatsapparates und die Verteilung der Mittel will die Bourgeoisie unbedingt in der Hand halten. Mit diesem Zügel hält sie alles in der Hand. Da soll jeder Widerspruch des Volkes durch Volksbegehren und Volksentscheid von vornherein ausgeschlossen sein. (Bayrischer Staatsanzeiger, 10.9.76)

Die Kapitalisten sollen die Schutzwand zahlen

Heidelberg. Die Schüler des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums wurden vor folgende Alternative gestellt. Die Schule liegt direkt neben einer Großbaustelle in der Heidelberger Altstadt. Über 4 Jahre wird der Baulärm in den vorderen Klassenzimmern so laut sein, daß Unterricht nicht mehr stattfinden kann. Der Direktor gab als Möglichkeit an: 1. Ganze Klassenstufen sollen in andere Schulgebäude verlegt werden; 2. Für Klassen, die vorne Unterricht haben, fällt der Unterricht morgens aus und wird nachmittags nachgeholt. 3. Mitten in den Schulhof wird eine Schallmauer gebaut, die 20000 DM kostet und teilweise von den Eltern mitfinanziert werden soll. – Die Kursssprecher der Schüler haben sich für die 3. Möglichkeit entschieden. Dazu haben sie beschlossen: „Mit geeigneten Mitteln jedoch werden wir uns dafür einsetzen, daß die Kosten voll von der Stadt oder vom Rheinisch-Westfälischen Investmentfonds gezahlt werden." Der Rheinisch-Westfälische Investmentsfonds betreibt den Abbruch der Altstadt und die Errichtung teurer Wohnungen und Garagen, um die Grundrente aus Miete zu steigern.

Bericht aus dem „Berufsvorbereitungsjahr"

Arbeit ohne einen Pfennig Lohn

Köln. Mit Beginn des neuen Schuljahres ist in Nordrhein-Westfalen das Berufsvorbereitungsjahr für alle Schulabgänger ohne Lehre oder Arbeitsstelle obligatorisch eingeführt worden. Mit diesem Berufsvorbereitungsjahr wird die Berufsschulpflicht bis zum 18. Lebensjahr aufgehoben und die jugendliche Arbeitskraft früh zur Ausbeutung über die ganze Woche freigestellt. (Vgl. Meldung in KVZ Nr. 35) Im folgenden der Bericht eines Jugendlichen, der am Berufsvorbereitungsjahr teilnimmt.

Du bist seit knapp zwei Wochen in der Klasse des Berufsvorbereitungsjahres?

Ja. Ursprünglich wollte ich eine Lehre machen, aber das ging schief. Als ich von der neunten Klasse der Sonderschule abgegangen bin, hatte ich eine feste mündliche Zusage für eine Lehrstelle in einer Kölner Maschinenfabrik. Plötzlich wollten die keine Lehrlinge mehr. Am Arbeitsamt wurde mir dann gesagt, ich solle das Berufsvorbereitungsjahr besuchen. Das würde jetzt eingerichtet, und da könnte ich in einem Jahr die Berufsschulpflicht ableisten und bräuchte nicht mehr zur Schule hinterher. Die Chance, eine Arbeit zu bekommen, sei dann größer.

Was lernst du denn jetzt in der Schule?

Bis jetzt hab ich festgestellt, daß wir in der Woche vier Stunden Religion haben. Zwei Stunden stehen im Plan. Da beim Wahlpflichtkurs nichts anderes angeboten wird, nehmen die nochmal zwei Stunden. Dann heißt das Theologie. Für die Ausbildung kann ich das überhaupt nicht gebrauchen. Offensichtlich sollen wir uns beizeiten in Demut üben. Dann gibt es noch den Fachberufswunsch. Fünf Stunden haben wir letzte Woche darauf verwandt. Hier werden die Berufswünsche von uns diskutiert. Ab nächste Woche gehen wir dann jeweils einen Tag in der Woche in verschiedene Firmen, wo uns Ausbildungsberufe unserer Wahl vorgestellt werden.

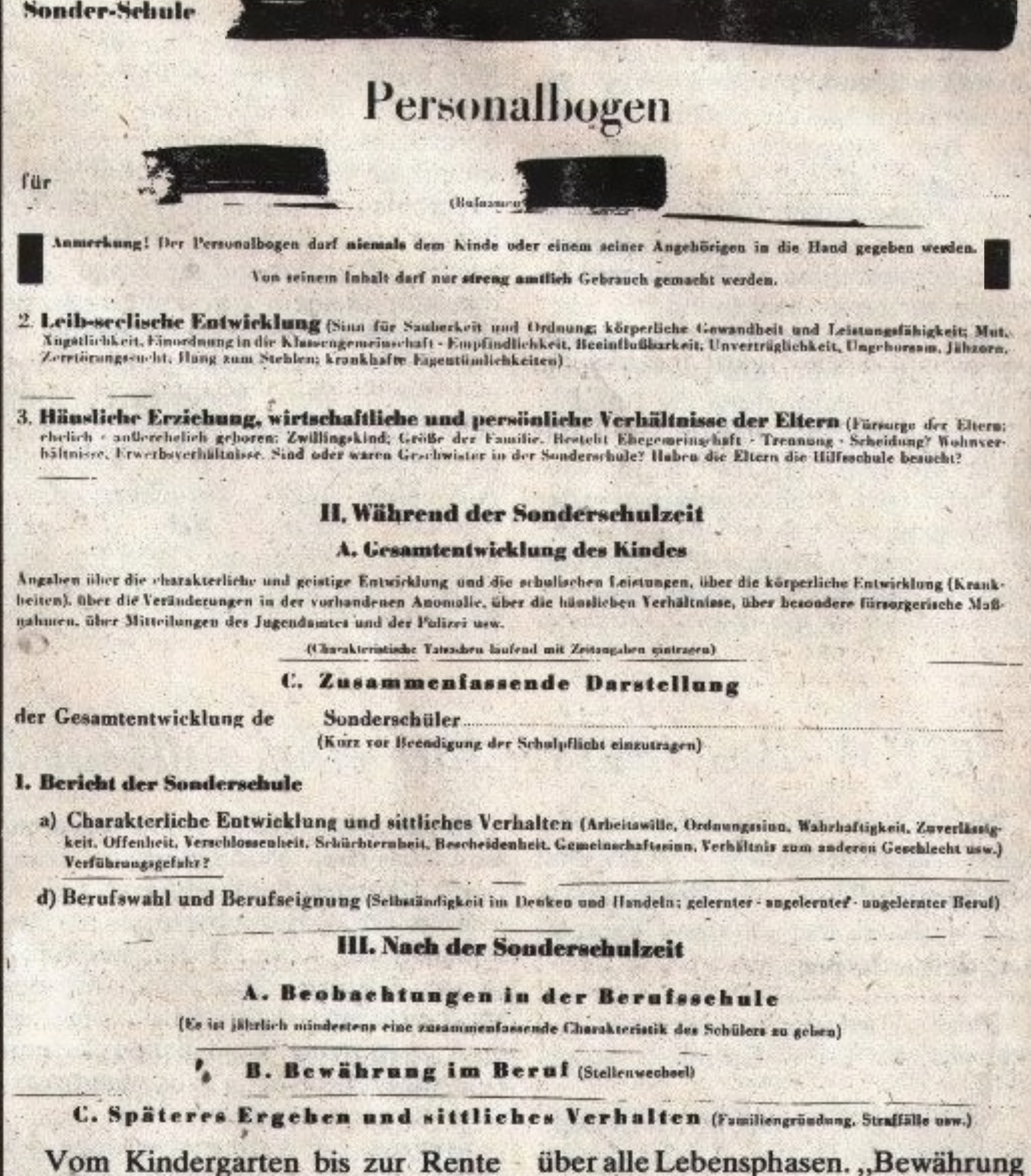
Das hört sich ja so an, als wollte man euch darin ausbilden, aber die Kapitalisten sind bestimmt nur scharf darauf, euch eines Tages auszubeuten.

Ja, wir sollen betrieblich arbeiten, da sehen wir auch kein Geld dafür. Ab nächsten Monat machen wir sogar drei Wochen ein sogenannten Praktikum in Kölner Firmen. Das geht dann von morgens bis abends. Da sehen wir ebenfalls keinen Pfennig.

Außerdem können sich so die Kölner Kapitalisten einen Überblick verschaffen, wem sie später eventuell eine Arbeitsstelle geben.

Ich wollte nochmal auf die Bezahlung kommen. Wir kriegen nämlich während des ganzen Schuljahres keine Beihilfe und liegen so den Eltern weiter auf der Tasche. Und dann die Arbeit in den Firmen, wo wir wieder kein Geld bekommen. Die nehmen uns ganz schön aus.

Ich finde, daß man ein Recht darauf hat, eine vernünftige Ausbildung zu bekommen. Wenn man wie ich keine Lehrstelle bekommen hat, dann sollte man die Möglichkeit haben, in einer Facharbeiterklasse seiner Wahl ausgebildet zu werden. Dann kann man uns auch nicht so einfach untereinander ausspielen. Ich glaube, wir sollten das nächste Woche bei der Klassensprecherwahl besprechen.



Schulstammrolle Nr.

Sonder-Schule

Personalbogen

für (Rufname)

Anmerkung! Der Personalbogen darf **niemals** dem Kinde oder einem seiner Angehörigen in die Hand gegeben werden. Von seinem Inhalt darf nur **streng amtlich** Gebrauch gemacht werden.

2. **Leib-seelische Entwicklung** (Sinn für Sauberkeit und Ordnung; körperliche Gewandheit und Leistungsfähigkeit; Mut, Ängstlichkeit, Einordnung in die Klassengemeinschaft - Empfindlichkeit, Beeinflußbarkeit; Unverträglichkeit, Ungehorsam, Jähzorn, Zerstörungssucht, Hang zum Stehlen; krankhafte Eigentümlichkeiten)

3. **Häusliche Erziehung, wirtschaftliche und persönliche Verhältnisse der Eltern** (Fürsorge der Eltern: ehelich - außerehelich geboren; Zwillingskind; Größe der Familie. Besteht Ehegemeinschaft - Trennung - Scheidung? Wohnverhältnisse, Erwerbsverhältnisse. Sind oder waren Geschwister in der Sonderschule? Haben die Eltern die Hilfsschule besucht?

II. Während der Sonderschulzeit

A. Gesamtentwicklung des Kindes

Angaben über die charakterliche und geistige Entwicklung und die schulischen Leistungen, über die körperliche Entwicklung (Krankheiten), über die Veränderungen in der vorhandenen Anomalie, über die häuslichen Verhältnisse, über besondere fürsorgerische Maßnahmen, über Mitteilungen des Jugendamtes und der Polizei usw.

(Charakteristische Tatsachen laufend mit Zeitangaben eintragen)

C. Zusammenfassende Darstellung

der Gesamtentwicklung de Sonderschüler

(Kurz vor Beendigung der Schulpflicht einzutragen)

I. Bericht der Sonderschule

a) Charakterliche Entwicklung und sittliches Verhalten (Arbeitswille, Ordnungssinn, Wahrhaftigkeit, Zuverlässigkeit, Offenheit, Verschlossenheit, Schüchternheit, Bescheidenheit, Gemeinschaftssinn, Verhältnis zum anderen Geschlecht usw.) Verführungsgefahr?

d) Berufswahl und Berufseignung (Selbständigkeit im Denken und Handeln; gelernter - angelernter - ungelernter Beruf)

III. Nach der Sonderschulzeit

A. Beobachtungen in der Berufsschule

(Es ist jährlich mindestens eine zusammenfassende Charakteristik des Schülers zu geben)

B. Bewährung im Beruf (Stellenwechsel)

C. Späteres Ergehen und sittliches Verhalten (Familiengründung, Straffälle usw.)

Vom Kindergarten bis zur Rente reicht der Personalbogen, der über jeden Sonderschüler in Nordrhein-Westfalen geführt wird. Registriert werden neben Schulnoten die körperliche Entwicklung, die Beurteilung der Charaktereigenschaften, Einschätzung der Arbeitswilligkeit, sexuelles Verhalten und was sonst noch Obrigkeit und Kapitalisten interessieren mag. Als Gutachter und Registratoren werden geführt: Lehrer, Sonderschullehrer, Berufsschullehrer, Amtsärzte, Jugendämter und Polizei. Der Personalbogen ist auf lebenslängliche Erfassung aus: Platz ist auf dem Vordruck für 4 Paßbilder über alle Lebensphasen. „Bewährung im Beruf" und „späteres Ergehen und sittliches Verhalten (Familiengründung, Straffälle usw.)" werden gleich miterfaßt. Gelagert werden diese Personalbögen bei den Schulakten. In aller Deutlichkeit ist so erwiesen, daß staatliche Schulaufsicht ein Mittel ist der Kontrolle und Unterdrückung des Volkes und ihre Tätigkeit das Licht scheuen muß: „Der Personalbogen darf **niemals** einem Kind oder einem seiner Angehörigen in die Hand gegeben werden. Von seinem Inhalt darf nur **streng amtlich** Gebrauch gemacht werden."

(Auszüge aus dem Formular oben)

Westinghouse Hannover

Eine Abteilung macht ihre Erfahrung mit den Beratungsstellen

Hannover. Im Prüffeld bei Westinghouse haben über 40 Arbeiterinnen und Arbeiter die Forderungen gegen den § 218, für Volksentscheid unterschrieben – das sind fast alle aus einer Schicht.

Als nun der Bundestag die sogenannte „Reform“ des § 218 verabschiedete und die sozialdemokratische Gewerkschaftszeitung „Metall“ dieses als einen Schritt nach vorn ausgab, waren alle von vornherein mißtrauisch. „Abtreibung ab Montag frei“ hat der „Bild“-Zeitung keiner abgekauft. „Da ist bestimmt ein Haken dran“, sagten sie. Anke Fuchs in der „Metall“ und die übrige bürgerliche Presse redeten davon, daß jetzt die Frauen es viel besser hätten, kriegten sie doch alle eine Beratung, ihre Abtreibung bekämen auch alle und dazu dann noch Verhütungsmittel.

Nun mußte eine Kollegin aus dem Prüffeld abtreiben. Sie hat schon vier Kinder und kommt mit dem Geld und auch mit der vielen Arbeit (Wechselschicht mit ihrem Mann) schon jetzt nicht klar. Die Pille hat sie nicht vertragen. Als erstes gingen sie und ihr Mann zu zirka 20 Ärzten, die schon Abtreibungen vorgenommen hatten. Alle lehnten ab: „Sie würden jetzt nur noch legale Abtreibungen machen.“ Einer versprach ihr Hilfe, gab ihr aber nach der Untersuchung nur die Adresse von der Beratungsstelle „Pro Familia“.

Auf der Arbeit haben wir dann darüber gesprochen, ob die Kollegin dorthin gehen soll oder gleich nach Holland. Die meisten mißtrauten der Beratungsstelle: „Wenn du keine Abtreibung kriegst und fährst dann nach Holland, sitzt du womöglich nachher im Knast, weil sie dann deinen Namen haben.“

Die andere Überlegung war, daß die Abtreibung mit Beratung umsonst wäre, und daß die Kollegin unter Umständen mit einer „Notlage“ diese Abtreibung auch bekommen würde. Man hörte im übrigen aus den Zeitungen, daß fast alle ihre Abtreibung erlaubt bekämen.

Diese Leimruten legt die Bourgeoisie aus, damit sie überhaupt den § 218 durchsetzen kann, denn vor der „Reform“ war das unmöglich, denn jetzt sollen alle glauben, bei den Beratungsstellen wäre Abtreibung frei. Fallen die Frauen darauf rein und gehen zu den Beratungsstellen – schon sind sie polizeimäßig erfaßt, mit dem Ziel, die Abtreibungen zu verfolgen und dafür zu bestrafen. Damit ist der § 218 angewendet. (...)

Die Kollegin ist auf Grund unserer Überlegungen zu „Pro Familia“ gegangen. Als aber sie und auch ihr Mann polizeimäßig erfaßt werden sollten, ist sie gleich wieder abgehauen und hat nochmal Ärzte abgeklappert. Mit dem bürgerlichen Staat in Form dieser Polizeistationen wollte sie nichts zu tun haben. Sie fand keinen Arzt. Wir hätten ihr gleich raten sollen, nicht zur Beratungsstelle zu gehen.

Stattdessen sind wir auf die Leimruten getreten, die die Bourgeoisie auslegt, um den § 218 sicherzustellen, und haben die Kollegin nochmal zu Pro Familia geschickt. Dort wurde ihr dann, nach der Registrierung, versteht sich, gesagt, sie hätte zwar schon vier Kinder, sei aber erst 24 Jahre alt und noch gesund und könne noch ein Kind bekommen. Sie nannten ihr keinen Arzt.

Die Kollegin war mittlerweile im dritten Monat und in einer verzweifelten Lage. Wenn sie jetzt keinen Arzt fand, war ihr die Strafverfolgung sicher. Sie setzte nun beim Haus- und Frauenarzt Himmel und Hölle in Bewegung, bis diese ihr bescheinigten, sie könne aus „gesundheitlichen“ Gründen kein Kind mehr bekommen. Was wirklich war, ist oben schon gesagt worden. Sie mußte sich also dem § 218 unterwerfen, bekam dann die Abtreibung erlaubt.

Als sie dann wieder zur Arbeit kam und erzählte, wie diese Abtreibung zustandegekommen war, waren sich alle einig, daß nach wie vor der § 218 ersatzlos weg muß. Keiner hielt mehr die Beratungsstellen für das kleinere Übel gegenüber Holland oder dem Pfuscher.

Als jetzt, wenige Wochen später, wieder eine Kollegin abtreiben mußte, ist sie nicht zur Beratungsstelle gegangen.

Die Erfahrung der Westinghouse-Arbeiterin zeigt, daß jetzt Kundgebungen vor den Beraterstellen gegen die Beraterstellen durchgeführt werden müssen. Der wahre Charakter dieser Stellen muß enthüllt werden. Die polizeimäßige Registrierung muß verhindert werden. Der § 218 muß ersatzlos weg! – (Regina Bauer, Bundestagskandidatin des KBW, Wahlkreis 36, Arbeiterin bei Westinghouse/Redaktion)

Deutsche Kommunistische Partei

Eine Enttarnung

Die Deutsche Kommunistische Partei hat am 8. September in vielen Städten Niedersachsens eine achtseitige Flugschrift verbreitet, in der Genosse Held, Mitglied des KBW und Kandidat zu den Bundestagswahlen in Hannover, als Agent des Verfassungsschutzes entlarvt wird.

Diese Entlarvung ist der Deutschen Kommunistischen Partei ganz ohne Beweise geglückt. Vielleicht kommt es daher, daß der Deutschen Kommunistischen Partei das wahre Ausmaß der Agententätigkeit unbekannt geblieben ist. Nach unseren Untersuchungen trifft es nicht zu, daß Genosse Held Agent des Verfassungsschutzes ist. Wir mußten feststellen, daß er in Wahrheit als Innenminister wirkt. Genausowenig trifft zu, daß Genosse Held ein „Bürgersöhnchen“ wäre. Vielmehr entstammt er einer Seitenlinie des Hohenzollerngeschlechtes und arbeitet an der Wiederherstellung des Kaiserreiches. Außerdem unterhält er Beziehungen zum Vatikan. Daß er aus der evangelischen Kirche ausgetreten ist, war bloße Tarnung davon!

Viele hatten schon an der Lebenskraft der Deutschen Kommunistischen Partei gezweifelt. Zum Beispiel, weil es ihr in Bremen bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist, auch nur eine Wahlveranstaltung auf die Beine zu bekommen. Seitdem diese achtseitige Enthüllungsbroschüre im ganzen Lande Niedersachsen verbreitet worden ist, sind derartige Zweifel zerstreut. Die Gelder, die diese Partei von den neuen Ausbeutern in der DDR erhält, sie sind nicht vergeudet, sondern werden benutzt.

Wir bedanken uns bei der Deutschen Kommunistischen Partei für die sachdienlichen Hinweise, die uns die vollständige Enttarnung von Genossen Held ermöglichten. An vielen Orten hat die Deutsche Kommunistische Partei bereits die Danksagung für diese Unterstützung eingeprägt erhalten; wenn es dabei auch ab und zu rauh zugeht, es kommt von Herzen!

Die andere Überlegung war, daß die cher. Sie setzte nun beim Haus- und zum Vatikan. Daß er aus der evangeli- geht, es kommt von Herzen!

Kindergartenplätze

Für die lohnabhängige Frau schwer erreichbar und teuer

Die Zahl der Geburten liegt seit 1972 erheblich unter der Zahl der Gestorbenen: 1975 um 148748 Gestorbene mehr als Kinder geboren wurden. Die Geburtenrate geht steil zurück. Von 1966 mit 1050345 auf 1975 mit 600512 Geburten. Das ist ein Rückgang um 42,8 Prozent. 1973 hatten die regierenden Sozialdemokraten in ihrem Bildungsgesamtplan versprochen, die Zahl der Kindergartenplätze auf 75 pro Hundert Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren zu bringen. Bei dem anhaltenden Geburtenrückgang wird dieses Versprechen demnächst erfüllt sein. Für die Stadt Köln wird es 1977 so weit sein, mit 76,1 Plätzen für Hundert Kinder, während es gegenwärtig noch 63,7 sind. Freilich nicht durch weiteren Ausbau von Kindergärten, sondern weil die arbeitende Klasse aus ihrem Lohn Kinder kaum mehr aufziehen kann. In der Stadt Köln wird von 1975 auf 1977 die Zahl der Kindergartenplätze nicht vermehrt werden, sondern bei 17635 bleiben. Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter aber wird von 27672 (1975) auf 23160 (1977) zurückgehen. (Kindergartenbezirksplan Köln 1975)

Vom Lohn eines Industriearbeiters kann eine Familie nicht leben. Der durchschnittliche Bruttolohn eines angelernten Arbeiters in der Industrie betrug 1975 nach Angaben des Statistischen Jahrbuchs 1976 gerade 1759 DM, für den Facharbeiter 1992 DM. Das macht netto 1303 DM im einen Fall, 1457 DM im anderen (eigene Berechnung). Auch wenn das Kindergeld für zwei Kinder mit 120 DM hinzugerechnet wird, das aus den Steuern gezahlt wird, die den lohnabhängigen Massen vorher abgenommen wurden, bleibt der Nettolohn eines Industriearbeiters weit unter den 2200 DM, welche die offizielle Statistik für 1975 als das monatlich verausgabte Einkommen eines „4-Personen-Arbeitnehmerhaushaltes mit mittlerem Einkommen“ ausweist.

ROTE ROBE
Nr. 4/76 7. Jhg. DM 3,- 31. August 1976
KPD-Verbot – Leitfaden der Reaktion
Der Marxismus-Leninismus läßt sich nicht verbieten
Preis der Einzelnummer: 3,– DM
Jahresabonnement (incl. Porto): 20,–
Buchvertrieb Hager GmbH

Ohne Lohnarbeit der Frau kann die Arbeiterfamilie nicht leben

Dieses Durchschnittseinkommen ist nicht auf die ganze Gesellschaft berechnet, sondern nur auf die schlechter verdienenden unter den Lohnabhängigen. Ein Arbeiterhaushalt kann dieses Durchschnittseinkommen im Normalfall nur erreichen, wenn die Frau mitarbeitet. Als angelernte Industriearbeiterin bekam sie laut Statistischem Jahrbuch im Jahr 1975 monatlich 812 DM netto im Durchschnitt. Arbeitet der Mann ebenfalls als angelernter Arbeiter, dann kamen sie zusammen auf 2115 DM und mit dem Kindergeld gerade auf das Durchschnittseinkommen des 4-Personen-Haushaltes der Lohnabhängigen. Dafür mußten beide zusammen 79,1 Stunden ihrer Lebenszeit wöchentlich als Arbeitszeit für die Kapitalisten hergeben.

Die Löhne der Industriearbeiter sind in Westdeutschland so tief gedrückt, daß Frauenarbeit zwingend notwendig ist für den Unterhalt der Familien und ohne sie vom Lohn der männlichen Arbeiter allein die Reproduktion der Arbeiterklasse nicht mehr gewährleistet werden kann.

Entsprechend machten die Frauen 1975 schon 36,2 Prozent der Lohnabhängigen aus.

Gleichzeitig aber bedeutet die gewaltsame Einbeziehung der Frauen der Arbeiterklasse in Fabriken und Büros, daß zum Mangel an Geld der Mangel an Zeit hinzukommt, um Kinder aufzuziehen. Die arbeitende Klasse in Westdeutschland lebt unter solchen Verhältnissen, daß ihre in Fabriken und Büros unter das Joch der Lohnarbeit gezwungenen Frauen etwa 29 Prozent weniger Kinder zur Welt bringen, als es dem gesellschaftlichen Durchschnitt entspricht. Setzt man die Gesamtzahl der Kinder bis zum 18. Lebensjahr ins Verhältnis zu allen Frauen der Gesellschaft im Alter von 15 bis 65 Jahren, so errechnet sich ein Verhältnis von 80 Kindern auf 100 Frauen. Bei den erwerbstätigen Frauen außerhalb der Landwirtschaft, was zu über 92 Prozent Lohnabhängige sind, kommen 57 Kinder auf 100 Frauen. (Alle Angaben: Statistisches Jahrbuch 1976) Die besitzende und nichtarbeitende Klasse nährt und vermehrt sich auf Kosten der arbeitenden, die zur Kinderlosigkeit gezwungen ist.

Um überhaupt Kinder aufziehen zu können, ist für die Arbeiterfamilie eine Aufbewahrstätte für die Kinder unentbehrlich für die Zeit, in der die Eltern arbeiten.

Fast nirgends ist bei den Betrieben, wo die Frauen arbeiten, eine Kinderkrippe oder ein Kindergarten zu finden. Bevor sich die arbeitenden Mütter auf ihren im Durchschnitt 30 Minuten dauernden Weg hin zur Arbeit machen (nach einer Befragung des DGB), müssen sie ihr Kind zum Kindergarten bringen. In sehr vielen Fällen ist das sogar ganz unmöglich oder erfordert lange Umwege, weil die meisten Kindergärten erst um 8 Uhr geöffnet werden, für eine Arbeiterin also unbenutzbar sind.

Kindergärten gab es 1973 im Bundesgebiet für 52,3 Prozent der 3- bis 6-jährigen. (Bildung im Zahlenspiegel 1975, Statistisches Bundesamt) Und selbst wenn die Geburtenrate bei der Arbeiterklasse so weit gedrückt ist, daß demnächst die Kindergartenplätze für 75 Prozent der Kinder reichen, sind Kindergartenplätze in vielen Gegenden immer noch knapp.

So gut wie nicht vorhanden sind Kinderkrippen für Kleinkinder. In Nordrheinwestfalen kamen 1973 auf etwa 600000 Kinder bis zu 3 Jahren 1425 Plätze in Kinderkrippen und Krabbelstuben (Landtagsdrucksache 7/4440). Die Geburt eines Kindes bedeutet für die Arbeiterfamilie daher in den meisten Fällen, daß die Frauen für 3 Jahre aufhören müssen zu arbeiten. Nur durch ständige Überstunden- und Akkordschinderei des Mannes kann die Familie in dieser Zeit überhaupt über Wasser gehalten werden.

Ist das Kind alt genug, um in den Kindergarten geschickt zu werden und hat man das Glück, einen freien Platz zu bekommen, dann muß als nächstes bezahlt werden. Die Gebühren sind nicht einheitlich, hier die Angaben für einige Städte:

In Bremen muß pro Kind und Tag für ganztätige Unterbringung 7 DM gezahlt werden, wenn in einem 4-Personen-Haushalt das Nettoeinkommen über 1500 DM liegt, also gut 140 DM im Monat. In Wilhelmshaven kostet bei der evangelischen Kirche, die die meisten Kindergartenplätze in der Hand hat, ein Halbtagsplatz 70, ein Ganztagsplatz 105 DM. In Köln liegen die Monatssätze in städtischen Kindergärten bei 42 DM für den halben und bei 51 DM für den ganzen Tag.

Die nordrheinwestfälische Landesregierung gibt keine genauen Zahlen, muß aber zugeben: „... sind ... die Elternbeiträge zum Teil drastisch erhöht worden.“ (Landtagsdrucksache 7/4440) Und der Wilhelmshavener Stadtkämmerer formuliert die allgemeine Marschrichtung, wenn er bei der Vorstellung des Stadthaushaltes 1976 darauf verweist, daß die jährlichen Folgekosten eines Kindergartens extrem hoch seien und 31 % der Herstellungskosten betrügen. Die Konsequenz:

„Ihre Finanzierung durch staatliche Zuschüsse und Beteiligung der Bürger (muß) angestrebt werden.“ Das ist die Ankündigung weiterer Gebührenerhöhung.

Den besitzenden Klassen mangelt es nicht an Geld für die Gebühren. Sie ziehen es trotzdem immer häufiger vor, für ihren Nachwuchs private Kindergärten einzurichten, für die sie sich eigens Bedienstete einstellen. Aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen bekommen sie darauf noch Zuschüsse. Dort werden die Kinder der Reichen betreut und erzogen, während Gnädige Frau zum Reiten oder Tennis geht oder in die Stadt zum Shopping. In Bremen gab es 1975 insgesamt 25 solcher privaten Einrichtungen, 21 davon in zwei Wohnvierteln der Reichen, Schwachhausen und Oberneuland. – (wm)

Heidelberg

Polizeiverstärkung gegen KBW

Am 9. September trafen sich im Heidelberger Rathaus die Spitzen der örtlichen Bourgeoisie und ihre politischen Vertreter mit dem Landesvater Filbinger. Eines der Hauptthemen war der KBW und wie man ihn für die Bourgeoisherrschaft unschädlich machen kann. Derzeit betreibt die Bourgeoisie den Ausschluß von Helga Rosenbaum aus dem Stadtrat.

„Die Heidelberger Polizei muß unbedingt ausgebildete Kräfte erhalten. Das Land ist entschlossen, die innere Sicherheit zu verbessern“, sagte Filbinger, und alle stimmten ein.

Huber, Fraktionsleiter der SPD im Gemeinderat: „... nur ausgebildete Polizei ist in Heidelberg angemessen.“ MdB Weber, Bundestagskandidat der CDU: „... gegen den KBW muß etwas unternommen werden.“ Und schließlich Oberbürgermeister Zundél (SPD): „Was sich hier auf den Straßen und Plätzen und in den Versammlungen der Parteien im Wahlkampf abspielt, ist nicht mehr erträglich. (...) Es kommt wegen mangelnder Polizeistärke in Heidelberg vor, daß zwei oder gar drei Festgenommene von den KBW-Demonstranten wieder freigeprügelt werden.“

Bei ihrer „Altstadtbegehung“ wurden Filbinger, Zundel und Umgebung mit Transparenten und Parolen gegen Gebührenerhöhungen, Mietwucher und Lohndrückerei empfangen. Sie verdrückten sich mit ihrem Schweif von Zivilpolizisten in die Nebenstraßen.

CDU-Wahlkundgebung in Westberlin

Westberlin. Zur Wahlkundgebung der CDU mit Kohl, Strauß und Lorenz waren in die Deutschlandhalle 7000 gekommen. Die Halle faßt 15000. Kohl beklagte sich: Nirgends, wo er in letzter Zeit aufgetreten sei, habe er ungestört sprechen können. Die Demokraten müßten enger zusammenstehen. Der Eigentumsgedanke müsse stärker gepflegt werden und der Leistungswille. Kohl wörtlich: Die Menschen müßten sagen: „Jawohl, ich mache freiwillig Überstunden, ich schiebe freiwillig eine Sonderschicht.“ – Kohl blieb auch in Westberlin nicht ungestört. Trotz massiven Einsatzes Hunderter von Ordnern und Polizisten gelang es den Veranstaltern nicht, die Sprechchöre gegen Kohl und für die Forderungen der Arbeiterklasse zum Schweigen zu bringen. Erst beim abschließenden Deutschlandlied waren die Reaktionäre unter sich.

Im siebten Monat schwanger – zum Akkord gezwungen

Wetzlar. Bei der Firma Philips werden Frauen im Akkord beschäftigt. In den C-Kernen hat eine ausländische Arbeiterin bis in den siebten Monat hinein Akkord arbeiten müssen. Im Mutterschutzgesetz heißt es zwar in § 4: „Akkordarbeit und sonstige Arbeiten, bei denen durch ein gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann, Fließarbeit mit vorgegeschriebenem Tempo ist verboten.“ Durchgesetzt werden müssen solche von den Arbeitern erkämpften Bestimmungen täglich neu gegen die Kapitalisten. Erst nachdem sich die Arbeiterin beim Betriebsrat beschwert hatte, wurde sie kurz vor Beginn ihres Schwangerschaftsurlaubs aus dem Akkord herausgenommen.

Banken betreiben Mietsteigerungen

Mit kräftig ansteigenden Mietpreisen im Wohnungsbau in der nächsten Zeit rechnet Felix Freiherr von Nostitz, Vorstandsmitglied des Immobilienfonds iii-AG der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank. Der Freiherr muß es wissen: Über die Immobilienfonds zentralisieren die Banken diejenigen Gelder der besitzenden Klassen in Westdeutschland, die diese anlegen, um einen Anteil an der Grundrente zu kaufen. Die Grundrente wird über den Monopolbesitz an Grund und Boden zu einem großen Teil über die Miete aus dem Lohn der Arbeiterklasse herausgepreßt. (Handelsblatt, 13.8.76)

Tributzahlungen ans Finanzkapital

Der Zinstribut auf die Staatsschuld, der den arbeitenden Massen über die Steuer abgepreßt wird, wird nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von 14,1 Milliarden DM 1975 über 17,2 Milliarden DM 1976 auf 21,8 Milliarden DM 1977 ansteigen. Damit werden 1977 aus dem gesamten Steueraufkommen bei Bund, Ländern und Gemeinden 7,6 Prozent nur für Zinszahlungen an das Finanzkapital weggehen. 1975 waren es 6,0 Prozent. Jede dreizehnte Mark aus den Steuern, die den Lohnabhängigen durch die Staatsgewalt abgenommen werden, fließt dann direkt an das Finanzkapital. Die Aussicht beflügelt die Couponschneider: „Rentenfonds stehen hoch im Kurs“, meldet die „Süddeutsche Zeitung“ am 11.9.

Polizeifunk verschlüsselt

„Um Unbefugte am Abhören des Behördensprechverkehrs zu hindern“, sollen für den Polizeifunk künftig bundeseinheitlich Sprachverschlüsselungsgeräte eingeführt werden, wie der bayrische Staatssekretär Seidl bekanntgab. Um mitzubekommen, was die Polizei treibt, hören viele den Polizeifunk. Weil dabei so einiges rauskommt, ist es verboten, und auf normalen Radiogeräten ist diese Frequenz ausgespart. Das ist für geschickte Arbeiter kein Hindernis. Deswegen soll man in Zukunft nur noch zerhackte Wortfetzen hören können. (Braunschweiger Zeitung, 11.9.)

Demonstration gegen Polizeiüberfall

Göttingen. Am Freitag, dem 10.9., demonstrierten 200 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten gegen einen Polizeiüberfall auf das Büro des Bezirksverbandes Südniedersachsen des KBW in Göttingen. Die Polizei hatte am 8.9. mit 50 Mann das Büro überfallen und durchsucht. Gesucht wurden – nach offizieller Begründung – Fotos des KBW von der Demonstration zum Landeskrankenhaus, wo am 18.8. gegen die Isolationshaft und gegen die Verlängerung der Haftstrafe für den politischen Gefangenen Rainer Recke protestiert wurde (vgl. KVZ Nr. 34). Beschlagnahmt wurde das gesamte Fotoarchiv. Die Polizei beseitigte bei der Durchsuchung des Büros jeden Zeugen: Ein Rechtsanwalt durfte nicht angerufen werden. Der Sekretär des Bezirksverbandes wurde aus dem Raum geworfen. Zur Demonstration gegen den Polizeiüberfall hatten neben dem KBW das Göttinger Nahost-Komitee, der Iranische Studentenverein und das Komitee gegen den § 218 aufgerufen.

Hannover: 700 Testatunterschriften werden verlangt

Kampfmaßnahmen gegen Entrechtung im Praktischen Jahr werden vorbereitet

Hannover. Am 4. Oktober beginnt für die Medizinstudenten bundesweit das Praktische Jahr, das die bisherige Medizinalassistentenzeit ersetzt. In Hannover betrifft dies gleich über 100 Studenten. Das Praktische Jahr bedeutet für die Medizinstudenten schrankenlose Ausbeutung als billige Arbeitskraft, während sie gleichzeitig den Status von Studenten behalten und keine gewerkschaftlichen und politischen Rechte am Krankenhaus erhalten.

Auf einer Vollversammlung ließ der Studentendekan der Medizinischen Hochschule heraus, was die Studenten in diesem Praktischen Jahr erwartet:

– Da die Ausbildungsplätze an den Krankenhäusern knapp seien, müßten beim zweiten Teil des Staatsexamens etwa 30 Prozent durchfallen, damit auch die übrigen einen Ausbildungsplatz erhalten.

– In den Wahlfächern Kinder- und Frauenheilkunde gebe es sowieso zuwenig Plätze, daher sollten einige stattdessen Pathologie machen.

– Eine Berufshaftpflichtversicherung müßten wir selbst abschließen, was etwa 150 Mark im Jahr kostet.

– Es gibt vier Wochen Urlaub, wobei Krankheit als Urlaub angerechnet wird.

– Die Richtlinien sehen Arbeitszeiten bis zu 43 Stunden pro Woche vor, die aber in der Praxis noch überschritten werden.

– Über 700 Unterschriften als Nachweis für einzelne Tätigkeiten wie Spritzengeben usw. müssen wir im Verlauf des Praktischen Jahres vorweisen, was auf ein lückenloses Kontroll- und Unterdrückungssystem hinausläuft.

Weist zum Beispiel ein Student im Krankenbericht die verschärfte Ausbeutung als Krankheitsursahe nach, braucht ihm der Oberarzt nur die Unterschrift für diesen Bericht zu verweigern. Diese Bedingungen sind für die Medizinstudenten untragbar.

Gegen die Entrechtung, die das Praktische Jahr für die Medizinstudenten bedeutet, haben sich in Hannover bereits über 400 Studenten für einen bundesweiten Streik ausgesprochen.

Die SPD- und DKP-Studenten dagegen wollen die Studenten aufs Verhandeln mit dem bürgerlichen Staat festlegen. „Wir haben dieselben Interessen wie Sie", hat ein MSB-Mitglied dem für die Medizinstudenten zuständigen Staatssekretär im Kultusministerium gesagt. Das wird für die DKP-Studenten stimmen, ganz sicher aber nicht für die Masse der besitzlosen Medizinstudenten, die durch das Praktische Jahr geknebelt und als billige Arbeitskräfte genutzt werden sollen. Die Forderungen der Medizinstudenten nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr liegen schon lange auf dem Tisch. Jetzt wird man ihnen in Aktionen zum Beginn des Praktischen Jahres Nachdruck verleihen, wie sie auf der VDS-Fachtagung Medizin am 8./9. Mai beschlossen wurden. Wie diese Fachkonferenz auch richtig festgelegt hat, müssen diese Aktionen genutzt werden nur Vorbereitung eines bundesweiten Streiks zur Durchsetzung der Forderungen der Medizinstudenten. – (t., Hannover)



Marburg. Über 400 Studenten demonstrierten am 6. September gegen die drohende Amtsenthebung des AStA der Universität wegen Wahrnehmung des politischen Mandats, worüber ein Gericht nach Vertagung am 7. September nun am 21. September entscheiden will. Auf der Landesastenkonferenz am 7. September faßten die Reformisten und Revisionisten den Beschluß, unbedingt bis zu diesem nächsten Gerichtstermin einen neuen AStA aus ihren eigenen Reihen unter Einschluß der FDP-Studenten zu bilden. Dann sei die Gerichtsentscheidung gegenstandslos, da ja ein neuer AStA bestünde. Das nennen sie Schlauheit! Tatsächlich ist dies die unverhüllte Politik der Kapitulation und Unterordnung unter die Reaktion. „Keine Amtsenthebung des AStA – Für die gesetzlich verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat", war dagegen die Forderung, die auf der Demonstration erhoben wurde.

Westberlin. Der Arbeitskreis Praktisches Jahr, der in Westberlin die nichtexistierende Fachschaft der Medizinstudenten ersetzt, hat folgende Aktionen für den Beginn des Praktischen Jahres im Oktober durchgeführt und vorbereitet:

– Die Vertrauensleutekörper aller Lehrkrankenhäuser verabschiedeten auf Vorschlag von und in Zusammenarbeit mit Vertretern des Arbeitskreises eine Resolution zum Praktischen Jahr. Die Vertrauensleute unterstützen darin die Forderungen der Medizinstudenten nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr sowie nach einer Ausbildungsvergütung von derzeit 700 DM netto. Sie unterstützen weiterhin die Forderung nach der personalrechtlichen Vertretung der Auszubildenden durch den Personalrat und nach dem Recht auf gewerkschaftliche Organisierung.

– An allen Lehrkrankenhäusern werden zum 1. Oktober Informationsstände gemeinsam von den Studenten und ÖTV-Betriebsgruppen errichtet und Kundgebungen abgehalten.

– An allen Lehrkrankenhäusern werden zum 1. Oktober die Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr angebracht.

– Diese Aktionen sollen der Vorbereitung eines Streiks aller Medizinstudenten und Praktikanten in den Westberliner Krankenhäusern Ende Oktober dienen.

Göttingen. Auf der Konferenz der Fachschaftsräte am vergangenen Freitag ist nicht entschieden worden, welchen Weg die Göttinger Studentenbewegung in der Vorbereitung des Semesters geht. (Vgl. KVZ Nr. 36) Wie berichtet, haben die SPD-Studenten im AStA ihren Rücktritt angekündigt zwecks Vertuschung des Scheiterns ihrer Politik der Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat und um eine neue AStA-Koalition auf der Linie ihrer Politik, unter Einschluß fortschrittlicher Studentenvertreter und Fachschaftsräte zu erzwingen. Gegenüber standen sich einerseits die beiden in der letzten KVZ abgedruckten Anträge der Fachschaftsräte Geschichte und Chemie auf Ablehnung der Gängelung der Studentenbewegung durch die Sozialdemokraten und ihr Anhängsel KHB. Daß die Studentenbewegung in Neuwahlen mobilisiert werden muß zur Durchsetzung ihrer Interessen im Kampf gegen die Reaktion. Andererseits ein Antrag der KB-Nord-Studenten, die Studentenbewegung nicht in Neuwahlen zu mobilisieren, stattdessen einen „Übergangs-AStA" aus KB-Nord-Studenten und einigen Fachschaftsräten zu bilden, unter Ausschluß der Marxisten-Leninisten, und die Auforderung an die Sozialdemokraten, das Programm für diesen Übergangs-AStA mitzugestalten. Dazu erklärten sich diese gerne bereit, war dies doch der Zweck der Ankündigung ihres Rücktritts aus dem AStA. Weiterhin verkündeten sie, daß sie in dieser Woche ihre Bedingungen an die Studentenbewegung und den AStA veröffentlichen werden. Das wird zur Klärung der Fronten beitragen.

Lüneburg. Einen neuen Erlaß zu Durchführung der Prüfung hat der Minister für Wissenschaft und Kunst in Niedersachsen an die niedersächsischen Hochschulen geschickt. Der neue Erlaß sieht unter anderem vor: Begrenzung der Öffentlichkeit auf maximal 5 Personen. Dabei werden nur die Studenten zugelassen, die das gleiche Fach wie der Prüfling studieren und im kommenden oder übernächsten Semester Prüfung haben. Am Mittwoch, dem 8. September, sollte eine Sitzung aller Mitglieder des Prüfungsamtes in Lüneburg an der Pädagogischen Hochschule stattfinden, auf der die örtliche Prüfungsamtsvorsitzende alle Prüfungsamtsmitglieder – es waren auch drei Regierungsprüfer erschienen – auf den neuen Erlaß dienstrechtlich verpflichten wollte. Erschienen waren aber auch 25 Studenten und stellten klar, daß die Reaktion auch in den Semesterferien nicht freie Hand hat. Nach einer längeren Diskussion weigerte sich die Prüfungsamtsvorsitzende, die Sitzung zu eröffnen, und aus der dienstrechtlichen Unterweisung wurde nichts.

weigerte sich die Prüfungsamtsvorsitzende, die Sitzung zu eröffnen, und aus der dienstrechtlichen Unterweisung wurde nichts.

München. Bei 300 Mark liege das ausreichende Existenzminimum für Studenten, erklärte der Münchner Richter Stiasny. Zuvor hatte er zwei Studenten, die Plakate gegen den Unterdrückungsparagrafen 218 geklebt hatten, zu 150 DM Geldstrafe verurteilt. Das sei angemessen, meinte er, wenn man davon ausgehe, daß das Existenzminimum für Studenten bei 300 Mark liege. Dieser Bourgeoisrichter, der monatlich gut und gerne 3000 Mark einstreicht, macht dankenswert deutlich, welches Ziel sich der bürgerliche Staat mit der Verschlechterung der Ausbildungsförderung und der verstärkten Ausplünderung der Studenten durch die Studentenwerke gesetzt hat.

München. Die Briefkästen aller Bewohner der Studentenstadt Freimann ließ das Studentenwerk durch seinen Verwalter öffnen und durchsuchen, um festzustellen, welche Studenten ihren Briefkästen ein Schreiben des Studentenwerkes entnommen haben, in welchem von den Studenten Mieterhöhungen gefordert werden. Zu Recht weigern sich die Studenten, diese Mieterhöhungen zu bezahlen. Zweck dieses Durchsuchungsmanövers war es, Zahlungsbefehle gegen die Studenten zu erwirken, denen so nachgewiesen werden sollte, daß sie die Zahlungsaufforderung des Studentenwerks erhalten haben. Umfassende Kontrolle und Bespitzelung der Studentenmassen, die sich gegen ihre Ausplünderung durch den Staat zur Wehr setzen, das versucht der bürgerliche Staat in den von ihm verwalteten studentischen Sozialeinrichtungen zu verwirklichen.

Für die Einstellung zum Februar 1977 in den Referendardienst für Lehrer müssen die vollständigen Bewerbungsunterlagen bis zum 31.10. vorliegen. Dies hat das nordrhein-westfälische Kultusministerium beschlossen. Da aber die Prüfungen bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen sind, bedeutet dies, daß alle Lehramtskandidaten, die im Wintersemester die Prüfung machen, frühestens zum September 1977 eingestellt werden. In der Zwischenzeit sind sie arbeitslos und erhalten auch kein Arbeitslosengeld. Ähnliche Schikanen gegenüber den Lehrerstudenten hat es zuvor bereits in Niedersachsen und Baden-Württemberg gegeben. Am 2.9. fand an der Kölner Universität eine Vollversammlung der Examenskandidaten statt, an der knapp 100 Studenten teilnahmen. Einstimmig verabschiedet wurde eine Resolution mit folgenden Forderungen: Aufhebung der Drei-Monats-Frist für die Abgabe der Examenszeugnisse! Nahtlose Übernahme aller Referendare und Lehramtsanwärter! Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Hochschul- und Schulabgänger! Auf einer Pressekonferenz am 9.9. erklärten der AStA Bonn, Münster sowie ein anwesender Vertreter der VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) ihre Unterstützung für die Forderungen der Kölner Examenskandidaten.

Operations Research . . .

Eine Wissenschaft der Schweißauspressung

Operations Research . . .

Eine Wissenschaft der Schweißauspressung und Menschenschinderei

Stahlknecht schreibt über OR-Modelle (Operations-Research-Modelle):

„Alle OR-Modelle haben eine ähnliche Struktur. Sie enthalten meistens ein Entscheidungskriterium, nachdem in einer bestimmten Richtung ein Optimum zu finden ist. Optimalitätskriterien können z.B. der maximale Gewinn des Unternehmens, die minimalen Kosten, die größtmögliche Kapazitätsauslastung oder der geringste Personalbedarf sein. Bei der Optimierung sind diejenigen Bedingungen zu berücksichtigen, die sich aus der Natur des Problems ergeben." (Stahlknecht, Operations Research, S.6; Optimum: bestmögliches Ergebnis)

Die Erhöhung der Profitrate ist also der Zweck des Einsatzes von Operations Research Methoden im betriebs- und volkswirtschaftlichen Bereich. Die Profitrate bestimmt sich jedoch wesentlich durch den Umfang des aus den Arbeitern ausgepreßten Mehrwerts, da allein die menschliche Arbeitskraft alle Werte schafft. Das wissen auch die OR-Wissenschaftler, und tiefsinnig stellt Stahlknecht ganz am Rande fest:

„Dabei ist es z.B. ein Unterschied, ob die Lohnkosten um 5 % ansteigen oder ob sich der Preis eines Materials, das nur einen verschwindenden Anteil an den gesamten Materialkosten hat, um 20 % erhöht." (Stahlknecht, S. 4)

Als Zielsetzungen sind in einem Aufsatz über „Produktionsablaufplanung" in dankbar offener Weise auch genannt: 1„Minimierung von Löhnen, insbesondere Überstunden" oder „Minimierung von Leerzeiten der Maschinen". (Proceedings of Operations Research, Nr. 5, Jg. 75, S. 337)

Ein nennenswerter Teil der OR konzentriert sich so auf die wissenschaftliche Entwicklung des Systems der Schweißauspressung. Das „Taylorsystem" gilt allgemein als Musterbeispiel solcher Menschenschinderei. Die OR-Wissenschaftler begreifen sich zu Recht als Taylors Nachfolger.

„Wie viele Zweige der Forschung besitzt auch OR eine Reihe von Vorläufern. Dazu gehört die von Taylor geschaffene wissenschaftliche Betriebsführung. Seine Veröffentlichungen um die Jahrhundertwende finden heute noch weite Beachtung, was daraus hervorgeht, daß sein bekanntestes Buch ‚The Principles of Scientific Management', erschienen im Jahre 1911, erst vor wenigen Jahren neu herausgegeben wurde." (RKW: Operations Research, 1958, S. 16)

Das Taylorsystem hat Lenin vor 70 Jahren so charakterisiert: 1„Worin besteht dieses wissenschaftliche ‚System'? Darin, aus dem Arbeiter die dreifache Arbeit in der selben Zeit herauszupressen. Man läßt den stärksten und geschicktesten Arbeiter arbeiten; mit einer besonderen Uhr mißt man – nach Sekunden und Bruchteilen von Sekunden – die Menge der Zeit, die für jeden Arbeitsgang, für jede Bewegung gebraucht wird; man ermittelt die sparsamsten und produktivsten Arbeitsmethoden; die Arbeit des besten Arbeiters wird auf einem Filmstreifen festgehalten und so weiter.

Im Ergebnis wird während der gleichen neun bis zehn Arbeitsstunden aus dem Arbeiter die dreifache Arbeit herausgepreßt, werden alle seine Kräfte erbarmungslos aufgebraucht, wird dem Lohnsklaven mit verdreifachter Geschwindigkeit jedes bißchen Nerven- und Muskelenergie ausgesogen. Er wird früher sterben? – Viele andere warten vor den Toren! . . .

Fortschritt von Technik und Wissenschaft bedeutet in der kapitalistischen Gesellschaft Fortschritt in der Kunst der Schweißauspressung." (Lenin, Ein wissenschaftliches Werk zur Schweißauspressung, Prawda Nr. 60)

Es besteht also ein systematischer wie historischer Zusammenhang zwischen der „wissenschaftlichen Arbeitsorganisation" mit Hilfe von MTM- und Refa-Methoden, die das Taylorsystem weiterentwickelt und verschärft haben, und der Operations Research.

Ein besonders beliebtes Anwendungsgebiet ist die Mehr-Maschinen-Bedienung in der Textilindustrie. Es handelt sich dabei um eine Aufgabe, die vorwiegend mit Hilfe der Theorie der Warteschlangen angegangen wird und sich in nahezu allen Industriezweigen anwenden läßt.

„Infolge der fortschreitenden Mechanisierung in allen Wirtschafszweigen ist heute über die Textilindustrie hinaus die Mehrstellenarbeit stark verbreitet." (Refa-Methodenlehre des Arbeitsstudiums, Teil 2, Datenermittlung, 1971, S. 399)

Im Bericht der Studiengruppe des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft findet sich das nachfolgende Beispiel:

„3.26 Wirtschaftlichste Mehrmaschinenbedienung

Nach einem Bericht der Arbeitsgruppe für Operations Research am Massachusetts Institute of Technology

Mit fortschreitender Automatisierung gewinnt die Mehrmaschinenbedienung und damit die Frage: ‚Wieviel Maschinen teilen wir einem Mann zu?' an Bedeutung. Bei gleichmäßigen Arbeitsabläufen liegen die Verhältnisse relativ einfach. Erheblich schwieriger ist das Problem jedoch, wenn die Maschinen durch unregelmäßig eintretende Ereignisse ausfallen.

In der Weberei überwacht ein Weber mehrere Webstühle. Bei der stärkeren Arbeitsaufteilung in den amerikanischen Betrieben ist außerdem, im Gegensatz zu den deutschen Webereien, mehreren Webern ein Maschineneinsteller zugeteilt. Bei Fadenbruch bleibt der Webstuhl selbsttätig stehen. Der Fehler muß vom Weber behoben werden. Da Fadenbrüche unregelmäßig auftreten, kann es vorkommen, daß der Weber zeitweise nicht nachkommt, also mehrere Maschinen gleichzeitig stillstehen und eine ‚Warteschlange' bilden. Die ‚Theorie der Warteschlangen' liefert Unterlagen dafür, wieviel Webstühle einem Weber zugeteilt werden dürfen, um die Fertigung bei zumutbarer Arbeitsbelastung möglichst wirtschaftlich zu gestalten.

Das Problem wird im vorliegenden Fall dadurch erschwert, daß die Zahl der Fadenbrüche ansteigt, wenn der Maschineneinsteller nachlässig arbeitet. Die Arbeit des Webers ist also von der Zuverlässigkeit des Einstellers abhängig. Wird aber die Maschineneinstellung durch statistische Überwachung (Kontrollkarte) in Kontrolle gebracht, so darf die Häufigkeit der Fadenbrüche als unabhängig von der Maschineneinstellung betrachtet werden. Erst dann dürfen die theoretischen Ergebnisse praktisch verwertet werden."

Was eine „zumutbare Arbeitsbelastung" ist, findet sich sodann näher ausgeführt in Refa-Handbüchern. Unvereinbar mit der „Wirtschaftlichkeit des Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft" (Das Refa-Buch, Bd. 1, S. 45) ist die Existenz von Wartezeiten, unverschlossenen Poren des Arbeitstages, wodurch sich der Kapitalist in der Ausnutzung der von ihm gekauften Arbeitskraft betrogen sieht. Wie aus einer Refa-Studie hervorgeht, handelt es sich bei den auszuschaltenden „Pausen" um Zeitabschnitte von der Dauer von einer Minute oder weniger. Das Ergebnis einer solchen Refa-Studie aus dem Jahre 1971 wird wie folgt zusammengefaßt:

„Aus dieser Berechnung folgt, daß die Arbeitsperson mindestens 2, höchstens 3 Stellen bedienen kann. Für die Stellenzahl s ist gleich 2 liegt die Auslastung unter 100 %, falls 3 Stellen zugeteilt werden (ein anderer Gedanke kommt nicht in Frage, d. Verf.), gibt es zwei Möglichkeiten:

a) die Arbeitsperson arbeitet mit Normalleistung . . .

b) die Arbeitsperson arbeitet mit einem höheren Leistungsgrad. Der erforderliche Zeitgrad müßte dann 129 % betragen." (Refa, Teil 2, S. 411)

Lohndrückerei ist der Weg, den das Kapital als brauchbar kennt, um dieses Ziel zu erreichen.

„Die Berechnung der Arbeitsplatzgröße orientierte sich in diesem Kapitel bisher an der zeitlichen Auslastung der Arbeitsperson. Dabei geht man davon aus, daß der Arbeitsperson entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und -bereitschaft eine mehr als hundertprozentige Gesamtauslastung zugemutet werden kann. Dadurch kann die Arbeitsperson einen höheren Verdienst erzielen." (Refa, Teil 2, S. 416)

Der Arbeiter zählt für diese Wissenschaft nur als Arbeitsvieh, wozu ihn die kapitalistische Produktion degradiert.

„Aller kapitalistischen Produktion, soweit nicht nur Arbeitsprozeß, sondern zugleich Verwertungsprozeß des Kapitals, ist es gemeinsam, daß nicht der Arbeiter die Arbeitsbedingungen, sondern umgekehrt die Arbeitsbedingungen den Arbeiter anwenden, aber erst mit der Maschinerie erhält diese Verkehrung technisch handgreifliche Wirklichkeit." (K. Marx, Das Kapital, Bd. I,) Die Auswirkungen solchen Fortschritts der Produktion hat Karl Marx im „Kapital" treffend dargestellt: „Die Ökonomisierung der gesellschaftlichen Produktionsmittel, erst im Fabriksystem treibhausmäßig gereift, wird in der Hand des Kapitals zugleich zum systematischen Raub an den Lebensbedingungen des Arbeiters, während der Arbeit, an Raum, Luft, Licht und an persönlichen Schutzmitteln wider lebensgefährliche oder gesundheitswidrige Umstände des Produktionsprozesses, von Vorrichtungen zur Bequemlichkeit des Arbeiters gar nicht zu sprechen." (K. Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 449f.)

(Aus: Operations Research: Imperialistisch verkommene Wissenschaft. Eine Broschüre der Kommunistischen Hochschulgruppe Heidelberg.

Das Manöver „Großer Bär"

„Es brummt in Norddeutschland. Der große Bär sammelt seine Kräfte." „Der große Bär ist los. Panzermotoren beginnen zu dröhnen, und schon kracht es. Die Rohre der Leos richten sich auf den Gefechtsstreifen." So beginnt der „Bärenkurier", die Feldzeitung des 1. Korps in der Gefechtsübung „Großer Bär". 62000 Soldaten mit 20000 Fahrzeugen, darunter 3200 Kettenfahrzeuge, wurden zu einem der größten Manöver der BRD-Imperialisten aufgeboten. Kern der Übung waren großangelegte Panzerschlachten im Raum Osnabrück–Hannover.

Im Tagesbefehl von Generalleutnant Klein hieß es: „Die Bevölkerung nimmt während der Übung viele Unannehmlichkeiten und Opfer auf sich. Die Soldaten wollen ihr durch freundliches und rücksichtsvolles Verhalten danken." Bekanntlich schweben Panzer nicht über der Erde, sondern hinterlassen bei Fahrt und Wendemanövern mit ihren -zig Tonnen ansehnliche Spuren, wenn die „taktische Lage" es erfordert, durch Äcker und Felder zu fahren. 1 bis 2 Millionen DM Schäden sind die Bilanz dieses Manövers nach offiziellen Verlautbarungen. Was die Bauern an Entschädigung bekommen, reicht nicht hinten und vorne. Ein großer Teil Arbeit, der in den Äckern steckt, ist vernichtet. Viele meinten, früher mußten wir unsere Knochen hinhalten, heute müssen wir zahlen.

Verantwortungsbewußtsein, vorbildliche Disziplin wurde von den Soldaten verlangt. Tagsüber hat man sich oft abgerackert, den Kriegsvorstellungen und Befehlen der Offiziere ausgesetzt, nachts Stellungswechsel: fünf bis sieben Stunden mühsame Kolonnenfahrt. Für die meisten Soldaten war jede Stunde Schlaf notwendig. In vollen Klamotten legte man sich in den Schlafsack und ins Gelände, während die hohen Offiziere in Hotels übernachteten. Einem Soldaten, der im Gelände schlief, wurde von einem Panzer über die Beine gefahren. Beide Beine mußten amputiert werden. Bei der dritten Operation ist der Soldat gestorben.

Viele konnten sich nachts bei den Kolonnenfahrten kaum noch aufrecht halten, oft passierten Unfälle. Insgesamt hat das Manöver mindestens vier Todesopfer und über 50 Schwerverletzte gefordert. Ein Offizier meinte zynisch dazu: „Für ein solches Manöver seien vier Tote nicht viel. Man habe mit mehr gerechnet." – (x., Oldenburg)

Manöver „Deutsches Eck" – Übung gegen den „inneren Feind"

An dem Manöver „Deutsches Eck" im Raum Wetzlar/Gießen nahmen Teile des Territorialheeres der Bundeswehr (diese Truppen sind nicht der NATO unterstellt) sowie Angehörige des Technischen Hilfswerkes, des Roten Kreuzes, der Freiwilligen Feuerwehren und weit über 1000 Polizisten teil sowie 3800 extra dazu einberufene Reservisten und einige Amis.

Geübt werden soll die Zusammenarbeit „der zivilen Verteidigung in zwei Bundesländern während einer Krise, nach Feststellung des Spannungsfalles und im Verteidigungsfall".

Über den Sinn des Manövers schreibt der Militärstratege der „Frankfurter Rundschau", Ulrich Mackensen, in der Ausgabe vom Samstag vorletzter Woche:

„Das Territorialheer ... soll ... unter anderem dem vorne, also im grenznahen Bereich, eingesetzten Feldheer und den Truppen der Verbündeten gewissermaßen den Rücken freihalten." (Aus: Bezirksbeilage Mittelhessen zur KVZ Nr. 36)

Der Wehrsold ist ein Spottgeld

Bremen. Seit Januar dieses Jahres bin ich Soldat in der Bundeswehr, ich bin Wehrpflichtiger für 15 Monate. Meine wirtschaftliche Lage hat sich verdammt verschärft, die Ersparnisse von 1975, als ich noch Arbeiter war, sind so gut wie aufgebraucht. So habe ich jetzt mal eine Rechnung aufgemacht, um allen darzustellen, was der W 15-er Sold doch für ein Spottgeld, ein Taschengeld ist.

Ich bin Gefreiter, 22 Jahre alt, habe Auto und eigene Wohnung, vor der Dienstzeit war ich Arbeiter bei VW in Bremen.

Einkünfte:	
Sold	210 DM
Wohngeld	135 DM
Essengeld	62 DM
Elternzuschuß	150 DM
im Monat:	557 DM

Ausgaben:	
Miete	135 DM
Auto	240 DM
Lebensmittel am Wochenende	60 DM
Taschengeld	150 DM
im Monat:	585 DM

Ich mache also jeden Monat ein Minus von 28 DM.

Den Wehrpflichtigen wird von den Offizieren erzählt, daß die Armee dazu da sei, das Vaterland zu verteidigen, die Eltern und Geschwister usw. zu schützen, d.h. also „dem Allgemeinwohl dienen". Dazu wird jeder in der
schützen, d.h. also „dem Allgemeinwohl dienen". Dazu wird jeder in der
BRD für 15 Monate per Gesetz gezwungen, und weiterhin wird er auch gezwungen, für 15 Monate auf finanzielle Bezüge zu verzichten, denn die Bundeswehr stellt alles Lebensnotwendige: 3 Mahlzeiten am Tag, freies Wohnen und Schlafen in der Kaserne, freie Heilfürsorge usw. Der Wehrsold soll nur zum Kauf von Kleinigkeiten wie Seife und Schuhcreme dienen.

Die Offiziere, die dies Geschwätz ablassen, sind bestochen. Sie sind Zeitsoldaten oder gar Berufssoldaten. Ein Major „verdient" ca. 2300 DM, ein Oberst ca. 4500 DM, ein General liegt etwa bei 8000 DM im Monat. – (g., Bremen)

Die Entwicklung des Wehrsoldes

Ein wehrpflichtiger Soldat erhält heute, solange er Grenadier oder Schütze ist, pro Tag 5,50 DM. Das macht im Monat 165 DM. Wird er Gefreiter, erhöht sich der Tagessatz auf 7 DM und auf den Monat bezogen auf 210 DM. Das ist im Wehrsoldgesetz festgelegt. Diesen Satz erhalten die Wehrpflichtigen seit 1974. Im Jahr 1974 wurden die Tagessätze um 1 DM erhöht. Zwischen 1971 und 1974 haben die Wehrpflichtigen pro Tag 4,50 DM bzw. 6 DM erhalten. Im Weißbuch 1973/74 hieß es zur Begründung der Erhöhung:

„Der Wehrsold wurde zuletzt 1971 erhöht. Seither ist die Lebenshaltung teurer geworden. Da diese Teuerung alle Dienstgrade, nicht zuletzt auch die Wehrpflichtigen, gleichermaßen getroffen hat, soll der Wehrsold in allen Wehrsoldgruppen von 1974 an einheitlich um 1 DM pro Tag erhöht werden."

In den Jahren vor 1971 erhielt ein Grenadier oder Schütze 3,85 DM pro Tag oder monatlich 115,50 DM bzw. ein Gefreiter 4,50 DM oder 135 DM im Monat.

Die Gesamtausgaben für Wehrsold und Zulagen* an Grundwehrdienstpflichtige sind von 1971 bis 1975 von 489 Millionen um 15,2 % auf 575 Millionen DM gestiegen. Die Zahl der Wehrpflichtigen ist im gleichen Zeitraum von 210000 auf 220000 gestiegen. Zum Vergleich: Die Amtsbezüge der Ministerialbeamten im Verteidigungsministerium sind in demselben Zeitraum um 59,1 % gestiegen, von 57,7 Millionen DM auf 91,8 Millionen DM. Zu dieser Gruppe der Ministerialbeamten gehören neben dem Minister und den Staatssekretären eine Reihe von höheren Offizieren, die im Ministerium und den ihm angegliederten Ämtern beschäftigt sind.

Ihre Offiziere schmiert die bürgerliche Klasse und ermöglicht ihnen ein feines Leben. Gegenüber den Soldaten dagegen benutzt sie den Wehrsold als ein Mittel der Schikane und Entrechtung.

Das Weißbuch 1975/76 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" sagt, warum den Wehrpflichtigen während der Zeit der Dienstverpflichtung nicht der Lohn weitergezahlt werden darf:

„Grundwehrdienst ist kein Job, der in Mark und Pfennig entgolten wird. Kein Staat zahlt seinen Wehrpflichtigen einen vollwertigen Lohn. Ihr Wehrdienst ist eine staatsbürgerliche Pflicht, ist Dienst für die Gemeinschaft. Wehrsold, freie Unterkunft, freie Verpflegung, freie Bekleidung, freie Heilfürsorge – diese Geld- und Sachbezüge reichen für den alltäglichen Lebensbedarf des Wehrpflichtigen hin."

Unter der Ideologie des Allgemeinwohls soll man das Privateigentum schützen. Unter der Ideologie des Allgemeinwohls soll man Opfer bringen, die bloß den völlig eigennützigen Zielen der Ausbeuterklasse zugute kommen. Nimmt man den Wehrsold hin, so beugt man sich der bürgerlichen Behauptung, der Wehrdienst sei ein Dienst an der Allgemeinheit und läßt darüberhinaus noch zu, daß vielen jungen Arbeitern aus der miserablen Geldsituation heraus bloß der Ausweg in den entrechteten Status des Söldners bleibt.

*) Zulagen sind: Erstattung von Familienheimfahrten, Weihnachtsgeld, Entlassungsgeld sowie eine Sparpauschale. Bei den Beträgen handelt es sich um die jeweiligen Haushaltsansätze.

Mit der derzeitigen Manöverserie „Autumn Forge", zu der 27 Manöver im Bereich von Spitzbergen bis zum Mittelmeer gehören, übt die NATO den „Kampf um Europa".

Das am vergangenen Wochenende abgeschlossene Manöver „Großer Bär", das hauptsächlich von zwei Großverbänden der Bundeswehr – der 7. und der 11. Division – getragen wurde und an dem u.a. die in Zukunft bei Bremen stationierte US-Brigade 75 teilnahm sowie britische, niederländische und belgische Verbände, war ein erster Höhepunkt. Über die „strategischen Ziele" dieses Manövers seien die Informationen von seiten der Generalstäbler „dünn" gewesen, beklagt sich die **„Süddeutsche Zeitung"** in ihrem Kommentar am 13. September:

„Vor allem aber hielten sich Manöverleitung und Heeresführung mit öffentlichen Erklärungen zum operativen Sinn und Ziel des ‚Großen Bären' zurück. (...)

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen, gefördert durch manche Geheimniskrämerei (wie ein örtliches Photographierverbot), jenseits einer vordergründigen Manöverberichterstattung zwei Vermutungen über den ‚Großen Bären' Nahrung erhielten. Nach der ersten sollte es die Bundeswehr darauf angelegt haben, durch eine besonders skurrile Manöveranlage den nachrichtendienstlichen Gegner im Warschauer Pakt zu verwirren. Die damit zuammenhängende zweite Vermutung läuft darauf hinaus, das Heer habe im ‚Großen Bären' *Teile* einer *neuen Defensivstrategie* erprobt. Diese zweite Spekulation scheint plausibler zu sein. Gestützt wird sie durch eine in der Tat außergewöhnliche Manöveranlage und erstaunliche ‚Sprünge' in den Operationen einzelner Großverbände – beispielsweise der 11. Panzergrenadierdivision. (...)

Wie dem auch sei: Die während des ‚Großen Bären' praktizierten strategischen Lösungen waren oft von erheblicher Kühnheit und verrieten Mut zum Risiko. (...)

So dürfte der strategische Übungszweck des Manövers darin bestanden haben, mit relativ schwachen Kräften weiträumig optimal zu reagieren und Reserven über größere Entfernungen hinweg zum Einsatz zu bringen."

Wo diese Reserven zum Einsatz kommen sollen, schreibt die **„Frankfurter Allgemeine Zeitung"** am 11. September in ihrem Kommentar:

„Wenn aber Zeit und Ort der Aggression von der anderen Seite bestimmt werden können, sind Einbrüche in das eigene Sicherheitssystem nicht zu vermeiden; und die militärischen Fachleute rechnen mit tiefen Einbrüchen. (...)

In der Soldatenzeitung ‚Stars and Stripes' haben zudem Panzeroffiziere und Kommandeure in spontanen Interviews deutlich gemacht, daß der Kampf um Europa in der Tiefe der Bundesrepublik geführt werden müsse. (...)

Niemand könnte nach dem ersten Schuß verhindern, daß der Krieg auch eine andere Stoßrichtung nähme, als nur nach Westen. Die Unfähigkeit, die Aktionen zu kontrollieren, wenn das Atom den Krieg in eine andere Dimension schleuderte, wird damit ein Element der Abschreckung.

Dennoch sollte die derzeitige Planung (der wir zugestimmt haben) geändert werden. Zwar haben der neue atlantische
(der wir zugestimmt haben) geändert werden. Zwar haben der neue atlantische
Oberbefehlshaber, General Haig, und der Oberbefehlshaber Europa-Mitte, Generall Schnell, in kurzer Zeit viel getan, die Vorneverteidigung zu stärken. Doch die NATO muß die Abwehrplanung geistig umstellen, auf Vorwärtsverteidigung. Das heißt, die Zielauswahl, atomar und konventionell, wäre nach Osten zu verlegen."

Unter der Bezeichnung „Teamwork 76" ist das bisher größte NATO-Marinemanöver angelaufen, das bis zum 23. September dauern und das Manöver „Großer Bär" fortsetzen wird. Beteiligt sind an diesem bisher umfassendsten Seekriegsmanöver, das sich auf die Seegebiete um Mittel- und Nordeuropa erstreckt, etwa 80000 Marinesoldaten auf 200 Schiffen, rund 30 Unterseeboote und 300 Flugzeuge. Dieses Seekriegsmanöver ist ein Teil der gleichzeitig ablaufenden militärischen Übung „Autumn Forge", geübt wird dabei die Schlacht um Europa zur See. Auch die andere Supermacht führt zur gleichen Zeit ein Marinemanöver in der westlichen Ostsee durch. Geübt werden Landemanöver mit amphibischen Panzern an Bord, wobei die Landeflotte von einem schweren Kreuzer sowie von zwei Raketenzerstörern gesichert wird. Die Tatsachen zeigen, daß der imperialistische Krieg um Europa von den imperialistischen Mächten auch zu See vorbereitet wird.

Als erste operative Einheit der 7. US-Armee wird jetzt die US-Brigade 75 in Garlstedt, Kreis Osterholz, stationiert. Neben den 3800 Soldaten der Panzerbrigade werden zusätzlich 400 Spezialisten einer Radareinheit der US-Luftwaffe im norddeutschen Raum stationiert. Zweck der Stationierung der US-Panzerbrigade bei Bremen ist die Sicherung der Versorgungswege – insbesondere der „Hafenzone" Hamburg/Bremerhaven und Rotterdam/Antwerpen – sowie die Besetzung einer strategisch günstigen Ausgangslage auf dem „Panzerrollfeld" im Bereich der norddeutschen Tiefebene für den Kampf um Europa mit der sozialimperialistischen Supermacht. Verteidigungsminister Leber erklärte während des Manövers „Großer Bär", über eine weitergehende Stationierung von US-Truppen in Norddeutschland gebe es Überlegungen. Es sei aber noch nicht an der Zeit, darüber zu sprechen. Geplant ist, Teile der US-Marineinfanterie in Norddeutschland zu stationieren, die die Kerntruppe im Vietnamkrieg bildete.

Staatsanwalt ermittelt wegen Presseerklärung

Sontra. Am Dienstag, den 24. August, wurde der Panzerschütze H. Arendt zum Stab gerufen. Dort erwartete ihn ein Beamter der Kriminalpolizei Eschwege, der ihm eröffnete, daß sein Kompaniechef gegen ihn Strafantrag gestellt habe wegen Verstoß gegen § 186/187 Strafgesetzbuch, da er in der Presseerklärung, die er wegen der Disziplinarstrafen veröffentlicht hatte, die gegen ihn verhängt worden waren (wir berichteten darüber), die Bundeswehr verleumdet hätte (Höchststrafe fünf Jahre Gefängnis). Gleichzeitig werde in diesem Zusammenhang sowohl wegen Verstoßes gegen § 90 a Strafgesetzbuch, Verunglimpfung des Staates (Höchststrafe drei Jahre), als auch wegen Verstoßes gegen § 109 d Strafgesetzbuch (Störpropaganda gegen die Bundeswehr, Höchststrafe fünf Jahre) gegen ihn gefahndet. Wohlgemerkt wird als Straftatbestand einzig und allein die Tatsache zugrundegelegt, daß er die Presseerklärung veröffentlicht hat, was dem Soldaten nach dem Soldatengesetz sowieso grundsätzlich verboten ist. H. Arendt hatte in seiner Presseerklärung über die tatsächlichen unterdrückerischen und unwürdigen Verhältnisse in der Bundeswehr berichtet und den Charakter dieser Armee als imperialistischer Armee angegriffen. Mittlerweile wurde die „Sache" an die Staatsanwaltschaft Kassel übergeben.



Agitationsstand auf Kasernengelände. Die Feldjäger konnten die Agitation und Propaganda nicht unterdrücken.

Aktion gegen Militärschau

Essen. Die Führung der in der Ruhrland-Kaserne stationierten Luftwaffeneinheiten hatte aus Anlaß des 40-jährigen Bestehens der Kaserne einen „Tag der offenen Tür" veranstaltet. Den Besuchern wurden Hubschrauberflüge, Fallschirmkunstspringen sowie ein Fußballspiel zwischen der Auswahlmannschaft der Bundeswehr und dem Bundesligaverein Schalke 04 geboten. Der Einsatz der Panzer wurde demonstriert u.a. gegen Autos. Nachdem ein Panzer einen PKW mühelos plattgewalzt hatte, meinte ein Jugendlicher: „Die wollen die Menschen doch nur daran gewöhnen, daß die Panzer demnächst durch die Straßen rollen. Bei der letzten Aktion gegen die Fahrpreiserhöhungen sind sie mit der Polizei kaum noch ausgekommen." An den auf Initiative der Bezirksleitung Essen des KBW durchgeführten Aktionen gegen diese reaktionäre Militärschau innen und außerhalb der Kaserne beteiligten sich über 100 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten. U.a. wurden ein Agitationszentrum aufgebaut und Demonstrationen durchgeführt. Den Feldjägern, die in großer Zahl auf dem Kasernengelände patroullierten, gelang es nicht, die Aktionen zu unterdrücken. – (Red., nach Korrespondenz aus Essen)

Portugal

Kampf um die Führung der Gewerkschaften

Am 10.9. hat der portugiesische Regierungschef Soares in einer Fernsehansprache Maßnahmen zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Bauern angekündigt: „Es wird künftig keine politischen Versammlungen während der Arbeitszeit mehr geben.“ Und: „Streiks dürfen nur als letztes Mittel betrachtet werden, und streikende Arbeiter können nicht mit Bezahlung rechnen.“ Selbständige Streiks, ohne die Billigung der Gewerkschaft, sollen ganz verboten werden (Süddeutsche Zeitung, 11.9.76). Den Bauern, die Großgrundbesitz ohne Erlaubnis besetzt haben, soll das Land wieder abgenommen werden. Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat um die Gewerkschaften gewinnt in dieser Lage besondere Bedeutung.

Die Gewerkschaft Papier, Zellulose usw. beschloß am 16.8.76 folgende Resolution: „Die Gewerkschaft Papier des Südens lehnt die Rückkehr des Terroristen Spínola ebenso wie seine Befreiung ab. Die Gewerkschaft ist der Auffassung, daß Rückkehr und Freilassung dieses Mörders ebenso wie die Befreiung der PIDE-Geheimagenten eine Bedrohung der wenigen von den Arbeitern erkämpften Freiheiten darstellen. Die Gewerkschaft verlangt im Namen der ausgebeuteten Werktätigen, die von ihr vertreten werden, eine harte Bestrafung des Bandidten Spínola wie auch die Verurteilung der PIDEs.“

Der Direktor der Zeitung „Capital“ weigerte sich, diese Resolution als Anzeige anzunehmen, indem er sagte: „Ich bin nicht einverstanden, daß die Gewerkschaften Geld mit politischen Veröffentlichungen ausgeben.“ „Die Anzeige war in beschimpfender Manier, die als kriminelles Delikt verfolgt werden könnte.“ „Wir haben die Nation schon zwei Jahre lang mit solchen Unverantwortlichkeiten zugrundegerichtet.“ Die Arbeiterkommission der Zeitung „Capital“ enthüllte, daß der Chefredakteur vom Informationsminister angerufen worden sei, der ihm gesagt habe, daß Anzeigen über Spínola „gerichtlich verfolgt werden können“.

Die Regierung und die Kapitalisten führen Angriffe auf die portugiesischen Gewerkschaften. Vasco de Melo, Präsident des portugiesischen Industriellenverbandes CIP, sagte in einem Interview mit der englischen Zeitung „Times“: „Uns hindern die Gewerkschaften“ und: „Sie müssen gezügelt werden“; er fuhr fort, daß „die Revolution die Macht der Gewerkschaften vermehrt habe“ und daß „diese Entwicklung sehr gefährlich ist und man das Gleichgewicht wieder herstellen muß“. (Nach: Bandeira Vermelha, Zentralorgan der PCP/R, Wiederaufgebaute Kommunistische Partei)

Nicht abgerissen sind seit dem Juni die Kämpfe der Arbeiter. Der Streik der Konservenarbeiter gegen den Versuch der Kapitalisten, Kurzarbeit einzuführen, dauert an. In der Lisnave-Werft streiken Teile der Belegschaft. Landarbeiter verhinderten die Rückkehr der Großgrundbesitzer. In Viseu (Zentrum) gelang es den Genossen der PCP/R und der UDP (Demokratische Volksunion) gegen den Terrorismus der Großgrundbesitzer und Pfaffen und gegen alle Spaltungsversuche der Revisionisten die erste Landarbeitergewerkschaft dieser Gegend zu bilden.

Die PCP/R sieht die zentrale Frage darin: „Die entscheidende Karte der Bewegung wird gegenwärtig in der Gewerkschaftsfrage ausgespielt.“

Noch für dieses Jahr ist der Gewerkschaftskongreß geplant. Die PCP-Führung, die die Intersindical beherrscht, in der von 342 Gewerkschaften 150 zusammengeschlossen sind, will verhindern, daß die PS in der neu zu schaffenden Einheitsgewerkschaft entscheidende Posten bekommt. Die PS ihrerseits droht mit der Errichtung einer neuen Zentralgewerkschaft. Die rechte PPD, die mit den wenigen Gewerkschaftern der PCP/ML und der MRPP zusammenarbeitet, tritt offen für die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung ein. PS und PCP versuchen gegeneinander die Arbeitermassen ins Spiel zu bringen. Die Machtkämpfe zwischen den bürgerlichen Gruppen, vor allem zwischen Reformisten und Revisionisten, um die Führung in den Gewerkschaften schätzt die PCP/R so ein: „Sie gehen zwar von verschiedenen Positionen aus und gehen verschiedene Wege, aber sie verfolgen letztlich dieselben Ziele: die Arbeiter zu spalten, um sie zu unterwerfen. Die Zeiten sind jedoch nicht günstig für die Vorhaben der Bourgeoisie: Während sich im bürgerlichen Lager der Streit verschärft, geht die Tendenz im Lager des Volkes hin zur Einheit.“ (Bandeira Vermelha, 2.9.)

Am 29. Juni wurde durch die revolutionären Gewerkschaften, in denen Genossen der PCP/R die Führung haben, der Versuch der Revisionisten abgewiesen, per Geschäftsordnung festzulegen, daß die Mehrheit der Delegierten sich einfach aus den bestehenden Führungen der Gewerkschaften zusammensetzen kann. – (kkw/Red.)



Konservenarbeiterinnen von Sotalgarve im Streik. Durch ihre Wachsamkeit konnten sie verhindern, daß der Kapitalist die Konserven herausholte.

Der Direktor der Zeitung „Capital“ weigerte sich, diese Resolution als Anzeige anzunehmen, indem er sagte: „Ich bin nicht einverstanden, daß die Gewerkschaften Geld mit politischen Veröffentlichungen ausgeben.“ „Die Anzeige war in beschimpfender Manier, die als kriminelles Delikt verfolgt werden könnte.“ „Wir haben die Nation schon zwei Jahre lang mit solchen Unverantwortlichkeiten zugrundegerichtet.“ Die Arbeiterkommission der Zeitung „Capital“ enthüllte, daß der Chefredakteur vom Informationsminister angerufen worden sei, der ihm gesagt habe, daß Anzeigen über Spínola



Konservenarbeiterinnen von Sotalgarve im Streik. Durch ihre Wachsamkeit konnten sie verhindern, daß der Kapitalist die Konserven herausholte.

Australien

Proteststreik von Hafenarbeitern gegen USA-Kreuzer

Am Dienstag, dem 7. September, ist das atombetriebene US-Kriegsschiff „Truxtun“ zu einem sechstägigen Besuch in den Melbourner Hafen eingelaufen. Als es in Wellington, Neuseeland, vor Anker ging, legten die in den Hafengewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter die gesamte Arbeit im Hafen für 24 Stunden nieder. Gegen den bewußten Widerstand der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung plant die konservative Muldoon-Regievrung folgende Maßnahmen:

1. Wiedereinführung von Strafen für illegale Streiks.
2. Ein völliges Verbot jeglicher politischer oder „non-industrial“ (nicht-ökonomischer) Streiks.
3. Eine Neudefinition von „Streik“, die jede Einschränkung der „Arbeitswilligkeit“ wie „Dienst nach Vorschrift“ oder Bummelstreiks als Streik bezeichnet.
4. Ausschluß und Geldstrafen für Gewerkschaftsfunktionäre, die in illegale Streiks verwickelt sind.
5. Mehr Möglichkeiten für Regierung und Kapital, gerichtliche Beschlüsse gegen „Streiks gegen das öffentliche Interesse“ zu erhalten.

(. . .)

Alle diese geplanten Maßnahmen sind Reaktion auf die wachsende Selbständigkeit der neuseeländischen Arbeiterklasse. So hatten zur Parlamentseröffnung vor einigen Monaten 10000 Arbeiter, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes und Maoris, die Urbevölkerung (fast 10 Prozent der Bevölkerung), für ihre Forderungen vor dem Parlament demonstriert. Die Hauptstadt Wellington hat eine Bevölkerung von 150000, das ganze Land von 3 Millionen. Als jetzt das US-Kriegsschiff bestreikt wurde (hauptsächlich wegen der Gefahren des Atomreaktors, mit dem es betrieben wird), drohte der Arbeitsminister sogar mit der Ausrufung des Notstandes.

Die Federation of Labour (Gewerkschaftsbund) wird am 15. September eine Sonderkonferenz abhalten, auf der der Kampf gegen die Regierungsmaßnahmen beraten werden wird.

Der Besuch des US-Kriegsschiffes in Australien ist von vornherein auf heftigen Widerstand gestoßen. Sein geplanter Besuch in Sydney ist schon ins Wasser gefallen. Die Labour-Regierung des Bundesstaates New South Wales mußte beschließen, keine Besuche von atomgetriebenen Schiffen zu erlauben.

In Melbourne haben zehn Gewerkschaften, geführt von der Hafenarbeitergewerkschaft, die Stillegung des Hafenbetriebes angekündigt, falls die „Truxtun“ kommen sollte. Ted Bull, Sekretär der Hafenarbeitergewerkschaft im Bundesstaat Victoria und Vizevorsitzender der Kommunistischen Partei Australiens (Marxisten-Leninisten), hat in der Presse erklärt, daß die „Gewerkschaften (die mit der Schifffahrt zusammenhängen) einstimmig beschlossen haben, im Namen des australischen Volkes den Kampf aufzunehmen“.

Diese Aktion geschieht vor dem Hintergrund zweier Fragen, die Australien mehr und mehr beschäftigen. Die eine Frage ist die der politischen (oder nichtwirtschaftlichen) Streiks. Anfang Juli fand ein Generalstreik von 24 Stunden gegen die Verteuerung des staatlichen Gesundheitswesens statt. Schon damals, wie heute, hetzte die bürgerliche Presse im Chor mit der liberalen (konservativen) Bundesregierung, daß die Gewerkschaften Druck auf die demokratisch gewählte Regierung und deren Maßnahmen ausüben.

Die andere Frage ist die der Herrschaft der USA-Imperialisten in Australien und den umliegenden Gewässern. Im Ringen der beiden Supermächte um die Vorherrschaft in dieser Region wird das rohstoffreiche Australien hart umkämpft. Gegenwärtig wird die australische Industrie und zunehmend auch die Landwirtschaft von US-Monopolen beherrscht. In Australien existieren mehrere wichtige US-Militärbasen und Abhorchstationen. Auf der anderen Seite hat die Sowjetunion ihre Flottenpräsenz im benachbarten Indischen Ozean verstärkt und verschiedene Versuche unternommen, wirtschaftlich im Lande Fuß zu fassen.

Der 24-stündige Streik von 10000 Hafenarbeitern in Melbourne am 7. September ist ein Kampf nicht nur gegen die Kapitalistenklasse im Lande, sondern zugleich gegen Imperialismus und Hegemonismus. – (b., Melbourne/Red.)

Sowjetunion

Ruin der eigenen Landwirtschaft, Plünderung der osteuropäischen Länder

Die Krisenerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaft in der SU weiten sich aus. Im letzten Jahr lag die Getreideernte nur noch bei 140 Millionen Tonnen gegenüber 195,6 Millionen Tonnen im Vorjahr. Wie Angaben der sowjetischen Presse zu entnehmen ist, ging im ersten Halbjahr 1976 die Produktion verschiedener anderer Branchen der Wirtschaft weiter zurück. Dabei ist neben der Leichtindustrie wieder besonders die Landwirtschaft getroffen. Die Fleischproduktion ging um 18 %, die von Milchprodukten um 4 %, von Speiseöl um 24 % zurück.

In Georgien, das für die landwirtschaftliche Versorgung der UdSSR eine wichtige Rolle spielt, sank die Kartoffelernte in diesem Jahr um 61 %, die Gemüseernte um 40 % und die Obsternte um 34 %. Damit geht einher eine allgemeine Preissteigerung: Fleischpreise plus 30 bis 33 %, Kartoffelpreise plus 23 % als Beispiel.

Die herrschende neue Bourgeoisklasse verfolgt die imperialistische Politik „Kanonen statt Butter“. Die Stahlproduktion ist für die Herstellung aller möglichen Kriegsgeräte Grundvoraussetzung. Jahr für Jahr hat die Sowjetunion die Stahlproduktion gesteigert und ist heute der größte Stahlproduzent der Welt. Dennoch hat sie 1974 mehr als 20 % ihrer westlichen Devisenvorräte für den Import von Stahl ausgegeben. (Newsweek, 26.4.76)

Albanian Telegraphic Agency berichtet am 24.8., daß die Steuern, welche den Volksmassen auferlegt werden, von Jahr zu Jahr steigen. So sind den Bauern 1974 durch Steuern 36 Milliarden Rubel aus der Tasche gezogen worden. Das sind zirka 8 Milliarden mehr, als im gleichen Zeitraum in die Landwirtschaft investiert wurden.

Ausgeplündert und für die Politik der Sozialimperialisten zur Ader gelassen werden auch die osteuropäischen Länder, die sie besetzt hält. Im Rahmen eines neuen Preissystems, das die Rohstoffpreise jährlich der Preisentwicklung auf dem Weltmarkt anpaßt, müssen diese Länder für ihre Rohstoffimporte aus der Sowjetunion beständig mehr zahlen. Ungarn 1975 um 52 % mehr als im Vorjahr. (Süddeutsche Zeitung, 9.9.) Die osteuropäischen Länder sind so gezwungen, ständig mehr für den Export zu produzieren, was die Entwicklung ihrer eigenen Landwirtschaft und Industrie zurückwirft. Polen, das bereits im letzten Jahr 7 Millionen Tonnen Getreide einführen mußte, wird im kommenden Jahr nach Aussagen des polnischen Revisionistenchefs Gierek noch mehr einführen müssen (Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.9.). Weiterhin muß der Viehbestand bei Schweinen um 10 %, bei Rindern um 4 % eingeschränkt werden. (Frankfurter Allgemeine, 8.9.) Ähnlich ist die Lage in der CSSR.

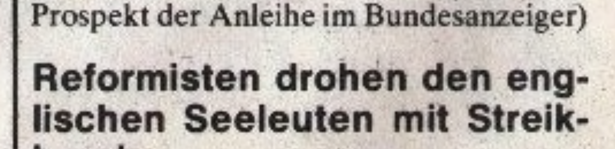
Nicht nur über den Handel plündert die Sowjetunion die osteuropäischen Länder aus und ordnet sie ihren Kriegsvorbereitungsplänen unter. Im Rahmen des laufenden Fünfjahresplans müssen die osteuropäischen Länder der Sowjetunion Großprojekte zur Energieerschließung finanzieren in Höhe von 10 Milliarden Rubel. Zusätzlich werden sie gezwungen, Teile der Arbeiterklasse ihrer Länder direkt für die sozialimperialistische Bourgeoisie arbeiten zu lassen. Nach Angaben von Albanian Telegraphic Agency befinden sich gegenwärtig mehr als 5700 polnische Arbeiter in der Sowjetunion, die an der Errichtung von Erdöltransportleitungen arbeiten. (Soweit nicht besonders vermerkt, Angaben nach Albanian Telegraphic Agency)

Streiks der Arbeiter und Demonstrationen der unterdrückten Völker Spaniens

100000 Arbeiter haben in den zwei baskischen Provinzen Spaniens am 13. September gestreikt. Der Anlaß war die Erschießung des 22-jährigen Jesús Maria Zabala durch die faschistische Guardia Civil. In mehreren Städten der Provinzen Vizcaya und Giupuzcoa wurden Demonstrationen durchgeführt. Wiederum ging Polizei gegen die Demonstrationen vor. – In der Provinz La Coruna sind 10000 Metallarbeiter in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen die Absicht der Kapitalisten, die letzten Tariferhöhungen nicht auszubezahlen. – Schon am 12. August demonstrierten in Barcelona 100000 zum katalonischen Nationalfeiertag für das Selbstverwaltungsrecht des katalonischen Volkes in Spanien. Trotz Verbots der Kundgebung und Demonstration und trotz Besetzung der Stadt durch große Massen schwerbewaffneter Polizei sammelten sich 100000.

Spanische Eisenbahnanleihe

Die spanischen Staatsbahnen RENFE haben beim westdeutschen Finanzkapital eine Anleihe über 100 Millionen DM gegen 8 1/2 Prozent Zinsen aufgenommen. Zahlung des Zinstributs und Rückzahlung der Anleihe sind „unter die unbedingte Garantie des spanischen Staates“ gestellt. Bislang waren die spanischen Staatsbahnen ausschließlich beim Finanzkapital der USA und bei der Weltbank verschuldet. „Die Rechte und Pflichten . . . der Anleiheschuldnerin“, das heißt der Staatsbahn, die der spanische Staat durchzusetzen verpflichtet wurde, „richten sich nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland“. Der spanische Staat wird bezüglich der Anleihe direkter Beauftragter einer westdeutschen Großbank: „Die Rechte bezüglich der Garantie des spanischen Staates . . . nimmt ausschließlich die Westdeutsche Landesbank . . . wahr.“ (Aus dem Prospekt der Anleihe im Bundesanzeiger)



Reformisten drohen den englischen Seeleuten mit Streikbruch

Der für Sonntag null Uhr durch Urabstimmung beschlossene Streik der britischen Seeleute für Lohnerhöhung ist ausgesetzt worden. Kapitalistenverband, Regierung und Führung des Gewerkschaftsverbandes TUC hatten sich gegen die Forderungen der Seeleute gestellt und gegen den Streik. Über Kapitalistenverband und Regierung hatten die Seeleute sich hinweggesetzt und an ihrem Streikbeschluß festgehalten. Für beide Seiten hat der Streik grundsätzliche Bedeutung. Für Kapitalistenverband und Regierung hängt von ihm ab, ob sie der ganzen Arbeiter-

Reformisten drohen den englischen Seeleuten mit Streikbruch

Der für Sonntag null Uhr durch Urabstimmung beschlossene Streik der britischen Seeleute für Lohnerhöhung ist ausgesetzt worden. Kapitalistenverband, Regierung und Führung des Gewerkschaftsverbandes TUC hatten sich gegen die Forderungen der Seeleute gestellt und gegen den Streik. Über Kapitalistenverband und Regierung hatten die Seeleute sich hinweggesetzt und an ihrem Streikbeschluß festgehalten. Für beide Seiten hat der Streik grundsätzliche Bedeutung. Für Kapitalistenverband und Regierung hängt von ihm ab, ob sie der ganzen Arbeiter-

klasse kampflos den Lohn drücken können. Für die Arbeiterklasse, ob sie den Lohnpakt, der ihre Kraft fesselt, durchbrechen kann. In den Rücken gefallen sind den Seeleuten die reformistischen Führer des britischen Gewerkschaftsverbandes, die den Lohnpakt, den sie mit Kapitalistenverband und Labour-Regierung geschlossen haben, gegen die britische Arbeiterklasse verteidigen. Der britische Gewerkschaftsverband TUC hat den Seeleuten mit Ausschluß aus dem Verband und mit organisiertem Streikbruch durch die Hafenarbeitergewerkschaft und die Eisenbahnergewerkschaft gedroht, wenn sie für ihren Lohn gegen die Kapitalisten kämpfen würden. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.9.76)

Britischer Verteidigungsminister für Nordirland zuständig

Zum neuen Nordirlandminister im britischen Kabinett ist der bisherige Verteidigungsminister Roy Mason ernannt worden. Mason bleibt bei seinem Metier: In Nordirland stehen über 20000 Mann britische Besatzertruppen im Einsatz, um den Brückenkopf des britischen Imperialismus auf der irischen Insel zu halten. Die Führer der englischen Kolonisten in Nordirland begrüßten die Ernennung des bisherigen Verteidigungsministers zum Nordirlandminister und forderten verschärften und vermehrten Einsatz der britischen Armee gegen die Irische Republikanische Armee (IRA). (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.9.76)

Goldverkäufe gehen weiter

Der 2-Milliarden-Dollar-Kredit der Bundesbank an Italien ist so verlängert worden, daß Italien 500 Millionen Dollar jetzt zurückzahlen muß. Für die restlichen 1,5 Milliarden Dollar bleibt die gesamte ursprünglich zur Sicherung des Kredits gegebene Goldmenge in Händen der Deutschen Bundesbank. Um ein weiteres Sinken des Goldpreises und damit ein Schrumpfen der letzten italienischen Devisenreserven zu stoppen, versucht die italienische Notenbank beim internationalen Währungsfonds eine Aussetzung der laufenden Goldverkäufe zu erreichen. Durch diese Goldverkäufe unter dem Vorwand der Krediterweiterung für die vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Länder versuchen die reichen imperialistischen Länder, billig in den Besitz eines Teils der Goldreserven des internationalen Währungsfonds zu kommen. Die italienische Notenbank ist von den mächtigeren imperialistischen Ländern, vor allem den USA und der Bundesrepublik, die im Währungsfonds das Sagen haben, abgewiesen worden: „Der Exekutivrat entschied jedoch am 23. August für die planmäßige Durchführung der Goldauktion am 15. September und gegen den italienischen Wunsch.“ (Neue Zürcher Zeitung, 11.9.76)

Eine Rede der Genossin Tekere

Die Frauen Zimbabwes im nationalen Befreiungskampf

Die revolutionäre Situation, in der wir uns jetzt befinden, ist völlig verschieden vom traditionellen, vorkolonialen Leben.

Die traditionellen Lebensbedingungen schlossen Frauen von der aktiven Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten der Gemeinschaft aus. Die Frauen arbeiteten auf dem Land, zogen die Kinder auf und versorgten das Vieh, sie hielten den Familienbesitz zusammen. Entscheidungen über die Ernte des Landes, das sie bebauten, die Kinder, die sie aufzogen, das Vieh, das sie versorgten und züchteten und über den Familienbesitz konnten sie aber keine treffen. Oft mußten die Frauen auch die Arbeiten machen, die eigentlich für Männer bestimmt waren, wie Häuser bauen, die Ochsen einspannen, pflügen und holzhacken. Im Dorf sah man ihre Leistungen, ihre besondere Kraft, ihren Mut und ihre Opferbereitschaft als eine Selbstverständlichkeit an.

In einem traditionellen Dorf spielte sich das gesellschaftliche Leben um den Dhare, den Versammlungsplatz der Männer, ab. Er war der bequemste Platz im Dorf, wo im Winter die meiste Sonne und im Sommer der meiste Schatten war. Nur Männer durften sich da versammeln, hier besprachen sie die Probleme der Gemeinschaft, die Erbfolge, Heiraten, Eigentumsangelegenheiten usw.

Die Frauen mußten Essen kochen und Bier brauen und es den Männern zum Dhare bringen. Die Mädchen wurden zu Dienern der Männer erzogen, sie sollten die Bedürfnisse und Wünsche ihrer Väter und Männer erfüllen. Nur indirekt hatten Frauen auch Einfluß. Als Mutter, Tante oder Großmutter hatten sie manchmal nach den traditionellen Vorstellungen Verbindung zu einem heiligen Wesen.

Einfluß. Als Mutter, Tante oder Großmutter hatten sie manchmal nach den traditionellen Vorstellungen Verbindung zu einem heiligen Wesen.

Auch gab es Dinge, die Männer nicht ohne Zustimmung der Mutter, Tante, Großmutter oder sogar der Schwester tun durften. Zum Beispiel konnte ein Mädchen ohne Zustimmung der Mutter nicht heiraten. Über die Kuh, die die Mutter aus dem Heiratsvertrag der Tochter erhielt, durfte deren Mann nicht verfügen, genausowenig wie über dasjenige Erbgut, das seine Frau von ihrer eigenen Familie erhielt. Wenn Männer sich daran nicht hielten, konnten ernsthafte Auseinandersetzungen für die Kleinfamilie bis zwischen mehreren Großfamilien entstehen.

Ein Sonderfall waren Frauen, die besondere Macht hatten, wie Wahrsagerinnen oder Medien (Frauen, von denen man glaubte, daß sie Verbindung mit den Vorfahren herstellen können). Sie hatten Autorität im Dorf. Man glaubte, die Vorfahren würden den Lebenden mit Rat helfen.

In Zimbabwe gab es nicht viele solcher hervorragender Frauen. Sie wurden fast wie geschlechtslos behandelt und bei jeder wichtigen Frage zu Rat gezogen, Fragen, die das Dorf, den Stamm oder gar die Nation betrafen.

Die koloniale Unterdrückung der Frauen

Die Ankunft der Kolonialisten hat keine radikale Veränderung für die Lage der Frauen in der afrikanischen Gesellschaft oder Nation gebracht. Während Knaben zur Schule geschickt wurden, mußten die Mädchen daheim bleiben und dafür arbeiten, daß die Knaben zur Schule gehen konnten. Sie mußten weiterhin früh heiraten. Schafften sie es, zur Schule zu gehen, so gab es nur eine geringe Grundausbildung für sie, soviel, daß sie für die Siedler einfache Arbeiten ohne Anforderung an besondere Fertigkeiten verrichten konnten.

Fand eine Frau einen Arbeitsplatz, hatte sie eine trügerische Hoffnung auf Selbständigkeit: sie glaubte, daß sie mit dem geringen Lohn auf ihren eigenen Füßen stehen könnte. Unterbezahlt, wie sie war, mußte sie jedoch bald erfahren, daß sie unfähig war, ihre wirtschaftliche Selbständigkeit aufrechtzuerhalten, und manchmal wurde sie in die Prostitution getrieben.

Die Siedler kamen nach Afrika auf der Suche nach Abenteuern und Reichtum. Das war mühevoll und gefährlich. Europäerinnen muteten sie dieses Leben nicht zu. So nahmen die Siedler sich gewaltsam Afrikanerinnen. Aber mit ihren Nachkommen wollten sie nichts zu tun haben. Dadurch erzeugten die Siedler eine weitere Schicht unterdrückter Menschen von Eltern beider Rassen.

Schwarze und Weiße wollten die Kinder nicht, nur die Mutter. So wurden diese Kinder zu sozial Ausgestoßenen, in beiden Gesellschaften.

(...)

In Zimbabwe, Azania und Namibia kompliziert außerdem der Rassismus die Form der Unterdrückung. Afrikaner werden wegen ihrer Hautfarbe als minderwertige menschliche Wesen angesehen. Wegen ihres Geschlechts gilt eine Frau für noch minderwertiger. Sie wird normalerweise mit den Kindern zusammengesteckt. In den kapitalistischen Ländern Europas sagen sie, Frauen seien Wesen mit langem Haar und kurzen Ideen.

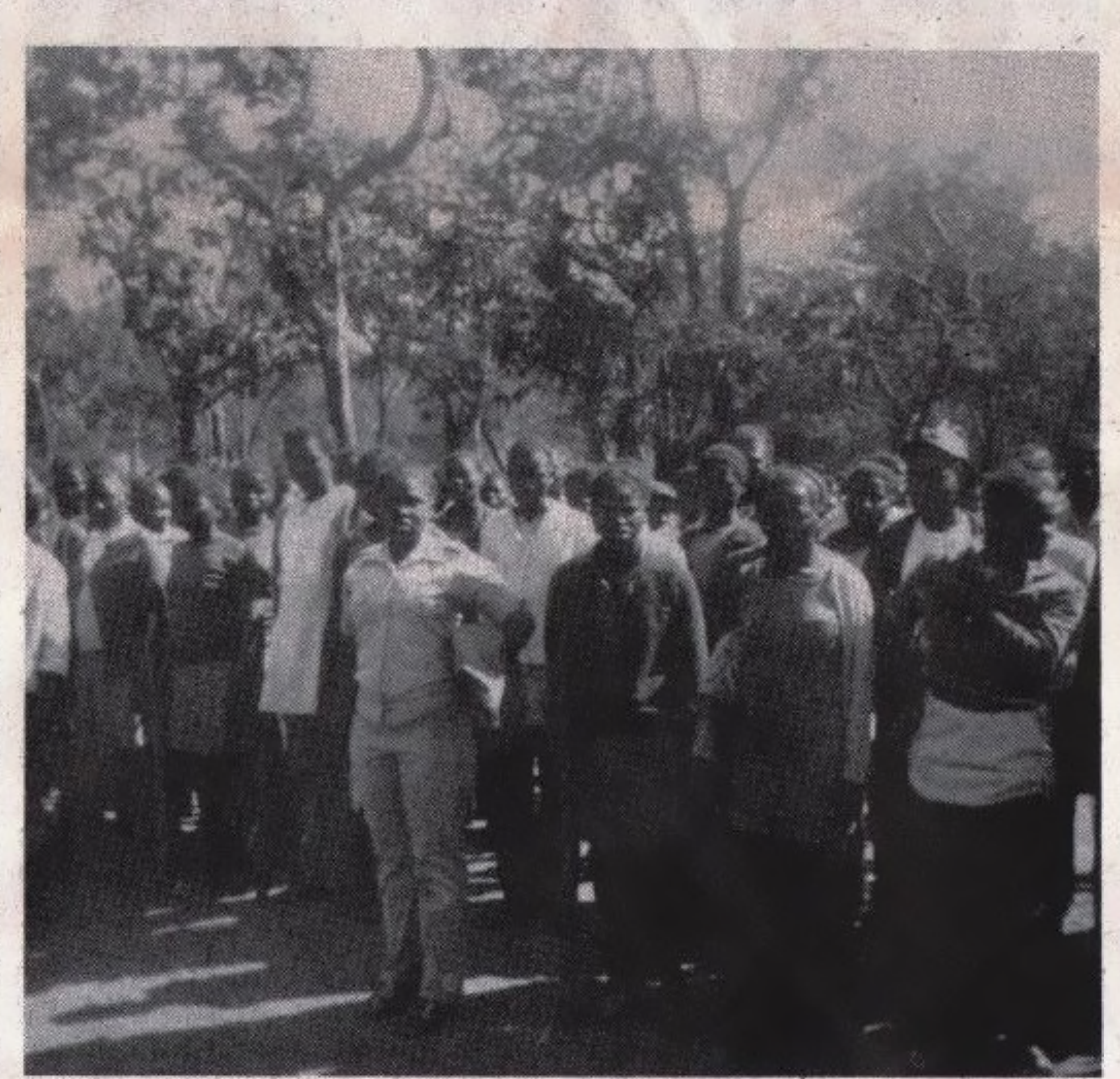
Auf diese Weise unterdrückt, konnten sich die Frauen nicht vorstellen, daß es für sie einen Weg zur Befreiung gibt.

Natürlich ist die Ausbeutung der Frauen durch die Männer nur ein Aspekt der Ausbeutung der Frauen überhaupt und ihrer Aufgaben im Befreiungskampf. Ich stelle diese Seite deshalb hier dar, weil lange Zeit die unterdrückten Männer nicht fähig waren, die Notwendigkeit der vollständigen Einbeziehung der Frauen im Befreiungskampf zu erkennen – weil lange Zeit die Männer nicht sahen, daß, solange die Frauen unterdrückt sind, sich die Befreiung der Nation verzögert. Indem man die Frauen am Rande des Widerstandskampfes beließ, wurde dem Imperialismus tatsächlich eine fatale Basis, reaktionäre Kräfte zu rekrutieren und mobilisieren, erhalten.

Die Frauen werden in den Kampf einbezogen

Am Anfang der nationalen Bewegung wurde der Widerstand gegen die Siedler mit gewaltlosen Mitteln organisiert. Die Nationalisten dachten sich damals: Wenn öfters gestreikt würde,

Siedler mit gewaltlosen Mitteln organisiert. Die Nationalisten dachten sich damals: Wenn öfters gestreikt würde,



Die Frauen des Volkes von Zimbabwe nehmen teil als Kämpfer am Befreiungskampf.

Boykotts stattfinden und auch einige Steine geworfen würden, dann würden die Forderungen der Afrikaner schon anerkannt und ihnen die Macht übergeben werden, wie es in Ländern nördlich Zimbabwes der Fall war. Damals wurden die Frauen zum ersten Mal mobilisiert. Ihre Zahl vermehrte den Umfang der Massen, die sich an Aktionen des zivilen Ungehorsams beteiligten. Ein neues Bewußtsein entwickelte sich unter den Frauen, und sie fingen an, sich selbst zu mobilisieren, ihre Kinder und andere Frauen politisch zu schulen. Frauen initiierten selbständig breite Demonstrationen gegen das Regime. 1961 wurden Hunderte Frauen bei einer solchen Demonstration festgenommen und eingesperrt. Hinter Gittern verursachten sie aber ein derartiges Chaos, daß die Gefängnisverwaltung zusammenbrach. Die Frauen forderten, zu ihren Kindern gelassen zu werden. Ihre Babies wurden zum Säugen gebracht. Sie forderten zu trinken, sangen und schrien die ganze Nacht. Viele wurden ohnmächtig. So lösten sie einen permanenten Alarmzustand aus, was dazu führte, daß die Gefängniswache einen Streik androhte, wenn die Frauen nicht freigelassen würden.

Damals erkannten viele Männer, daß die Frauen ein großes Potential unter den Massen darstellen, das für den nationalen Befreiungskampf erschlossen werden muß. Die nationalen Führer, alles Männer, wurden aber vom Siedlerregime gefangengenommen, bevor sie entsprechende Schritte einleiten konnten.

Obwohl die Aktionen gegen das Siedlerregime weitergingen, kam es zu einem weitgehenden Stillstand in der politischen Erziehung der Frauen. Weil sie bis dahin vom Kampf ferngehalten worden waren, hatten sie keine wirksame eigene Avantgarde entwickelt. Ihre politische Initiative war nicht ermutigt und entwickelt worden. Das führte auch dazu, daß viele Familien daran zerbrachen, daß die Männer ins Gefängnis geworfen worden waren. Die Frauen verstanden die politischen Ursachen des Fernbleibens der Männer nicht richtig und so waren sie unfähig, die wichtigen Entscheidungen zu treffen, mit denen die Familien konfrontiert waren. In den Städten vor allem waren die Männer Brotverdiener und die politischen Aktivisten gewesen. Sie hatten die Entscheidungen getroffen. Ohne ihren Mann fühlten sich viele Frauen deshalb den Schwierigkeiten ausgeliefert. Sogar die weiblichen religiösen Persönlichkeiten und Heilpraktikerinnen, die besondere Autorität genossen hatten, hatten aufgehört, eine politische Rolle zu spielen.

Wir sind unsere eigenen Befreier

Die Befreiungsbewegung wurde inzwischen nicht mehr entlang der traditionellen Strukturen über die Heime der Zimbabwer mobilisiert und geleitet, sondern über politische Organisationen und ihre Büros. Es spielte keine Rolle mehr, ob die Vorfahren, die Großmutter, die Tante oder Schwester einem Streik oder Boykott zustimmten. Es war eine neue Ära.

Großmutter, die Tante oder Schwester einem Streik oder Boykott zustimmten. Es war eine neue Ära.

Das Entstehen der ZANU, der Zimbabwe African National Union (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe), der revolutionären Partei im Jahr 1963 bedeutete den Beginn der wirklichen Befreiung der Frauen. Am 8. August 1963 erklärte die ZANU klar und deutlich zu einem ihrer Grundsätze, daß wir unsere eigenen Befreier sein werden.

Und die Frauen haben das ganz klar verstanden. Sie haben verstanden, daß damit alle Zimbabwer gemeint sind, Junge und Alte, Männer und Frauen. Die ZANU erklärte auch, daß sie, um das Siedlerregime niederzuwerfen, einen bewaffneten Krieg führen wird. Diese Prinzipien gaben auch den Frauen die Richtung an für ihre Rolle im Kampf für die vollständige Befreiung Zimbabwes.

Die ZANU bildete eine eigene Frauenliga, um die Frauen zu einer echten Kraft im Kampf zu machen. Seit Mitte der sechziger Jahre arbeiten so die Frauen in Zimbabwe dafür, daß ihre Befreiung Wirklichkeit wird.

Noch ein anderer Faktor muß erwähnt weden, der half, die Frauen für die direkte bewaffnete Konfrontation mit dem Feind zu mobilisieren.

Vor 1960 waren es meist die Männer, die Lohnarbeit verrichteten und die als erste dabei der Unterdrückung durch die Siedler entgegentraten. In dem Maße, in dem verstärkt Frauen in die wirtschaftliche Ausbeutung einbezogen wurden, stellten auch sie sich den sie unterdrückenden Siedlern entgegen. Das Siedlerregime unterdrückte auch in den ländlichen Gebieten die Arbeit der Frauen immer mehr. Gesetze wurden erlassen, die den Viehbestand einschränkten, ihn besteuerten, das bebaubare Land verminderten usw., das zur Kultivierung zur Verfügung stand usw. In den Städten wurden immer mehr Frauen für Hilfsarbeitertätigkeiten in Fabriken und im Hausdienst eingesetzt unter Bedingungen, die fast Sklaverei bedeuteten. Die ZANU ermutigte die Frauen in den städtischen und ländlichen Gebieten, sich gegen die Unterdrückung durch die Siedler zu erheben. Frauen wurden in örtliche und nationale Exekutivorgane der ZANU gewählt. Aber abgesehen davon, daß sie jetzt den politischen Apparat leiten konnten, waren die Frauen zuhause und bei der Arbeit nach wie vor unterdrückt.

Anfang der siebziger Jahre verminderte die ZANU zunehmend die friedlichen politischen Aktivitäten. Sie drängte das Volk dazu, Waffengewalt anzuwenden, um die gewissenlosen und brutalen Siedler zu beseitigen. Mit der Intensivierung des bewaffneten Kampfes überdachte die ZANU auch die Rolle der Frauen im Kampf neu. In den Grenzgebieten, in denen unsere Kommandanten der Befreiungsarmee ins Land kamen, konnten jetzt Frauen helfen. Sie trugen die Waffen und Munition, Nahrung und Medikamente. Aber noch hatten sie keine Kampfausbildung erhalten. Die Folge war, daß viele Frauen, während sie Kriegsmaterial transportierten, umgebracht wurden, weil sie nicht in der Lage waren, sich gegen die Angriffe der Soldaten des Siedlerregimes, wenn sie mit diesen

rial transportierten, umgebracht wurden, weil sie nicht in der Lage waren, sich gegen die Angriffe der Soldaten des Siedlerregimes, wenn sie mit diesen

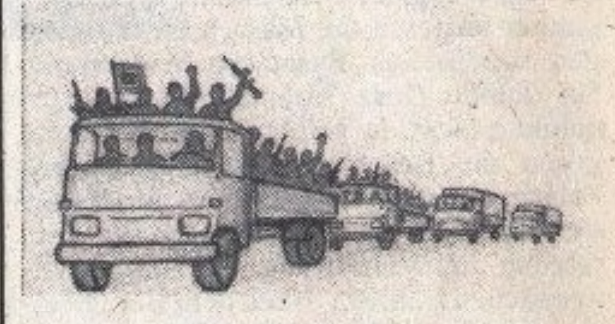
zusammenstießen, zu verteidigen. Die Folge waren radikalere Maßnahmen zur Einbeziehung der Frauen. Frauen werden seither geworben, damit sie als gleichberechtigte Genossen in der Befreiungsarmee der ZANU kämpfen. Sie waren und sind in den Lagern als gleichberechtigte Partner im Kampf für die Befreiung Zimbabwes akzeptiert. Die militärische Ausbildung für Männer und Frauen ist gleich. Alle Regeln sind für beide gleich. Männer und Frauen kochen, waschen und spülen, sie bebauen gleichermaßen das Land, transportieren Materialien, versorgen Kranke – das ohne jede Benachteiligung. Die Kampfaufgaben sind die gleichen. Alle anderen Aufgaben sind auch gleich.

Wir haben weibliche Kommandeure, die wegen ihrer Verdienste dafür gewählt wurden. Männliche und weibliche Genossen werden von ihnen kommandiert und ausgebildet. Männer und Frauen gehen zusammen in die gleichen Kampfeinsätze. Beide haben von der Front heldenhafte Erlebnisse zu berichten. Manchmal haben sie auch die gleichen Geschichten über Situationen der Angst und Feigheit zu berichten. In den Häusern der Frauen findet man viele Stücke von Eisenbahnstrecken, Militärmützen und Waffenteile, die von fliehenden Feinden erbeutet wurden. Erinnerungen an kriegerische Auseinandersetzungen. Frauen wie Männer haben als Kommandeure Sonderverantwortung für die Nahrungsmittelproduktion, militärische Ausbidlung, politische und akademische Erziehung, für Gesundheitsfragen und für die soziale Fürsorge.

Daheim bei den Massen haben die weiblichen Genossen einen großen Eindruck gemacht. Sie zeigen, was Frauen leisten, wenn sie die gleichen Möglichkeiten zur Teilnahme am Kampf haben wie Männer. Frauen bilden deshalb ein großes Rekrutierungsfeld für den Krieg, und sie tragen zur Hebung der Moral in Zimbabwe bei. Unsere Geschichte, die Geschichte der Rolle, die die Frauen in Zimbabwe spielten und spielen, zeigt, daß viele Schlachten verloren wurden, weil in Zimbabwe die Frauen nur wenig oder gar nicht am Kampf teilnahmen, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden. Eine Massenbewegung bedeutet Männer, Frauen, Junge, Alte, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle mobilisieren. Sie umfaßt das ganze Volk. Weil die ZANU das erkannt hat, hat sie das ganze Volk organisiert. Und weil das so ist, wird das Volk von Zimbabwe den Krieg gegen die Unterdrücker, die Siedler und ihre imperialistischen Herren gewinnen.

Wir wissen, daß der Sieg sicher ist.
Pamberi ne Chimurenga!
Vorwärts mit der Revolution!

4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



Kontostand am 13. September 1976: DM 443210,02

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 106 83 26

8 Afrikaner wurden von einem rassistischen Gericht des rhodesischen Siedlerregimes zum Tode verurteilt. Sie waren angeklagt, Aktionen gegen Geschäfte und eine Eisenbahnlinie in Salesbury durchgeführt zu haben. Die Flucht der weißen Siedler zurück nach Europa nimmt zu, das mußte ein Sprecher des Siedlerregimes zugeben. Die Ursache dafür sei die wirtschaftliche Krise und der sich verstärkende Volkskrieg des Volkes von Zimbabwe gegen das Siedlerregime, berichtet die algerische Zeitung „El Moudjahid" am 31. August.

Anfang September schossen die Befreiungsarmee der ZANU zwei Flugzeuge ab, darunter einen Hubschrauber im Distrikt Chiredzi, wo ein Leutnant und ein anderer Offizier umkamen. Am Morgen des 30. August griffen Befreiungskämpfer mit Artillerie und vom Boden aus ein Truppenlager von Smith etwa 150 km nördlich Umtali an und in der Nähe von Plumtree an der Grenze zu Botswana wurde eine Grundbesitzerin auf ihrem Gut getötet.

Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe

Solidaritätsaktionen mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe

Von der **Durchführung eines Solidaritätsbazars für die ZANU** im Rahmen des Bremer Flohmarktes durch den Kommunistischen Studentenbund (KSB) am 4. September wird berichtet:

Nachdem wir frühmorgens noch einen guten Platz eroberten und die Tische mit gut erhaltener Kleidung, Kinderspielzeug, Kuchen und selbstgebackenen Lastwagen aus Teig aufgebaut hatten, kamen schon die ersten Menschen. Es waren hauptsächlich ausländische Kollegen und Kolleginnen, die Kleidung und Kinderspielzeug kauften. Der niedrige Lohn, Arbeitslosigkeit und die wachsenden Lebenshaltungskosten zwingen immer mehr Arbeiter, schon früh am Morgen mit großen Einkaufstaschen über den Flohmarkt zu hetzen, um das Nötigste zum Anziehen und zum Spielen für die Kinder zu kaufen. Nachdem wir mit ihnen über den Zweck des Bazars gesprochen hatten, gaben viele noch eine Extraspende

Viele Jugendliche interessierten sich für den Befreiungskampf und kauften revolutionäre Literatur.

So sammelten wir über 360 DM, verkauften 17 Zimbabwe-Broschüren, 4 Programme, verschiedene Werke von Lenin und die KVZ. – (Aus: Bezirksbeilage Bremen-Unterweser zur KVZ, Nr. 36)

Ende August. fand in **Verden/Groß Hutbergen ein Solidaritätsfest zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe statt.** Es wurde organisiert von der Initiativgruppe zum Aufbau eines Kommunistischen Jugendbundes in Verden. Auf diesem Fest wurden von etwa 60 größtenteils jugendlichen Teilnehmern 320 DM gespendet. Dieses hervorragende Spendenergebnis zeigt, wie groß die Solidarität zwischen den Ausgebeuteten und Unterdrückten in aller Welt ist. – (Aus: Bezirksbeilage Bremen-Unterweser zur KVZ Nr. 36)

Über 700 DM wurden durch ein **Solidaritätssportfest** der Ortsgruppe Münster des KBW für die 4 LKWs für die ZANU gespendet. Rund 200 Teilnehmer hatte das Sportfest, das am 4. September stattfand. – (Aus: Ortsbeilage Münster zur KVZ Nr. 36)

Anläßlich eines „Pröttelmarktes" am 4. September führte die **Zelle Velbert des KBW einen Verkaufsstand zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch.** Auf Stellwänden berichteten wir über die Situation in Zimbabwe und den bewaffneten Befreiungskampf. Anfangs versuchte die Polizei unseren Stand abzuräumen, da politische Informationen nicht erwünscht seien. Dies ist ihnen jedoch nicht gelungen.

So konnten wir 240 DM für die ZANU sammeln.

Vorher hatten wir unter Kollegen und Sympathisanten dazu aufgerufen, unseren Stand durch Bereitstellung von Sachen zu unterstützen.

Palästina. Die palästinensischen Einwohner in den von Israel besetzten Gebieten setzen ihren Kampf gegen die Versuche der Besatzermacht fort, neue zionistische Siedlungen zu errichten. Am 6. September leisteten die Massen in Al Khalil den israelischen Besatzern Widerstand. Sie dulden diese Kolonialisierungsmaßnahmen nicht. In Nablus wird fortgesetzt gegen die Besatzermacht demonstriert. Palästinensische Schüler und Studenten sind im Streik aus Protest gegen die Versetzung und Verhaftung von 700 palästinensischen Lehrern. Nach dem Bericht einer syrischen Zeitung haben Palästinenser in Bira eine Geldsammlung durchgeführt, um Moscheen und weitere Häuser zu bauen. Dies ist Bestandteil des Kampfes gegen die Besatzermacht. Diese hatte erlassen, daß kein Haus ohne ihre Genehmigung gebaut werden darf.

Libanon. Im Libanon müssen sich die Teile des palästinensischen Volkes, die von der Kolonialmacht Israel dorthin gewaltsam vertrieben worden sind, der fortgesetzten Angriffe der reaktionären christlichen Truppen erwehren. Diese Teile des palästinensischen Volkes kämpfen um das Recht, vom Boden des Libanon aus ihren Kampf gegen den Besatzerstaat Israel führen zu können. Dieses Recht ist der PLO vom Libanon ausdrücklich im Kairoer Abkommen 1969 zuerkannt worden, in dem auch das Recht der Lager der vertriebenen palästinensischen Arbeiter und Bauern auf Selbstbestimmung und Autonomie anerkannt werden mußte. Für die Beseitigung dieses Rechts, die blutige Unterwerfung des palästinensischen Volkes kämpfen die reaktionären christlichen Truppen. Die reaktionären Phalangisten bezeichnen die Palästinenser als „Fremdkörper". Das palästinensische Volk und das libanesische Volk – sie gehören zusammen zur arabischen Nation, die für die Befreiung des arabischen Territoriums vom Kolonialstaat Israel und von imperialistischem Hegemoniestreben kämpft. Die reaktionären Phalangisten hingegen sind zuerst vom französischen Kolonialismus als dessen Stützpunkt im Nahen Osten aufgebaut worden, dann vom USA-Imperialismus übernommen worden. Dieser dirigiert sie. Berichtet wird weiter von „verstärkten israelischen Truppenkonzentrationen an der libanesischen Grenze". (Süddeutsche Zeitung, 10. September) Eine Zange gegen das palästinensische Volk wird aufgebaut.

„Unsere Waffen holen wir uns direkt von der marokkanischen Besatzung"

Im Volkskrieg gegen die marokkanischen und mauretanischen Invasoren hat das saharauische Volk unter Führung der FPOLISARIO, der Volksfront für die Befreiung Saguia al-Hamras und Rio de Oros, große Fortschritte in der Befreiung des Landes gemacht. Den Truppen Ould Dadas von Mauretanien und den Truppen des marokkanischen Expansionismus, hinter dem der US-Imperialismus steckt, hat es in der zweiten Augusthälfte erneut eine Reihe schwerer Niederlagen beigebracht.

Das gestern das Militärkommuniqué der FPOLISARIO, das die algerische Tageszeitung „El Moudjahid" am 8.9. veröffentlichte:

„In den zahlreichen Operationen der Volksbefreiungsstreitkräfte sowohl in den noch besetzten Gebieten wie auch auf marokkanischem und mauretanischem Boden konnten unsere Kämpfer nahezu 600 feindliche Soldaten kampfunfähig machen." Weiter wird berichtet, daß sich die Besatzungstruppen inzwischen verstecken und dem Kampf auszuweichen versuchen. Sie müssen von den Volksbefreiungsstreitkräften zum Kampf gezwungen werden. Die größte Operation hat in der Umgebung von Smara stattgefunden, in deren Verlauf 300 marokkanische Soldaten ausgeschaltet werden konnten. Am 24. August wurde ein Flugzeug der marokkanischen Luftwaffe vom Typ F-5 Phantom von der Luftabwehr der Volksbefreiungsstreitkräfte im Nordwesten von Tifariti abgeschossen. Im Hafen von El Aioun wurde ein spanisches Handelsschiff versenkt. Das Schiff war beladen mit Waffen für die marokkanischen Invasoren. Der Versuch der Invasoren, von dem brennenden Schiff die Waffen noch herunterzuholen, schlug vollständig fehl.

In demselben Zeitraum sind am südlichen Frontverlauf drei große Operationen gegen die mauretanischen Besatzungstruppen durchgeführt worden. Eine große Anzahl von mauretanischen Soldaten wurde getötet und verletzt, ihr Kriegsmaterial wurde erbeutet, unter anderem Mörser, Kanonen, Gewehre, Maschinengewehre, Maschinenpistolen, Munition und Militärfahrzeuge. Die Erfolge haben einmal mehr den Beweis für die Entschlossenheit der Volksbefreiungsstreitkräfte erbracht, „den Feind dort anzugreifen, wo er sich am wenigsten verwundbar glaubt". Schließlich wird in dem Kommuniqué festgestellt: „Zehn Monate nach der Invasion unseres Landes und der Aggression gegen unser Volk zahlt der Feind von nun an einen immer höheren Preis für seine Niederträchtigkeit."

Auf dem 3. nationalen Kongreß der FPOLISARIO, der in der letzten Augustwoche in den befreiten Gebieten stattfand, erklärte ein Sprecher der FPOLISARIO gegenüber den anwesenden ausländischen Journalisten: Das saharauische Volk hat bereits den spanischen Kolonialismus vertrieben. „Marokko und Mauretanien sind schwächer als Spanien; mit denen werden wir auch noch fertig." „Unsere Waffen holen wir uns direkt von der marokkanischen Besatzung." (Frankfurter Rundschau, 10.9.)

Die imperialistische Presse muß inzwischen die Siege des saharauischen Volkes im Volksbefreiungskrieg zugeben. Grobe, Korrespondent der „Frankfurter Rundschau", berichtet:

„Daß die POLISARIO-Kämpfer aber das Heft in der Hand haben, steht fest. Sie kennen das Gelände. Sie tauchen mit überraschenden Kommandoschlägen immer wieder an den unmöglichsten Orten auf, zwischen den Städten Mauretaniens und dem marokkanischen Touristenzentrum Agadir, zwischen der Atlantikküste gegenüber den Kanarischen Inseln und den lebensfeindlichen Steinwüsten der westlichen Sahara. Eine Besatzungsmacht kann sich nur in den Städten halten. Nicht einmal die Verbindungslinien sind ihr ganz sicher. Das Krupp-Förderband von Bou Crâa bis zur Küste hat unter marokkanischer Regie noch nicht regulär funktioniert, und auf den wenigen Straßen gehen immer wieder Minen hoch. Das Kriegsziel rückt immer mehr in die Ferne, das wirtschaftliche Ziel ist für den marokkanischen Monarchen unter den gegenwärtigen Voraussetzungen nicht zu erreichen, und Frustration macht sich offenbar im Lande selbst breit." (Frankfurter Rundschau, 10.9.)

Auf dem 3. nationalen Kongreß der FPOLISARIO haben die 150 Delegierten, die auf Versammlungen in den Lagern und direkt in der Westsahara vom ganzen Volk gewählt wurden, der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) eine staatliche Ordnung gegeben. Am Tag des Abzugs der spanischen Kolonialarmee war die DARS in den befreiten Gebieten ausgerufen worden. Nun wurde unter der Anwesenheit von über 40 ausländischen Delegationen eine Verfassung beraten und beschlossen. Ein „Nationales Programm" und ein „Politisches Manifest" wurden verabschiedet. Eine neue Regierung der DARS wurde gebildet und ein neuer Generalsekretär der FPOLISARIO gewählt. Der bisherige Generalsekretär El Ouali ist bei einer militärischen Operation der Volksbefreiungsstreitkräfte gegen die Invasoren gefallen. Der siegreiche Weg des saharauischen Volkes im nationalen Befreiungskampf wurde durch die Losung angegeben, unter der der Kongreß stand: „Weder Frieden noch Stabilität ohne die Rückkehr zur vollständigen Unabhängigkeit!" – (g.j.)

Der bewaffnete Kampf ist der einzige Weg zur vollständigen Freiheit und Unabhängigkeit in Namibia, erklärte der Vertreter der SWAPO (Südwestafrikanische Volksorganisation), T. Mishongura, in Westafrika in einem Interview der senegalesischen Zeitung „Le Soleil". Er erklärte weiter, für SWAPO und das Volk von Namibia sei die Pseudo-Unabhängigkeit von Namibia inakzeptabel. SWAPO habe entschieden, den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Vorster-Regime zu verstärken. SWAPO habe das Volk von Namibia aufgerufen, keine Opfer zu scheuen. Das Volk selber wird sein eigener Befreier sein. Die zehnjährige Erfahrung des Krieges habe bewiesen, daß nichts den siegreichen Marsch des Volkes aufhalten kann, daß keine imperialistische Politik und kein Verrat das Rad der Geschichte und den Triumph der revolutionären Ideen in Namibia aufhalten kann. – (Hsinhua, 2. September)

Einstimmig haben die Delegierten des Jahreskongresses des **Britischen Gewerkschaftsverbandes TUC** in Brighton die sofortige Einstellung aller britischen Investitionen in Südafrika, ein totales Waffenembargo und verstärkte Hilfe für die südafrikanischen Befreiungsbewegungen gefordert.

Nach einem **Bericht von Radio Demokratisches Kampuchea** haben die landwirtschaftlichen Kooperativen in ganz Kampuchea mit dem Aufbau und der Entwicklung der lokalen Kleinindustrie begonnen. Dieser Sektor entwickelt sich beträchtlich.

Im Gebiet von Kratie, in der gleichnamigen Provinz, besitzt jeder Bezirk seine eigene Textilherstellung und eine Schmiede. Tuche, Mückennetze und Decken sowie Pflüge, Hacken, Spaten und andere Geräte des täglichen Gebrauchs und kleinere Werkzeuge werden der lokalen Bevölkerung geliefert. Zahlreiche Webereien im Gebiet von Siem Reap in der Provinz Siem Reap haben das Stadium der Automatisierung oder der Halbautomatisierung erreicht. Zahl und Verschiedenartigkeit der Produkte nehmen ständig zu und die Qualität hat sich stark verbessert.

Die Arbeiter der Pflugfabrikation in Sangke Satop in der Provinz Kompong Speu haben reiche Erfahrungen gemacht. Heute kann diese Fabrik 600 bis 800 Pflüge täglich herstellen.

Die Töpferei in Prek Lia im Bezirk Muk Kompoul in der Provinz Kandal, die vor der Befreiung zerstört worden war, hat, nachdem sie repariert worden war, die Produktion wieder aufgenommen. Sie produziert besonders Küchengeräte wie

Produktion wieder aufgenommen. Sie produziert besonders Küchengeräte wie

Töpfe, Krüge und Teller.

Zur Herstellung kleinerer landwirtschaftlicher Geräte und Gegenstände des täglichen Gebrauchs wurden verschiedene Betriebe aufgebaut im Bezirk Koh Andet in der Provinz Taker, im Bezirk Koh Tem in der Provinz Kandal und im Bezirk Damber in der Provinz Kompong Cham. (Hsinhau, 4. September)

Die BRD-Imperialisten wollen sich

Die BRD-Imperialisten wollen sich eine Provinz von Zaire zur Ausplünderung sichern

Der Staatspräsident von Zaire, Mobutu Sese Seko, habe sich verpflichtet, „in einem gewissen Umfang eine liberalisierte Wirtschaftspolitik zu betreiben, durch die staatlicher Einfluß zugunsten von in- und ausländischer Privatinitiative zurückgedrängt werden soll", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 23.8. Zaire ist ein Land, das zu 80 Prozent von seinen Kupferexporten abhängig ist. Diese starke wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes Zaire von einem einzigen Produkt ist von den Imperialisten während ihrer Kolonialherrschaft erzwungen worden. Über diese große Abhängigkeit von den Kupferexporten haben die Imperialisten immer wieder versucht, das Land unter ihre Knute zu bringen und die 1960 erkämpfte nationale Unabhängigkeit zu beseitigen.

Mit einem Programm der „Afrikanisierung" hat die Regierung von Zaire unter Staatspräsident Mobutu seit 1965 dagegen die Abhängigkeit vom Kupfer zu überwinden versucht. Das Programm der Afrikanisierung regelt gesetzlich die Beteiligung Zaires am Besitz der imperialistischen Konzerne bzw. verfügt die Verstaatlichung. Dieses Programm, mit dem die nationale Unabhängigkeit gestärkt werden sollte, hat Zaire jetzt teilweise zurücknehmen müssen. Für diese Erpressung haben die Imperialisten die gegenwärtige Lage auf dem Kupfermarkt ausgenutzt, die gekennzeichnet ist durch niedrige Preise. „Der Weltmarktpreis für Kupfer war von 1400 Pfund Sterling auf 560 Pfund abgesackt." (General-Anzeiger, 24.8.) Wegen der niedrigen Deviseneinnahmen konnte somit das Land seinen Kreditverpflichtungen nicht mehr nachkommen.

Gegenüber der New Yorker Citibank mußte sich Zaire verpflichten, die aus seinen Kupferverkäufen in Europa erzielten Deviseneinnahmen sofort an eine Bank außerhalb Zaires zur Schuldendienstzahlung abzuliefern.

Nicht minder dreist und offen betreiben die westdeutschen Bankiers die Erpressung dieses afrikanischen Staates. „Einschließlich der privaten Bankschulden soll Zaire in der Bundesrepublik mit rund 600 Millionen Mark in der Kreide stehen." (General-Anzeiger, 24.8.) Die westdeutschen Banken haben einer Umschuldung der Rückzahlungen Zaires bis auf zehn Jahre zwar zugestimmt. Welche Ziele das westdeutsche Finanzkapital damit aber verfolgt, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 23.8.: „Das ungewöhnliche Ausmaß der staatlich nicht gedeckten Kredite sei zu sehen in Relation mit dem großen zairischen Reichtum an Rohstoffen, besonders an Kupfer, Kobalt, Zink, Zinn, Lithium und Diamanten ... Deutsche Unternehmen haben sich zu einer verstärkten Kooperation bereiterklärt. Die Bundesregierung begrüßt das, speziell unter dem Gesichtspunkt der Rohstoffversorgung aus zairischen Naturschätzen."

Das westdeutsche Finanzkapital will die Gelegenheit nutzen, um sich in Zaire eine ganze Region zur Ausplünderung zu sichern. Es geht ihm dabei um die Nordostprovinzen, die bisher im Gegensatz zum Südosten und Südwesten wirtschaftlich kaum erschlossen sind, aber über reiche Bodenschätze verfügen. Eine Milliarde DM wollen die westdeutschen Imperialisten dafür in den nächsten zehn Jahren in Zaire investieren. Zur umfassenden Ausraubung der Nordost-Region haben sie die ASSINEZ an sich gerissen. Dieses Unternehmen sollte ursprünglich unter Leitung der Regierung von Zaire zur Entwicklung des Landes beitragen. Anfang August mußte Zaire das Präsidentenamt an den Vorstandsvorsitzenden von Klöckner-Humboldt-Deutz in Köln abgeben.

Die ASSINEZ plant unter anderem die Errichtung eines Stahlwerks bei Kisangani mit einer Jahreskapazität von über 500000 Tonnen sowie von zwei Zementfabriken mit Jahreskapazitäten von 150000 Tonnen bzw. 60000 Tonnen. Ferner: eine Sprengstoffabrik, eine Anlage zur Gewinnung von Methangas, das reichlich lagert unter dem Kivusee, eine Düngemittelfabrik, die das aus dem Ölschiefervorkommen bei Kisangani gewonnene Erdöl verarbeiten soll sowie eine Pyrochloraufbereitungsanlage. In der ASSINEZ hatte den Vorsitz bisher die Regierung von Zaire. Sie hatte 40 Prozent der Anteile. Die übrigen 60 Prozent verteilen sich auf je einen italienischen und belgischen sowie sechs westdeutsche Konzerne.

Zur Durchführung der Pläne kommt dem Ausbau des Verkehrsnetzes besondere Bedeutung zu. Hinsichtlich der Nordostregion fordert eine 1974 vom IFO-Institut für Wirtschaftsforschung München herausgegebene Studie über „Wirtschaftsstruktur und Industrialisierungsprobleme Zaires":

„Der Hafen von Kisangani muß zu einem leistungsfähigen und sicheren Umschlagplatz ausgebaut werden; der Kongo, bisher eher als ‚Gratis'-Verkehrsweg betrachtet, muß durch Bagger- und Markierungsarbeiten zu einer ganzjährig benutzbaren Wasser-‚Straße' ausgebaut werden."

Das Volk von Zaire wird diese imperialistische Erpressung zum Scheitern bringen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Landwirtschaft. Die Imperialisten behaupten den Niedergang der zairischen Landwirtschaft und führen das ebenfalls auf die Politik der Afrikanisierung zurück. So schreibt die bereits erwähnte IFO-Studie: „Wegen der Ende 1973 überstürzt durchgeführten Zairisierung der Landwirtschaft (der Enteignung der europäischen Plantagenbesitzer, der Verf.) dürfte es auch in Zukunft sehr schwer sein, in diesem Sektor eine günstigere Entwicklung herbeizuführen."

Tatsächlich hat das Volk von Zaire bereits große Erfolge erreicht bei der Entwicklung seiner Landwirtschaft. Von einer landwirtschaftlichen Versuchsstation in der direkt am Äquator gelegenen Provinz Equateur berichtet ein Korrespondent der chinesischen Nachrichtenagentur Hsinhua am 2. September: „Dank des Einsatzes und der engen Zusammenarbeit zwischen den chinesischen Technikern und den Technikern und Arbeitern von Zaire wurde die Gemüseproduktion der Station beständig gesteigert. 1975 betrug sie das 8,7-fache der Produktion von 1973. Während der ersten sechs Monate dieses Jahres wurde eine Steigerung von 150 % gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erreicht und damit bereits die gesamte Produktion des letzten Jahres übertroffen. Durch Rodungen wurde die Reisanbaufläche der Station erweitert: 1975 um 1050 Hektar, dieses Jahr um 7300 Hektar. Vollständig mit eigenen Mitteln hat die Station Kanäle, Wasserbassins und eine Pumpstation gebaut ... Drei Jahre lang hat die chinesischen Landwirtschaftsexperten eine tiefe Freundschaft mit den 80 zairischen Technikern und Arbeitern verbunden. Jetzt beherrscht das zairische Personal vollständig die Techniken des Gemüse- und Reisanbaus ebenso wie das Reparieren der landwirtschaftlichen Maschinen. Auch kann es nun selbständig die Produktion und die Station leiten." – (g.j.)

Erklärung des Sozialimperialismus. In der „Prawda", dem Parteiorgan der revisionistischen KPdSU, hat sich am 8. September „Spectator" zur Lage im Libanon geäußert. „Spectator" heißt Beobachter – unter diesem Pseudonym äußert sich entweder die Führung der sozialimperialistischen Macht oder einer ihrer höchsten Funktionäre. Spectator ist gegen die „bürgerkriegsähnlichen Zusammenstöße", weil diese die Araber vom „Kampf für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression von 1967" im Libanon abhalte. Ausdrücklich wird so dem israelischen Kolonialstaat, der durch einen Eroberungskrieg gegen das palästinensische Volk 1948 entstanden ist, erneut sein Existenzrecht garantiert. Spectator propagiert eine „politische Lösung auf der Basis eines vernünftigten Kompromisses". Dem würden Manöver rechter Führer entgegenstehen. „Ausfälle dieser Art können eine weitere Ausdehnung des Blutvergießens bringen ebenso wie die Versuche, alle friedlichen Vorschläge abzulehnen, was einige linke Elemente innerhalb der palästinensischen Bewegung und der Front der patriotischen Kräfte tun." Die vorliegenden „friedlichen Vorschläge" laufen allesamt darauf hinaus, die Rechte der Palästinenser zumindest einzuschränken, wenn nicht zu beseitigen. Den Reaktionären, die das Massaker im Lager Tel-Al-Zaatar angerichtet haben, wird so in die Hände gespielt und palästinensische Widerstandskämpfer werden auf eine Stufe mit den Reaktionären gestellt. Die einen kämpfen gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion, die anderen kämpfen im Auftrag von Imperialismus, Zionismus und Reaktion. Die einen sind die Aggressoren, die anderen kämpfen gegen Aggression. Die Sozialimperialisten setzen sie gleich. Was Wunder, sie sind eine erzreaktionär, imperialistische Macht und Feind der revolutionären Völker.



Preis: 1,30 DM
Bestellungen an:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
6800 Mannheim

An der **Solidaritätsdemonstration in Stuttgart am 11. September mit dem Kampf des chilenischen Volkes** gegen Imperialismus und Reaktion beteiligten sich 2 000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten. Aufgerufen zur Demonstration hatte das Chile-Komitee. Die Ortsgruppe Stuttgart des KBW unterstützte die Demonstration.

Uelzen. Am Samstag, dem 11. September, hatte die Kommunistische Gruppe Uelzen einen Agitationsstand in der Fußgängerzone in Uelzen neben dem Wahlstand der CDU aufgebaut, um die CDU-Politiker als Hintermänner der chilenischen Junta zu entlarven und die Politik des BRD-Imperialismus anzugreifen, der Chile ausplündert. Der Uelzener Maschinenbaukapitalist Jarelmann hat handfeste Interessen in Chile und feiert die jetzigen Verhältnisse als Wiederherstellung der Ordnung. Da diese Enthüllungen äußerst gefährlich für den bürgerlichen Staat sind, erschien prompt die Polizei, prügelte auf die Genossen ein und versuchte den Stand zu zerschlagen. Dabei mußte sie selber einiges einstecken. Es gelang ihr aber nicht, die Agitation und Propaganda der Kommunisten zu unterbinden.

Auf Einladung der Ortsleitung Kaiserslautern des KBW **fand am Samstag, dem 11. September, dem dritten Jahrestag des Putsches in Chila, eine Solidaritätsveranstaltung zur Unterstützung des chilenischen Widerstandes mit einem Vertreter des MAPU statt.** 70 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten nahmen an der Solidaritätsveranstaltung teil.

In seinem Beitrag schilderte der Vertreter des MAPU die jetzigen Verhältnisse in Chile. Die Lage der Arbeiterklasse und des Volkes verschlechtert sich ständig; so nimmt z.B. die Zahl der Arbeitslosen zu, die Kaufkraft der Massen sinkt. Die Herrschaft der vom US-Imperialismus ausgehaltenen Pinochet-Clique stabilisiert sich. Jedoch gibt es nach wie vor Widerstand. So brachte der chilenische Genosse ein Beispiel, wo sich Arbeiter eines Betriebs erfolgreich gegen eine Pausenstreichung zur Wehr setzen konnten. Sogar die Führung der gelben Gewerkschaften muß den Widerstand unterstützen. Auch die Kirche ist dazu genötigt.

Mit 259,64 DM, die gesammelt wurden, haben die Versammelten beigetragen zur materiellen Unterstützen des Widerstandes und haben insgesamt beigetragen zur Verbrüderung der Völker der Welt im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion unter den Forderungen „Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!". – (h., Kaiserslautern)

Es lebe der immer siegreiche Marxismus-Leninismus! Es leben die immer siegreichen Maotsetungideen!



Im September 1922 schlossen sich über 17 000 Kohlenbergarbeiter und Eisenbahner von Anyüan unter Führung des Genossen Mao Tsetung zu einem großen Streik zusammen. Die Arbeiter von Anyüan bei der Feier ihres Sieges im Massenstreik.

bei der Feier ihres Sieges im Massenstreik.

Im Januar 1922 begann die erste große Streikflut der chinesischen Arbeiterklasse, die das ganze Land erfaßte und sich bis in den Februar 1923 mit über hundert kleinen und großen Streiks erstreckte. Auf Befehl der Imperialisten wurden die Streiks vom Regime der chinesischen Feudalherren und Kompradorenbourgeoisie in einem blutigen Massaker am 7. Februar 1923 niedergeschlagen. Allein in Anyuan konnte die Arbeiterbewegung ihre Gewerkschaftsorganisationen aufrechterhalten und die Streikerfolge verteidigen. Der Streik der Kohlearbeiter von Anyuan wurde von Genossen Mao Tsetung geführt. Erfolgreich wurde durch den Streik das drückende System der Vermietung von Arbeitskräften, bei dem ein Großteil des geringen Lohns noch an die Arbeitskräftevermieter abging, zerschlagen.

1926 schrieb Genosse Mao Tsetung in seiner Schrift „Analyse der Klassen in der chinesischen Gesellschaft“:

„Das Industrieproletariat ist die führende Kraft unserer Revolution.“

Mit der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas im Jahre 1921 war die Voraussetzung geschaffen, daß die revolutionäre Arbeiterklasse sich mit den revolutionären Bauernmassen zusammenschließen konnte für den Kampf zur Befreiung des Landes vom Imperialismus und Feudalismus durch den Volkskrieg und die neudemokratische Revolution. **„Man kann den Imperialismus und Feudalismus nur dann besiegen, wenn die Massen der Arbeiter und Bauern – neunzig Prozent der Bevölkerung des ganzen Landes – mobilisiert werden.“**

„Die führende Rolle des Proletariats kommt darin zum Ausdruck, daß die kommunistische Partei die Führung innehat“, sagte Vorsitzender Mao, und:

„Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen.“ (Revolutionäre Kräfte der ganzen Welt vereinigt euch, kämpft gegen die imperialistische Aggression! November 1948, Ausgewählte Werke Band IV)

* * *

Am 1. Oktober 1949 verkündete geschwächt, sondern muß gestärkt



Am 1. Oktober 1949 verkündete Vorsitzender Mao Tsetung auf dem Tiänanmen-Platz in Peking die Gründung der Volksrepublik China.

Am 1. Oktober 1949 verkündete Vorsitzender Mao Tsetung von der Tribüne des Tiänanmen-Platzes in Peking vor den versammelten Volksmassen dem chinesischen Volk und der ganzen Welt die Gründung der Volksrepublik China. Im langandauernden Volkskrieg hatte das chinesische Volk und seine Rote Armee unter Führung der Kommunistischen Partei die japanischen Aggressoren und Eindringlinge geschlagen und vertrieben, die Herrschaft des bürokratischen Kapitals und der Grundherren und ihrer Tschiang-Kai-schek-Clique besiegt, das Land und die Volksmassen befreit und dem US-Imperialismus einen gewaltigen Schlag versetzt. Dieser Sieg und der Aufbau des Sozialismus in China ist ein entscheidender Sieg und Bestandteil des weltweiten Kampfes für die proletarische Weltrevolution.

Schon am Vorabend des Sieges hatte Vorsitzender Mao Tsetung auf der 2. Plenartagung des VII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas erklärt:

„Nachdem die chinesische Revolution im ganzen Land gesiegt hat und das Bodenproblem gelöst ist, wird es in China noch immer zwei grundlegende Widersprüche geben. Der erste ist ein innerer Widerspruch, der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Der zweite ist ein äußerer Widerspruch, der Widerspruch zwischen China und den imperialistischen Staaten. Daher darf nach dem Sieg der volksdemokratischen Revolution die Staatsmacht der Volksrepublik unter der Führung der Arbeiterklasse nicht geschwächt, sondern muß gestärkt werden.“

Im Jahre 1962 arbeitete Genosse Mao Tsetung die grundlegende Linie der Kommunistischen Partei für die ganze Geschichtsepoche des Sozialismus nach dem Übergang von der neudemokratischen zur sozialistischen Etappe der Revolution in China heraus und stellte fest:

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen. Man muß die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können.“ (Nach: Peking Rundschau Nr. 14, 1976)

* * *



Die befreiten Bauern reihen sich ein in die Front im Kampf gegen Feudalismus und Imperialismus.

Die chinesische Revolution und der Aufbau des Sozialismus in China unter Führung des Proletariats und seiner Kommunistischen Partei mit ihrem Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze ist das leuchtende Beispiel für die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt:

„Das Volk und nur das Volk ist die Triebkraft, die, die Weltgeschichte macht.“ (Mao Tsetung, Über die Koalitionsregierung, April 1945)

Der Vorsitzende Mao hat dargelegt:

„In der Hauptsache auf die eigene Kraft vertrauen, zu deren Unterstützung Hilfe von auswärts gewinnen, sich von abergläubischen Vorurteilen freimachen, unabhängig und selbständig die Industrie, die Landwirtschaft betreiben und die technische wie auch die Kulturrevolution durchführen, mit der sklavischen Gesinnung brechen, den Dogmatismus begraben, gewissenhaft von den guten Erfahrungen anderer Länder lernen und unbedingt auch deren schlechte Erfahrungen studieren – und diese uns als Lehre dienen lassen: das eben ist unsere Linie.“ (Zitiert aus dem Bericht über die Tätigkeit der Regierung auf der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses am 13.1.1975)

„Die Arbeiterklasse muß in allem die Führung innehaben.“

* * *

Mit der Errichtung der proletarischen Diktatur ist der Sieg der Revolution und ihr Fortschreiten bis zum Kommunismus nicht ein für allemal gesichert. Der Vorsitzende Mao Tsetung griff schon in den fünfziger Jahren den Revisionismus als Hauptgefahr für den Sieg in der proletarischen Revolution an.

„Die Grundprinzipien und allgemeinen Wahrheiten des Marxismus verleugnen – das heißt Revisionismus. Der Revisionismus ist eine Art der bürgerlichen Ideologie. Die Revisionisten verwischen den Unterschied zwi-

Fortsetzung Seite 16

Es lebe der immer siegreiche Marxismus-Leninismus! Es leben die immer siegreichen Maotsetungideen!

Fortsetzung

schen dem Sozialismus und dem Kapitalismus, den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur. Das, wofür sie eintreten, ist in Wirklichkeit nicht die sozialistische Linie, sondern eine kapitalistische.“ (Rede auf der Landeskonferenz der KP Chinas über Propagandaarbeit, März 1957)

Die Erfahrung im eigenen Land und in der Sowjetunion studierend, kam Mao Tsetung zu dem Schluß:

„Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie.“

Damit war der Weg frei, um den Charakter der ehemals sozialistischen Sowjetunion zu begreifen, nachdem der Revisionismus und mit ihm die neue Bourgeoisie die politische Macht erobert hatte.

Der Vorsitzende Mao, der große Führer des chinesischen Volkes, unterstrich:

„Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers.“ Er sagte ferner, **„daß alle angeblich mächtigen Reaktionäre nur Papiertiger sind. Der Grund dafür liegt in ihrer Loslösung vom Volk. Sehen Sie, war Hitler nicht ein Papiertiger? Wurde Hitler nicht geschlagen?“ „Auch die revisionistische Sowjetunion ist ein Papiertiger.“**

Mao Tsetung hat so für das chinesische Volk und für die internationale Arbeiterklasse eine starke Waffe gegen den Revisionismus und die unvermeidlichen Versuche der Bourgeoisie, die Diktatur des Proletariats zu beseitigen, geschaffen. Das chinesische Volk legte in seiner Verfassung fest:

„In den internationalen Angelegenheiten müssen wir am proletarischen Internationalismus festhalten. China will nie eine Supermacht werden.“



Das chinesische Volk steht stets mit dem Weltproletariat und den revolutionären Völkern aller Länder zusammen, kämpft gemeinsam mit ihnen und wird gemeinsam mit ihnen siegen. Vorsitzender Mao Tsetung im Februar 1965 in Peking auf der Kundgebung zur Unterstützung des vietnamesischen Volkes im Kampf gegen die bewaffnete Aggression des US-Imperialismus.



Der Vorsitzende Mao Tsetung initiierte und leitete persönlich die Große Proletarische Kulturrevolution und stellte fest, daß Kulturrevolution immer wieder notwendig ist, um die Diktatur des Proletariats zu verteidigen und zu festigen. 3 000 Schiffsarbeiter in Schanghai verurteilen auf ihrer Versammlung die Machenschaften des Erzrevisionisten Liu Schao-tschi.

Vor zehn Jahren initiierte Vorsitzender Mao persönlich die Große Proletarische Kulturrevolution. Er stellte fest:

„Die Große Proletarische Kulturrevolution ist ihrem Wesen nach eine große politische Revolution des Proletariats unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen.“ „Das Hauptangriffsziel der gegenwärtigen Bewegung bilden diejenigen Machthaber in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen.“ „Diese Große Proletarische Kulturrevolution ist absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhüten und den Sozialismus aufzubauen.“ „Die gegenwärtige große Kulturrevolution ist nur die erste; in Zukunft wird es unausbleiblich noch mehrere geben“.

Am 22. Februar 1975 veröffentlichten „Renmin Ribao“ und „Hongqi“ die folgenden Weisungen des Genossen Mao Tsetung:

„Warum sprach Lenin von der Ausübung der Diktatur über die Bourgeoisie? Über diese Frage muß man sich Klarheit verschaffen. Mangelnde Klarheit in dieser Frage führt zu Revisionismus. Dies muß dem ganzen Land bewußt gemacht werden.“

Auf das sozialistische System eingehend, sagte der Vorsitzende Mao:

„Mit einem Wort, China ist ein sozialistisches Land. Es war vor der Befreiung so gut wie kapitalistisch. Jetzt noch wird ein Lohnsystem von acht Kategorien praktiziert, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch mittels Geldes, bei alldem gibt es nicht viel Unterschied zur alten Gesellschaft. Der Unterschied ist, daß sich die Eigentumsverhältnisse verändert haben.“ „Unser Land praktiziert gegenwärtig ein Warensystem, und auch das Lohnsystem ist ungleich, es gibt ein Lohnsystem von acht Kategorien usw. Diese können nur unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Biao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistisch-leninistische Werke lesen.“

Außerdem untrstrich der Vorsitzende Mao:

„Lenin sagte: ‚Die Kleinproduktion . . . ***erzeugt*** **unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie.‘ Dies tritt auch bei einem Teil der Arbeiterklasse und bei einem Teil der Parteimitglieder auf. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staatsorgane gibt es Leute, die sich einen bürgerlichen Lebensstil angeeignet haben.“**

* * *

„Nach der demokratischen Revolution sind die Arbeiter, armen Bauern und unteren Mittelbauern nicht stehen geblieben, sie wollen die Revolution. Aber ein Teil der Parteimitglieder will nicht weiter vorwärts. Manche sind zurückgewichen und gegen die Revolution aufgetreten. Warum? Weil sie hohe Beamte geworden sind und die Interessen der hohen Beamten schützen wollen.“ „Wird in hundert Jahren Revolution nötig sein? Wird auch noch in tausend Jahren Revolution nötig sein? Revolution ist immer notwendig. Ein Teil der Menschen wird sich immer unterdrückt fühlen; kleine Beamte, Studenten, Arbeiter, Bauern und Soldaten wollen nicht von großen Tieren unterdrückt werden. Darum wollen sie die Revolution. Sollten in tausend Jahren keine Widersprüche mehr zu sehen sein? Wieso nicht? Immer noch werden welche zu sehen sein.“

Anfang dieses Jahres sagte der Vorsitzende Mao:

„Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt.“ (Nach Peking Rundschau Nr.

Mao Tsetung, **Ausgewählte Werke in vier Bänden (1924 – 1949)**

Band I	DM 7,50
Band II	DM 9,80
Band III	DM 7,50
Band IV	DM 9,80

Mao Tsetung, **Fünf Philosophische Monographien**
DM 1,70

Mao Tsetung, **Ausgewählte militärische Schriften**
(Zum großen Teil in den vier Bänden Ausgewählte Werke enthalten)
DM 9,80

Die Verfassung der Volksrepublik China
DM 0,80
Leinen: DM 2,70

Der X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente
DM 1,40

Zu beziehen über: **Buchvertrieb Hager GmbH**
Postfach 5129
6800 Mannheim

